

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement: Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,00 M., monatlich 1,00 M., halbjährlich 5,00 M., frei im Haus. Einzelne Nummer 6 Pfg. Sonntagsblätter mit Illustriertem Sonntagsheft. „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheit täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsheftigen Anzeigen ober deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Berichts- und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pfg., „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Steilanzeigen und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 26. Oktober 1910.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Auch ein Sozialhygieniker.

In unseren Erörterungen über die Fleischsteuerung führten wir wiederholt aus, daß der Fleischbedarf schneller zunehme als die Kopfszahl der Bevölkerung. Da die Bevölkerung immer mehr in den Städten zusammengedrängt wird und die Städter bei ihrer Lebensweise mehr Fleisch konsumieren und konsumieren müssen, so steigt der Bedarf. Wir sagten: die Menschen greifen in der Stadt bei der nervenzerrüttenden Arbeit und den der Natur zuwiderlaufenden Lebensbedingungen ganz instinktiv zu dem einzigen Mittel, ihre Lebenskraft zu steigern: durch entsprechende Ernährung. Wir setzten hinzu: „Die Wissenschaft hat nur bestätigen können, daß der gesteigerte Fleischkonsum tatsächlich das rationelle Mittel ist, um die Schäden des Stadtlebens wenigstens zum Teil zu paralisieren.“

Diese Ausführungen veranlassen einen Herrn Sanitätsrat Dr. Fohrbender aus Ibbenbüren in Westfalen, uns in einem langen Artikel der „sozialhygienischen Rundschau“ im „roten Tag“ (vom 21. Oktober) entgegenzutreten. Dem Herrn ist es um die Wissenschaft zu tun. Er beginnt seinen Artikel mit folgenden Sätzen:

„Die heutige Fleischsteuerung wird in unverantwortlicher Weise, namentlich von der Sozialdemokratie, im Parteinteresse ausgebeutet. Wenn hierzu die Wissenschaft Handlangerdienste leisten soll, so ist es notwendig, hiergegen Stellung zu nehmen und Aufklärung zu schaffen.“

Hören wir, was der Verteidiger der Ehre der Wissenschaft zu sagen hat.

Erstens bestreitet er, daß die Stadtbewohner instinktiv den hohen Fleischkonsum sich angewöhnt haben, um ihre Lebenskraft zu steigern. Es sei dies vielmehr eine Folge des gestiegenen Wohlstandes und — der Ernährungslehre von Justus Liebig. Die letzte Behauptung ist eine naserewe Verleumdung. Glaubt der Herr Sanitätsrat im Ernste, die Millionen von Arbeitern und Arbeiterinnen ließen sich in der Wahl ihrer Ernährung von wissenschaftlichen Theorien leiten? Das ist eine so lächerliche Behauptung, daß es sich wirklich nicht lohnt, darauf einzugehen. Mit dem gestiegenen Wohlstand ist es auch nur so so. Männer der Wissenschaft, die wirklich etwas davon verstehen, haben den Beweis geführt, daß die Volksernährung in Europa in den letzten Jahrzehnten sich verschlechtert, so Alfred Grotjahn in dem vorzüglichen Buche „Ueber Wandlungen in der Volksernährung“, die berühmten Fabrikinspektoren Schuler (Schweiz) und Wörtschhofer (Waden), de Plans, Verfasser des berühmten Werkes „Les ouvriers Européens“, Lombert in seinem Buche über „Die Belastung des Arbeiterkonsums durch die Kornzölle“, M. Weber in seinen „Untersuchungen über die Lage der Landarbeiter“, Booth (nicht zu verwechseln mit dem Heilsarmeeapostel) in seinen „Studien über den Pauperismus in England“. Die Forschungen dieser Männer wiegen jedenfalls schwerer als die Plaudereien des Herrn Sanitätsrates, der sich zum Beschützer der Wissenschaft aufwirft.

Grotjahn ist denn auch der Ansicht, daß es sich bei dem stärkeren Bedarf nach Fleischnahrung um einen instinktiven Impuls handelt. Er weist aus den Arbeiterbudgets nach, daß eine Tendenz zur Verfeinerung der Kost und Vergrößerung der Fleischrationen besteht und schreibt dann:

Entspricht nun diese Entwicklung des Geschmacks, die sich überall zeigt, wo die Verhältnisse den Individuen eine leidliche Freiheit in der Wahl der Nahrungsmittel gestatten, nur einem Zuge der Raschhaftigkeit und Gemüchlichkeit? Oder gelangt darin ein instinktiv richtiger, einem allgemeinen Fortschritt in der menschlichen Ernährung zugehöriger Trieb zum Ausdruck? Ich glaube, daß letzteres der Fall ist. Denn der Bevorzugung der leichtverdaulichen vor der schwerverdaulichen, der konzentrierten vor der voluminösen Nahrung ist vom physiologischen Standpunkt als durchaus rationales zu bezeichnen. Auch bei der Wahl seiner Nahrungsmittel scheint sich der durch ähnelnde Verhältnisse nicht allzu sehr eingeeengte Mensch in seinem dunklen Drange des rechten Weges wohl bewußt zu sein. Den Arbeitern der Großstädte und der Industriegegenden kann man es umso weniger verdenken, zu der oben gekennzeichneten Kost (nämlich der fleischreicheren, d. h.) überzugehen, als sie infolge ihrer Tätigkeit im geschlossenen Raume und bei ständiger Körperhaltung unter der Geschmackslosigkeit und Unverdaulichkeit vieler Nahrungsmittel des Massenkonsums mehr zu leiden haben als die im freien tätigen Landarbeiter. Leider können nur die bestbezahlten Arbeiterkategorien oder Arbeiterfamilien, die entweder kinderarm sind oder mehrere jugendliche, mitverdienende Glieder haben, den Übergang zu einem Kosttypus, wie ihn die höheren Kreise längst besitzen, vollziehen.

Dr. Fohrbender meint, wir stützen uns auf die „längst überwandene Liebig'sche Ernährungslehre, um die Notwendigkeit eines reichlichen Fleischgenusses für den Großstadtbewohner zu beweisen“. Herr Sanitätsrat wollen sich wohl als Gedankenleser etablieren? Von der Liebig'schen Ernährungslehre war in unserem Artikel nicht mit einer Silbe die Rede! Dann legt der gute Mann los und behauptet, „daß die heutige Ernährungslehre hinsichtlich des Eiweiß, speziell des Fleischgenusses zu ganz anderen Ergebnissen gelangt ist, daß sie

ein zu viel an Fleischgenuß als schädlich bezeichnet“. Das haben wir durchaus nicht bestritten und darum handelt es sich auch gar nicht. Sondern es kommt einzig darauf an, daß die Landbevölkerung mit sehr geringen Fleischrationen auskommt, während die Stadtbevölkerung eben unter allen Umständen mehr Fleisch genießen muß als jene. Zwischen diesem mehr und einem zu viel ist ein gewaltiger Unterschied.

Wenn die obigen Ausführungen Grotjahn's nicht genügen, der sei an das „Gesundheitsbüchlein“, bearbeitet vom kaiserlichen Gesundheitsamt (1894) erinnert. Hier wird als Tagesration an Fleisch verlangt: 150 Gramm mittelfettes Rindfleisch und 35 Gramm Schmalz. Das wird als Mindestmaß bezeichnet für einen Arbeiter, der keine besonders anstrengende körperliche Arbeit leistet. Allerdings wird dieses Quantum variieren, weil Fleisch durch Eier, Butter, Käse und Milch ersetzt werden kann. Indessen dürfte wohl kein Hygieniker, es sei denn es handle sich um einen vegetarischen Sekterier, dieses Mindestmaß des offiziellen Gesundheitsamtes für übertrieben halten. 150 Gramm Fleisch pro Mann und Tag, das sind 54,75 Kilogramm im Jahre. Die Untersuchungen über die Haushaltungsrechnungen der Arbeiter beweisen jedoch, daß dieses Mindestmaß von den deutschen Arbeitern im allgemeinen nicht erreicht wird. Es besteht eine chronische Unterernährung der deutschen Arbeiterbevölkerung.

Der Herr Sanitätsrat kommt dann schließlich auf die Schäden des übermäßigen Fleischgenusses zu sprechen, er spricht von „Schlemmerei und Ueberernährung“. „Daß heute ein übermäßiger Fleischgenuß, besonders in unseren wohlhabenden Kreisen, herrscht, wird von keinem einsichtigen Arzte mehr bestritten. Die Eiweiß-, namentlich Fleischzufuhr geht meist über den Bedarf hinaus. Hierauf sind die zahlreichen Nerven- und Stoffwechselkrankheiten unserer Zeit (Nicht-Zuckerharnruhr usw.) zum weitaus größten Teile zurückzuführen.“

Der Leser fragt: was in drei Teufels Namen hat denn das mit der Ernährung der Volksmasse zu tun? Ja, dafür können wir nun nichts. Der Herr Sanitätsrat wollte unsere Ausführungen über die Fleischnot widerlegen und ist bei der Nichtigkeit und der Zuckerharnruhr seiner Patienten angelangt. Die Logik ist die: weil der Herr Sanitätsrat in Ibbenbüren weiß, daß eine Anzahl Fettwanne schlennen und sich überessen, meint er, es gebe keine Fleischnot! Daß es außer „unseren wohlhabenden Kreisen“ schließlich noch andere Leute gibt, deren Krankheiten nicht infolge des „übermäßigen Fleischgenusses“ entstehen, sondern infolge der chronischen Unterernährung, das versteht der brave Mann. Um aber schließlich doch noch etwas zu sagen, behauptet er schlangensberg: da es Krankheiten gibt, die mit der Schlemmerei im Zusammenhang stehen, „so dürfte sich das Unnütze der Behauptung, daß durch Fleischgenuß die Schädigungen nervenzerrüttender Tätigkeit bezw. des Großstadtlebens paralisieren würden, mit Evidenz ergeben“. Mit Evidenz ergibt sich nur, daß der Herr Sanitätsrat nicht logisch denken kann. Die nervenzerrüttende Tätigkeit, die eine unabwendbare Folge des kapitalistischen Betriebes ist, untergräbt die Lebenskräfte um so schneller, je unzureichender die Ernährung ist. Daß bei übermäßigem Fleischgenuß Schädigungen eintreten, hat damit nichts zu tun.

Nun ist es freilich recht gleichgültig, wenn irgend ein Sanitätsrat aus Ibbenbüren logische Kapriolen schlägt. Aber es ist ungemein charakteristisch für den Tiefstand der bourgeoisen Kultur, daß solch ein Mann in einem immerhin in „unseren wohlhabenden Kreisen“ viel gelesenem Blatte sich als Verteidiger der Wissenschaft aufspielen darf.

Am Ende wird der Herr Sanitätsrat gar noch pathetisch: Würden die Kräfte, welche in der Sorge für die sinnlose Zufuhr übergroßer einwertiger Nahrungsmengen verschwendet werden, weise gespart, so würde dieses nicht nur zur Gesundheit, sondern auch zur Veredlung der Menschen auf körperlichem und geistigem Gebiete führen.

Fredrer ist der Not der darbenenden Massen wohl nie gespottet worden! Dem Herrn Fohrbender ist es noch nicht genug der Not, es soll mehr gehungert werden und — gespart werden zu Ruh und Frommen der Geldtöcke.

Indessen — „unsere wohlhabenden Kreise“ holen sich die Zuckerharnruhr durch Schlemmerei und die geistige Ruhr durch den literarischen Kojum derartigen ibbenbürischen Quatsches. Dagegen ist nichts zu machen.

## Die Konzentration des Reichtums.

Unsere Gegner pflegen so gern ein großes Wesen davon zu machen, daß seit dem Jahre 1895 ausweischlich der preussischen Einkommensteuerstatistik einige Millionen Erwerbstätiger die Einkommensgrenze von 900 M. überschritten haben und einige Hunderttausende aus den untersten Stufen eines proletarischen Einkommens zu etwas höheren Stufen aufgerückt sind. Als ob nicht selbst nach den von den Agrariern und Regierungsvertretern so gern benutzten Berechnungen Richard Galters seitdem die Kaufkraft des Geldes um 20 bis 25 Proz. gesunken wäre!

Sollends aber bricht das heuchlerische Gerede von dem wachsenden Wohlstand der Massen, von den sozialen Lasten des Unternehmertums, kurz von der „Kostlage“ des armen, vielgeplagten Ausbeutertums in sich zusammen, wenn wir uns nach den amtlichen Berichten über die Ergebnisse der Ergänzung-

(Vermögens-) Steuer die ungeheuerliche Konzentration des Reichtums in den Händen der Kapitalistenklasse vergegenwärtigen! Wir entnehmen der „Stat. Korresp.“ des kgl. Statist. Landesamtes zu Berlin vom 22. Oktober folgende Tatsachen:

In dem Zeitraum von 1902 auf 1908 wuchs die Zahl der zur Vermögenssteuer veranlagten Personen von 1.297.485 auf 1.502.570, und deren Vermögen von 75,7 Milliarden auf 91,7 Milliarden. Das Durchschnittsvermögen jedes Person ist innerhalb dieser sechs Jahre von 58.311 M. auf 60.998 M., also um 2687 M. pro Kopf! Insgesamt betrug die Zunahme der Vermögen 16 Milliarden, während die Gesamteinkünfte der preussischen Sparlassen 1908 nicht einmal 10 Milliarden betragen!

Der Vermögenszuwachs von 16 Milliarden verteilte sich aber nicht etwa gleichmäßig, sondern ganz einseitig auf die Reichen und Allerreichsten!

Im Jahre 1902 besaßen die 1835 reichsten Leute zusammen zehn Milliarden, also 10.000 Millionen. Im Jahre 1908 aber nannten schon die 1107 reichsten Leute das nestle Sümmechen von 10 Milliarden ihr eigen! Das bedeutet, daß 1902 auf den Kopf dieser Reichen erst der Betrag von 5.396.000 M. entfiel; 1908 dagegen ein Vermögen von je 9.000.000 M.!

1902 gehörten 17 der Allerreichsten dazu, um eine Milliarde = 1000 Millionen ihr eigen zu nennen. 1908 brachten bereits 9 dies niedliche Vermögen zusammen! Das Durchschnittsvermögen dieser Allerreichsten ist also in sechs Jahren von 58 Millionen auf 110 Millionen pro Kopf gewachsen!

1902 besaßen die 67 Allerreichsten 2 Milliarden = 2000 Millionen; 1908 waren dazu nur noch 35 nötig! Das Durchschnittsvermögen dieser Multimillionäre ist also von 30 auf 57 Millionen gewachsen! Im Jahre 1902 gehörten noch mehr als 32.000 Personen dazu, um 30 Milliarden, gleich 30.000 Millionen Vermögen zu besitzen. 1908 teilten sich schon knapp 19.000 Personen in diese 30 Milliarden!

Und während 1902 nicht volle 19.000 Reiche zusammen 30.000 Millionen besaßen, mußten sich jetzt 1.200.000 Personen mit weniger als 50.000 Millionen Vermögen, also der gesamte Mittelstand, mit nur 25.000 Millionen begnügen!

Und was sagt das königl. Statistische Landesamt zu dieser ungeheuerlichen Entwicklung, zu dieser geradezu abenteuerlichen Konzentration des Reichtums in den Händen einiger Tausende von Kapitalisten? Wörtlich das Folgende:

„Auf die Vermögen von 100.000 M. stufen wir bei der 54. Milliarde, auf die von 50.000 M. bei der 67. Milliarde. Die nun folgenden 25 Milliarden des preussischen Volksvermögens werden von den darunter liegenden ergänzungsteuerpflichtigen Vermögen bis hinab zu 6000 M. gebildet. Die Gestaltung am unteren Ende erscheint hiernach durchaus nicht ungünstig.“

Daß also knapp 19.000 Großkapitalisten und Großgrundbesitzer noch 5000 Mill. Mark Vermögen mehr besitzen, als die 1 1/2 Millionen mittlerer und kleiner Besitzer, als vier Fünftel aller Vermögenssteuerpflichtigen überhaupt, das waagt die amtliche Statistik ein durchaus nicht ungünstiges Resultat zu nennen!

Wahrhaftig, die Dummdreistigkeit kapitalistischer Handlanger übersteigt alle Grenzen!

## Das Programm der portugiesischen Regierung.

(Von unserem F. R. Korrespondenten.)

Lissabon, 22. Oktober.

In der Republik und besonders im Königtum der Republik sind die Minister sehr zugänglich und mitteilhaft. Ich hatte Gelegenheit, mich mit allen Kabinettsmitgliedern zu unterhalten, besonders eingehend mit Herrn Bernardino Machado, dem Minister des Auswärtigen, und mit dem Justizminister Herrn Alfonso Costa.

Machado ist ein Engländerfreund. Er gesteht es freimütig zu. Und er erklärt auch, daß er, so sehr er darauf bedacht ist, die guten Beziehungen mit den anderen Nationen aufrechtzuerhalten, ganz besonders darauf achten wird, die Bande zu festigen, die Portugal mit England verbinden.

Diese Politik der Annäherung an England kann nach der Meinung des Ministers weder die Würde des Landes noch seine Unabhängigkeit gefährden. Wir wollen, sagte Machado, daß die Regierung wahrhaft konstitutionell sei, und wir wollen deswegen, daß alle Nationen und Fremden unter der Regierung der Republik die volle Garantie aller ihrer Rechte haben. In den Kolonien wird Portugal von dem englischen Kolonialsystem zu lernen suchen — von dem, was England in Indien befolgt? fragte ich dazwischen — Nein, antwortete der Minister, aber von dem, was es in Transvaal, in Kanada und in Australien verfolgt, denn das ist das System der Autonomie, das wir überall anwenden können, wo wir wollen.

Die Erklärungen Alfonso Costas sind sehr bestimmt. Wir werden versuchen, zusammenfassend die Ordnung und die Methode wiederzugeben, die der Minister in seiner Auseinandersetzung befolgt hat.

Ich betrachte — so ungefähr begann Costa — die Festigkeit der Republik gesichert und den Bestand der Regierung in normale Wege eingetreten. Wir werden die konstituierende Versammlung gegen das Ende des Jahres einberufen. Sie wird aus ungefähr 200 Mitgliedern bestehen, die durch das allgemeine Wahlrecht mit proportionalvertretung gewählt werden.

Wir werden vor die konstituierende Versammlung treten, um Rechnung über das Vergangene zu geben, um die Genehmigung dessen zu fordern, was die Regierung bis dahin getan haben wird und um einen sehr radikalen Verfassungsentwurf zu unterbreiten, dem wir nehmen uns vor, daß unser Regiment die Befreiung aller nationalen Kräfte und die Beseitigung jedes Gegensatzes zwischen Bürger und Staat sein soll.

Die Regierung der portugiesischen Republik wird mehr in der Verwaltung als in der Politik arbeiten. Wir wollen, daß die Politik ganz und gar das Werk des Parlaments sei.

Wir sind Anhänger der größten Dezentralisation und folglich Vertreter der Selbstverwaltung der Gemeinden.

Wenn ich eine Zusammenfassung unseres Programms geben soll, so würde ich sagen, daß es drei Hauptfragen umfaßt: öffentlichen Unterricht, nationale Verteidigung und soziale Gerechtigkeit.

Wir haben darüber sehr ins Einzelne gehende Entwürfe ausgearbeitet und Sie können sicher sein, daß sie durchaus auf demokratischer Basis ruhen.

Was die unmittelbaren Reformen anlangt, so werden Sie sehen, daß wir uns sofort ans Werk machen. Wie wir in unserer Propaganda immer die Weltlichkeit der Schule und die Trennung von Staat und Kirche gefordert haben, so haben wir damit begonnen, die Jesuiten auszuweisen und die religiösen Orden aufzulösen. Und wir werden alsbald daran gehen, das Konkordat zu kündigen oder, wenn genauer zu sein, unsere jetzige Stellung im Konkordat und die Kirche vom Staat zu trennen.

Außerdem werden wir den religiösen Eid in den amtlichen Akten abschaffen. Wir werden die Eintragung in die Staatsregister (Zivilregister) aller Geburts-, Heirats- und Todesfälle für obligatorisch erklären und wir werden zum erstenmal in Portugal ein Gesetz über die Ehescheidung erlassen.

In der Justiz sind wir dafür, die Todesstrafe aus dem Militärstrafgesetzbuch zu entfernen, denn im bürgerlichen Strafrecht existiert diese Strafe schon nicht mehr. Uebrigens werden wir darauf dringen, daß die Zuständigkeit der Militärgerichte auf militärische Vergehen, begangen durch Militärs, beschränkt werde.

Was die Sozialgesetzgebung anlangt, so wollen wir die Vermittlung des Staats bei den Konflikten zwischen Kapital und Arbeit. In diesem Sinne wird die erste Maßregel, die wir ergreifen werden, die Beschränkung des Arbeitstages sein, der Maximalarbeitstag wird auf 10 Stunden begrenzt werden. Außerdem wollen wir auch einen wöchentlichen Ruhetag festsetzen und ebenso werden wir uns bemühen, die Löhne zu beseitigen, vermittels eines Systems bäuerlicher Kolonisation, das wir augenblicklich studieren.

Schließlich sind wir Anhänger der progressiven Einkommensteuer und der Abschaffung der indirekten Steuern, folglich auch des Alkohols. Aber diese Maßnahmen werden nicht sofort getroffen werden können.

Das ist die Quintessenz des Programms, das mir Alfonso Costa in etwa einer einstündigen Unterredung entwickelt hat. Er tat es mit großer Verbe und mit einer eindrucksvollen Ueberzeugung.

Die Kritik? Ich weiß nicht, ob jetzt der Augenblick ist, sie vorzunehmen. Indessen, bei Männern wie Costa und Machado kann die kalte und trockene Wiedergabe der Worte und der Tatsachen nicht genügen.

In der Tat, diese Männer bewahren noch den Geist der Volksversammlungen und die Stimme der Opposition. Sie sprechen, als wenn sie die wahren Herren der Lage wären, ohne sich zu sorgen, daß unter ihnen und vor ihnen Interessen existieren, die sie zwingen werde, sehr viel kapitalistisches Wasser in ihren revolutionären Wein zu gießen.

Auf alle Fälle ist es nicht erlaubt, an der Aufrichtigkeit dieser direkt aus der Revolution hervorgegangenen Männer zu zweifeln.

Jetzt ist es an der Arbeiterklasse, von all diesen Versprechungen und von all den Reformen, die die Regierung in den Sonntagwochen der Republik angekündigt hat, Kenntnis zu nehmen. Und wenn die Stunde gekommen sein wird, wo man diese Versprechungen vergessen will, wenn die ersten Schwierigkeiten sich ergeben, dann wird die portugiesische Arbeiterklasse, organisiert in einer Massenpartei, die Regierung der Republik zwingen müssen, ihr alles das zu gewähren, was die Bourgeoisie ihr vorzuenthalten versuchen wird.

Die portugiesische Bourgeoisie hat ihre Revolution vorbereitet und vollbracht. Jetzt ist es die Aufgabe des Proletariats, die feine vorzubereiten und zu vollbringen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. Oktober 1910.

### Regierung und Großindustrie.

Die Regierung ist seit langem eifrig bemüht, die rheinisch-westfälischen Großindustriellen möglichst zufrieden zu stellen, da sie mit der Wiederherstellung der früheren national-konföderativ-merikalen Koalition rechnet und als eines der wichtigsten Elemente dieses „nationalen“ Blockes die Großindustriellen betrachtet. Diese Auffassung erklärt nicht nur, daß die Regierung sich angelegen sein ließ, bei der Beratung der verflochtenen preussischen Wahlrechtsvorlage allerlei Spezialforderungen der großen Schlotbarone in den Entwurf hineinzulanzieren, sondern daß auch seit längerer Zeit die Regierungspresse ein eigenartiges Wohlwollen für die Herzenswünsche der Großindustriellen bekundet. Es kann deshalb den, der dieses zärtliche Verhältnis zwischen Regierung und Großindustrie kennt, nicht im geringsten befremden, daß auch die heute erfolgte Einweihung des neuen Oberbergamtsgebäudes in Dortmund wieder dem Handelsminister Endow die willkommenen Gelegenheiten geboten hat, den Kohlenmagnaten allerlei Liebenswürdigkeiten zu sagen und sein tiefes Verständnis für die Forderung der Hebenbeförderung zu beweisen, daß sie Herren im eigenen Hause bleiben müssen und daß die sozialpolitische Gesetzgebung nicht bis zur Zugrunderichtung des Bergbaues getrieben werden darf; ein Zustand, der nach ihrer Verankerung bereits vor der Tür steht.

So sagte denn Herr Endow nach den üblichen Redensarten über den großartigen Aufschwung des westfälischen Bergbaues:

„Ein Punkt ist es hauptsächlich, der den Wohlmeinenden mit ernsther Sorge erfüllen dürfte, und das ist die Arbeiterfrage. Je mehr die staatliche Gesetzgebung, je mehr die freiwillige Fürsorge des Bergbaues zum Wohle der Bergarbeiter getan hat, um so weiter scheinen wir uns von dem Ziele eines

gesellsch. Verhältnisses zwischen Unternehmern und Arbeitern, einem vertrauensvollen Zusammenarbeiten dieser beiden Teile zu entfernen. Muß es nicht befremden, zu sehen, wie die Wahlen zur Knappschaff ausschließlich von politischen Gesichtspunkten beherrscht wurden oder wie für die Wahlen der Sicherheitsmänner nicht vor allem die Sachkenntnis und Erfahrung der Gewählten, sondern das Maß seines politischen Radikalismus entscheidend waren und so die besten Absichten Gefahr laufen, in der Wirkung in ihr Gegenteil zu verfallen? Dem Oberbergamt werden hier noch schwierige Aufgaben erwachsen. Aber es wird — und ich hoffe, der Bergbau wird daselbe tun — unbeirrt seinen Weg geradeaus gehen. Was aus dem Wege sozialer Fürsorge geschieht, das tun wir um des Bewußtseins willen, weil und soweit wir es für unsere Christenpflicht halten. Aber auf der anderen Seite müssen wir auch darauf achten, daß der Bergbau selbst darüber nicht zugrunde geht. Dahin gehört auch, daß diejenigen, welche die Verantwortung für den Betrieb tragen, in den Grenzen ihrer Betriebsführung das Best nicht aus der Hand verlieren. Eine andere Frage, die manchem von Ihnen schwere Gedanken macht und die ich hier nur leise streifen will: Wie werden sich die Abfahrverhältnisse nach Ablauf des jetzigen Kohlenkontrakts gestalten? Wird dessen Erneuerung gelingen oder wird ein Konkurrenzkampf ausbrechen, der mit einer allgemeinen Preissteigerung auch einen tiefgreifenden Einfluß auf die Vergarbeiterlöhne zur Folge haben würde? So schwierige Aufgaben die Zukunft in sich birgt, ich hege die Zuversicht, daß der rheinisch-westfälische Bergbau, der schon schwerere Zeiten überwunden hat, sich ihnen gewachsen zeigen wird.“

### Jungliberaler Wortradikalismus.

In einem interessanten Artikel über die Tagung der Jungliberalen in Köln bestätigt die „Köln. Ztg.“, daß, wenn auch die Jungliberalen in jugendlicher Vorliebe für einen gewissen Wortradikalismus gerne kräftige Redensarten gebrauchen, sie doch fest zu der nationalliberalen Partei halten und gegenüber der Sozialdemokratie ganz dieselbe Stellung einnehmen, wie die „Alten“.

„Deutsch und klar“, heißt es in diesem Artikel, „haben die Jungliberalen bekundet, daß sie unentwegt zur Partei stehen. Es bleibt also alles beim alten. Freilich wird auch das bestehen bleiben, daß die „Westfalen“ und die gleich gerichteten Kreise im Nationalliberalismus nur die Fehler der Vorgänger sehen, die wir an der Jugend stets geschätzt haben und die ihr eignen müssen, weil sie eben jung ist. Wir meinen den goldenen Idealismus, der sich zutraut, Verge zu verlegen, und dem man nicht gram sein sollte, weil ihm ein Radikalismus anhaftet, der in der praktischen Politik einer Mittelpartei nicht immer unterzubringen ist. Schärfer als Hermann Fischer den grundsätzlichen Gegensatz zur Sozialdemokratie hervorgehoben hat, kann er überhaupt nicht betont werden. Auch darin stimmen wir dem jungliberalen Führer bei, daß die Nationalliberalen sich der Möglichkeit nicht begeben sollten, sich wie das Zentrum in den Stimmwahlen mit Hilfe der Sozialdemokratie Mandate zu sichern. Wir haben das früher schon ausgesprochen und hinzugefügt, daß die Regierung, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen, in den liberalen Reihen wachsam werde, je stärker der Druck der Reaktion von rechts sich geltend mache. Ehe man sich jedoch dazu entschließt, die Sozialdemokratie zu stärken, möchte man sich der Kraft und Fähigkeit gewiß sein, sie vom Boden der revolutionären Klassenpartei auf den des bestehenden bürgerlichen Staates hinüberzuführen.“

Diese Charakteristik des Jungliberalismus ist treffend. Der ganze Liberalismus dieser Gruppe besteht tatsächlich nur in der Vorliebe für den Gebrauch radikal schillernder politischer Phrasen. Und selbst, wenn die größtenteils aus schon recht alten Herren bestehenden Jungliberalen größeren Entzandung bekämen, würde ihr Einfluß auf die Politik des Nationalliberalismus minimal bleiben, denn der politische Schwerpunkt dieser Partei liegt heute im gewerbetreibenden Mittelstand der Mittel- und vor allem der Kleinstädte, der finanzielle Schwerpunkt aber in der rheinisch-westfälischen Großindustrie, d. h. in jenen Kreisen, die die „Köln. Ztg.“ als „Westfalen“ bezeichnet. Die Jungliberalen Rechtsanwälte, Gymnasiallehrer, Kommunalbeamte usw. der Großstädte machen den Kohl nicht fett; sie sind lediglich ein dekoratives Anhängsel.

### Zur Fleischsteuerung.

In Wien ist das erste gefrorene und gekühlte argentinische Fleisch eingetroffen — zunächst nur 21 000 Kilogramm, denen aber Anfang Dezember und Januar größere Quantitäten folgen sollen. Infolge seiner Güte und Billigkeit war das Fleisch schnell verkauft. Die Preise stellten sich nämlich um 30 bis 35 Proz. billiger, als die für österreichisches Fleisch. So kostete zum Beispiel:

Siedfleisch (vom Hinterteil) 1 Krone 60 Heller das Kilogramm;  
Siedfleisch (vom Vorderteil) 1 Krone 44 Heller das Kilogramm;  
Bratenfleisch (Lungen- und Kopfbraten) 1 Krone 80 Heller das Kilogramm.

Die Engrospreise für die Händler sind für Hinterteil 1 Krone 85 Heller, für Vorderteil 1 Krone 20 Heller.

Die Detailspreise für minderes Fleisch wurden für Vorder- teil mit Zuwage auf 1 Krone 30 Heller für 1 Kilogramm, Hinterteil mit Zuwage auf 1 Krone 40 Heller festgesetzt.

Das Prima-Hammelfleisch stellt sich im Engroskauf auf 1 Krone 32 Heller das Kilogramm.

Demnach betrug also der Preis für gutes Ochsenfleisch pro Pfund ungefähr 63 Pf., für gutes Bratenfleisch 70 Pf. Erfolgt die Einfuhr in größeren Massen, so wird sich voraussichtlich der Preis pro Pfund noch um 10 Pf. niedriger stellen.

Die Qualität des eingeführten argentinischen Fleisches wird von allen Seiten gerühmt. So berichtet die Wiener Rathauskorrespondenz über die Kostproben, an der das Gemeinderatspräsident, die Obmänner der gemeinderätlichen Klubs, der Präsident der Großschlächtereien und die Sachreferenten des Magistrats teilnahmen, folgendes:

Es wurde argentinisches Fleisch in den verschiedensten Zubereitungen durch den Rathauskellnerwirt Dombacher serviert. Zuerst wurde Suppe aufgetragen von Rindfleisch, das in heißem Wasser zugelegt, und Suppe von solchem Fleische, das in kaltem Wasser zugelegt war. Dann folgte das entsprechende Subfleisch. Suppe und Fleisch nach der ersten Zubereitung erhielten von der Mehrzahl der Gäste den Vorzug. Hierauf wurde Gulasch serviert. Die Beiried wurde verwendet teils als Kopfbraten, teils als Rumpsteak, teils als Kopfsteak. Der Lungenbraten wurde serviert gedämpft in Cremesauce. Vom Schöpfensfleisch, das ob seiner guten Qualität besonderes Lob erntete, wurden Schöpfenssteaks und Schöpfenssteaks (von der Keule) serviert. Rathauskellnerwirt Dombacher äußerte sich über das argentinische Fleisch ungefähr wie folgt:

„In meiner Küche wurde das argentinische Fleisch so behandelt wie unser hiesiges Fleisch. Ein Unterschied wurde nur gemacht beim Suppenfleisch, welches teils in heißem Wasser,

teils in kaltem Wasser zugelegt wurde. Einen Qualitätsunterschied zwischen den Suppen und dem Fleische nach beiden Arten konnte ich nicht konstatieren. Das Fleisch hat seine Probe großartig bestanden. Nur war die Zeit etwas zu kurz. Nach meiner Ueberzeugung hätte das Fleisch noch vierundzwanzig Stunden nach dem Auftauen liegen bleiben sollen. Dann hätte das Eiswasser abrinnen können und das Fleisch hätte einen mürberen, saftigeren Charakter angenommen. Ich beschäftigte Köche, welche in London tätig waren, argentinisches Fleisch genau kennen und ihm außerordentliches Lob spenden.“

In Deutschland hat sich bekanntlich die Regierung bisher nicht dazu verstanden, die Einfuhr von gekühltem und gefrorenem argentinischen Fleisch zu gestatten — weit wichtiger als die Volksernährung ist ja die Aufrechterhaltung eines möglichst hohen Profits der Agrarier. Williges gutes Fleisch ist Lebensfrage. Wer kein Fleisch kaufen kann, der mag nach der weisen Logik der Regierung Kartoffeln essen; dagegen wäre eine Ermäßigung des Profits der großen Viehzüchter ein gefährliches Experiment, das gegen die heiligsten preussischen Traditionen verstieße.

### Die Ministerche in Bayern.

Das bayerische Zentrum (richtiger die Richtung Dröter-Pöcher) setzt nicht nur seinen Feldzug gegen den bayerischen Verkehrsminister v. Braunendorfer fort, sondern hat nun auch noch zwei anderen Ministern den Feldzugsplan hingeworfen. Die partei-offizielle Zentrums-Parlamentskorrespondenz in München verbreitet einen Artikel, in dem die Staatsregierung folgendermaßen ermahnt wird, den Ernst der Lage nicht zu verkennen:

„Der Minister des Innern hat eine verkehrte Stellung zur Sozialdemokratie eingenommen, indem er durch Erlaß bestimmte, daß Sozialdemokraten nicht grundsätzlich von Gemeindevätern ausgeschlossen seien, daß man vielmehr die Eignung des einzelnen prüfen solle. Jetzt wird jeder einzelne sozialdemokratische Bürgermeister und Adjunkt für geeignet befunden und bestätigt. Der Ministerpräsident hat eine tiefe Verbeugung vor den angeblichen sozialpolitischen Verdiensten der Sozialdemokratie gemacht. Der Verkehrsminister zeigt trotz der Landtagsresolution gegen den Eisenbahnerstreik und seiner eigenen Begerenschaft gegen einen solchen eine geradezu auffällige Konvenienz gegenüber der Sozialdemokratie.“

„Mit diesem Verhalten gegenüber der Sozialdemokratie, der Todfeindin der Monarchie, muß ein für allemal gründlich gebrochen werden. Die Krone muß es zur Lebensaufgabe eines jeden ihrer Staatsminister machen, daß die Staatsregierung eine scharfe Frontstellung gegen die Sozialdemokratie einnimmt. Daß die Krone diese Auffassung hat, steht über allem Zweifel fest.“

Am Schluß des Artikels wird offen gesagt, was man von der Regierung zunächst verlangt:

„Der Kampf geht nicht gegen Personen; die Gegner täuschen sich und andere, wenn sie den Ministerkürzeren reden. Es ist ein Kampf gegen das System, welches staatsgefährlich wird, wenn die bisherige Rücksicht, Freundschaft in Wort und Tat, welche zu beobachten ist, von der Staatsregierung nicht radikal aufgegeben wird. Die Staatsregierung wäre durch und durch falsch beraten, wenn sie die leiseste Hoffnung hätte, daß dieser Kampf, der mit dem Verbot des sozialdemokratischen Süddeutschen Eisenbahnerverbandes endigen muß, nicht bis zu den letzten parlamentarischen Konsequenzen, welche die Verfassung erlaubt, durchgeführt würde.“

Die bestigen Bedenken wegen der Streikgefahr sind natürlich nur vorgeschickt. Wenn das Zentrum eine völlige Unterdrückung des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes verlangt, so deshalb, weil es fürchtet, auf andere Weise die Wirtlichkeitskrise bei seinen Wahltruppen, dem christlichen Bedientenverbänden, nicht mehr aufrecht erhalten zu können. Man verlangt also — es ist nötig, das deutlich festzustellen — nichts anderes, als ein gewerkschaftliches Ausnahmegesetz.

### Aus der Justizkommission.

In der Dienstag-Sitzung lehnte die Kommission den Antrag zum § 82 ab, der forderte, daß, wenn durch eine Zeugenaussage der Zeuge sich selbst oder einen seiner Angehörigen dadurch einer strafgerichtlichen Verfolgung aussetzen würde, das Zeugnisverweigerungsrecht auch dann gegeben sein soll, wenn durch die Aussage ein Disziplinarverfahren veranlaßt werden könnte. — Der § 85, dem in erster Lesung im zweiten Abzug eine Bestimmung hinzugefügt wurde, die dem politischen Spitzeltum Abbruch tun sollte, wurde der Unterkommission überwiesen.

Zu einer längeren Debatte führte der von unseren Genossen wieder eingebrachte Antrag, die religiöse Eidesformel durch eine Schwurform zu ersetzen, die es auch dem nicht an einen Gott Glaubenden möglich macht, die Wahrheit seiner Zeugenaussage durch eine Bekräftigungsformel zu unterstreichen, die ihn mit seiner Ueberzeugung und Anschauung nicht in einen inneren Konflikt bringt. Für die Anregung der Sozialdemokraten erklärten sich nur die Freisinnigen, sodas es abgelehnt wurde.

Zu einer längeren Debatte, in der auch die vor einigen Wochen von dem Weimarer Amtsgericht angeordnete zwangsweise Ueberführung des Professors Lehmann-Dobenberg einen weiteren Raum einnahm, führte der § 80. Auf eine Anregung unserer Genossen stellten die Regierungsvertreter ausdrücklich fest, daß nach den neuen Bestimmungen (§ 818 der neuen St.-P.-O.) gegen den Entschluß über die amtserichtliche Entscheidung weitere Beschwerde zulässig ist. — Ein Antrag Gröber wollte, daß in Uebersetzungs-fällen Uebersetzungen des Beschuldigten und Irrenhaus nicht erfolgen dürfen. Und ein polnischer Antrag verlangte, daß von der Anordnung einer Uebersetzung in eine Irrenanstalt auch die Staatsanwaltschaft, der Verteidiger und auf Erfordern auch ein zweiter Sachverständiger zu hören ist. — Dieser Antrag wurde abgelehnt und der Antrag Gröber angenommen.

Beim § 82 beantragte Abg. Gröber, dem Paragraphen hinzuzufügen, daß die Personen, denen das Zeugnisverweigerungsrecht zufließt, auch die an ihnen vorzunehmende körperliche Untersuchung verweigern dürfen. Unsere Genossen traten ebenfalls für diesen Antrag ein, der jedoch abgelehnt wurde.

### Die badische Regierung gegen den Großblock.

Das badische Ministerium kapituliert vor den heftigen Angriffen des Zentrums und den Einflüssen aus Berlin. Und es zeigt keine Unterwerfung in einer Form, wie sie verlegend für die Großblockparteien nicht gedacht werden kann: es maßregelt einen höheren Beamten, der sich für den Großblock ausgesprochen hat. Der Oberamtmann Anspurger in Karlsruhe hat sich jüngst in einer Mitgliedsversammlung des dortigen Nationalliberalen Vereins bei der Verabschiedung über den Kasseler Parteitag entschieden gegen ein Zusammengehen mit den Junkern und Merikalen gewandt. Jetzt ist er plötzlich nach Staufen nach Freiburg verlegt worden. Diese Verlegung aus der Residenz nach einem kleinen unbedeutenden Landstädtchen ist sehr ungewöhnlich. Sie kann gar nicht anders, denn eine Strafverfolgung aufgefahrt werden und wird auch allgem. so angesehen. Da sonst nichts gegen Anspurger vorliegt, so kann die Strafverfolgung nur wegen seines Auftretens gegen die „nationale“ Sammlung und für den Großblock erfolgt sein. Es stimmt das auch ganz und gar mit der Haltung des Regierungsblattes, der „Karlsruher Zeitung“, überein, die dieser Tage die Sammlungsopposition gegen

den „Amsturz“ warm befürwortete. Die badischen Genossen haben also äußerst schnell die Quittung dafür bekommen, daß sie der badischen Regierung das Budget bewilligten. Die Wahregelung des nationalliberalen Beamten zeigt ihnen mit grausamer Deutlichkeit, was die famosen „anerkenntnenden Worte“ des Ministers v. Bodman wert waren, die ihnen den Anlaß zur Budgetbewilligung gaben.

Unser Karlsrüher Parteiblatt, der „Vollstreund“, verheißt sich denn auch nicht der Bedeutung der Wahregelung des Herrn Anspersgers. Wie uns ein Privattelegramm aus Karlsrühe meldet, polemisiert der „Vollstreund“ gegen den Minister v. Bodman, der in der politischen Wahregelung Anspersgers einen zweiten Fall Schäußele geschaffen habe. Der „Vollstreund“ betrachtet v. Bodmans Vorgehen gegen Anspersger „als eine Kriegserklärung an die Sozialdemokratie“, wodurch ihre Gleichberechtigung vor der Verfassung und mit den bürgerlichen Parteien aufgehoben werde. Unser Karlsrüher Parteiblatt bedauert, daß der Landtag erst wieder über's Jahr zusammentritt, so daß die Fraktion zu spät Gelegenheit erhält, die jetzige Haltung Bodmans zu charakterisieren, der offenbar den Berliner Einsüssen unterlegen sei.

### Der Zentrumsparteitag für Elsaß-Lothringen,

der seit gestern in Straßburg stattfindet, hat am Montag in seiner von etwa 500 Personen besuchten ersten geschlossenen Sitzung Stellung zur Verfassungsfrage genommen. Der Referent Herr Dr. Dido erklärte sich ausdrücklich mit der Auffassung einverstanden, die der Abg. Daub am Sonntag in einer Versammlung vertreten hat. Für das Wahlrecht berief er sich auf den Antrag des Abgeordneten Delsor im Reichstage, der das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zum Elsaß-Lothringischen Landesauschuss fordert, den Proporz aber nicht berücksichtigt, weil bei dessen Einführung ja auch eine Zentrumsmehrheit nicht möglich wäre. Der Parteitag nahm schließlich folgende Resolution an:

Der Parteitag hält an dem Programm der Partei fest. Er findet die befriedigende Lösung der Verfassungsfrage nur in der Erhebung Elsaß-Lothringens zum gleichberechtigten Bundesstaat. Er erwartet von den Reichstagsabgeordneten, daß sie sich grundsätzlich auf diesen Standpunkt stellen. Der Parteitag erachtet die Abgeordneten im Reichstage, mit dem Nachdruck für den Antrag Delsor betr. die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts einzusetzen. Er spricht sich auch dahin aus, daß die Wahlkreisbildung nicht im Verordnungswege, sondern gesetzlich geregelt werden muß.

Der Parteitag beschäftigte sich ferner noch mit der Reichsfinanzreform, über die der Abg. Prof. Spahn referierte, mit den Landesfinanzen, über die der Abg. Miklin, und mit der Schulfrage, über die Prof. Müller sprach.

Die Beschlüsse, die hierzu gefaßt werden sollen, sind noch nicht bekannt. — Dagegen liegen mehrere Resolutionen vor, die sich auf die Abkürzung, Abkürzung, Abkürzung und Abkürzung beziehen. Der Parteitag fordert in diesen Resolutionen die Unterbindung der notleidenden Winger durch Niederschlagung der Grundsteuer und durch Gewährung von Darlehen und ferner bei der definitiven Regelung des Kriegsveteranengesetzes die gesetzliche Festlegung eines Verfahrens, das eine unparteiische Verteilung der bewilligten Mittel gewährleistet.

### Die Finanzen des Reiches.

Die Einnahmen des Reiches an Zöllen, Steuern und Gebühren im September bezw. im kalten Etatsjahre betragen in Mark: Zölle 48 189 108 bezw. 505 629 355, Tabaksteuer 698 408 bezw. 4 987 484 (Jahresvoranschlag 14 418 000), Zigarettensteuer 1 717 109 bezw. 10 942 159 (Jahresvoranschlag 23 710 000), Rudersteuer 11 937 047 bezw. 75 141 319, Salzsteuer 4 339 577 bezw. 26 654 503, Verbrauchsabgabe für Branntwein 15 640 889 bezw. 71 329 511 (Jahresvoranschlag 180 000 000), Schaumweinsteuer 842 621 bezw. 4 948 773, Leuchtstoffsteuer 644 378 bezw. 4 008 029 (Jahresvoranschlag 15 018 000), Hundsteuer 1 226 962 bezw. 6 280 283, Brandsteuer und Uebergangsabgabe von Bier 10 394 401 bezw. 63 019 774, Frachtkosten 1 312 291 bezw. 7 721 131, Personenfahrkarten 2 112 841 bezw. 10 901 468, Automobilsteuer 246 788 bezw. 1 886 712, Grundsteuer 8 462 894 bezw. 21 745 537, Gebührentaxen 4 617 648 bezw. 20 582 889. Die Einnahmen der Post- und Telegraphenverwaltung vom 1. April bis Ende September stellen sich auf 329 561 123 M. (i. V. 312 085 189 M.) und der Reichsbahnverwaltung von 65 492 000 M. (63 117 000 M.). Im Reichsbahnhaushalt ist die Einnahme für das Rechnungsjahr 1910 der Post- und Telegraphenverwaltung auf 693 229 325 M. und die der Reichsbahnverwaltung auf 122 319 000 M. veranschlagt.

### Der Protest gegen das System Moabit.

In Gotha sprach am Freitag in einer bis auf den letzten Platz besetzten Protestversammlung der Genosse Volk unter stürmischem Beifall. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

### Frankreich.

#### Nach der Schlacht.

Paris, 21. Oktober. (Eig. Ber.) Das Siegesgefühl der bürgerlichen Presse will sich nicht beruhigen. Das böse Gewissen des Profitmachertums hat seine Angst ebenso ins Sinnlose gesteigert wie die Kurzsichtigkeit jetzt keine Hoffnungen. Diese Herren tun jetzt, als ob sie das Proletariat ohne weiteres verschlucken könnten und streiten nur noch darüber, in welcher Sauce sie dieses Verspeisen besorgen sollen. Soll die Arbeitsbörse dieses Verspeisen besorgen sollen. Soll die Arbeitsbörse sich mit dem gesetzlichen Verbot des Streikrechts für Eisenbahner — in dieser Forderung liegt das Geständnis der Ungeheuerlichkeit der Unterdrückung des Streiks eingeschlossen — mit Ausnahmeparagraphen gegen Sabotageagitator und dergleichen begnügen? Eines aber ist allen diesen Projekten gemeinsam: das Streben, die Organisation zu vernichten. Die Wahngesellschaften tun natürlich das Ihre dazu: Lohnherdhungen und Anwaltschaften für Streikbrecher sollen die Arbeiterschaft desorganisieren. In Tergnier hat die Nordbahn sogar zwei im vorigen Jahr wegen Trunkenheit entlassene Lokomotivführer wieder eingestellt, die Streikbrecherdienste geleistet hatten. Der Alkoholiker auf der Lokomotive erscheint weniger gefährlich als der Gewerkschaftler. Als Hyänen des Schlachtfeldes erscheinen auch allerhand Agenten einer „gelben“ Gewerkschaft, die sich bemühen, durch ausgestreute Verleumdungen der Streikführer unter den begreiflicherweise niedergedrückten Arbeitern Geschäfte zu machen.

Angesichts der Situation haben die vereinigten Vorstände der Eisenbahner- und Lokomotivführerverbände gestern eine Resolution beschlossen, die zunächst dem nach der Verhaftung des ersten gebildeten zweiten Streikausschusses das Absolutum erteilt, mit der Anerkennung, daß der Beschluß, den Zustand zu beenden, ausschließlich durch das Motiv, die Lebenskraft der Organisation zu erhalten, motiviert war. Weiter lehnen die Vertreter der Organisationen die Verantwortung für die während des Streiks verübten „Sabotagen“ ab und erklären ausdrücklich, daß dieses Verfahren von den Organisationen nie empfohlen, ja auch nie ins Auge gefaßt wurde. Vielleicht wäre es besser gewesen, eine solche

Erklärung schon früher herauszugeben, in einem Augenblick, wo sie der Zerschlagung der öffentlichen Meinung durch das Ministerium und die bürgerliche Presse hätte entgegenwirken können und nicht der Verdächtigung ausgesetzt gewesen wäre, erst unter den Drohungen der Bourgeoispreffe zustande gekommen zu sein. Die Ablehnung der Sabotage aber hat trotzdem eine besondere Bedeutung, weil die Mehrheit der Eisenbahner zur revolutionär-syndikalistischen Mehrheit der C. O. L. hält, die ja die Sabotage ausdrücklich als Kampfmittel anerkennt. Es hat sich eben wiederum gezeigt, daß die Notwendigkeiten des Klassenkampfes mit putschistischen und anarchistischen Phantasieren rasch aufräumen und eine Taktik der Massenaktion schaffen, die durch abenteuernde Freischärler nur geschädigt werden kann. Mit dem Sabotagefeldzug der teils lächerlichen, teils verdächtigen „Kampfororganisation“ der Insurrektionellen haben die Eisenbahner nicht das geringste zu schaffen, und sollten diese gar ihre Drohung verwirklichen, ihn auch nach der Beendigung des Streiks bis zur Wiedereinstellung aller Gemahregelten fortzusetzen, so würden sie ein nichtswürdiges Verbrechen an den im Dienst stehenden Eisenbahngestellten selbst und an der Arbeiterbewegung überhaupt begehen.

### Verurteilte Eisenbahner.

Paris, 25. Oktober. Das Kriegsgericht in Lille verurteilte die Eisenbahner Haberskerke und Jaes, die dem Mobilisierungsbefehl zwar Folge geleistet, aber ihre Kameraden zum Streik aufgefordert hatten, zu sechs beziehungsweise zwei Monaten Gefängnis. Jaes wurde jedoch die Vergünstigung des bedingten Strafausschubs zuerkannt.

### Polizeiphantastien.

Paris, 25. Oktober. Mehrere Blätter melden, daß die Polizei in den Besitz eines Rundschreibens gelangt ist, in dem eine Gruppe von Terroristen andeutet, daß sie die Ermordung der höchsten Beamten der Republik wegen ihres Verhaltens beim Eisenbahnerstreik beschlossen habe. Der mit der Ueberwachung der Anarchisten betraute Polizeikommissar Guichard schwebt gegenwärtig nach der geheimen Druckerlei, in der das Rundschreiben hergestellt ist, und hat zum Schutz der bedrohten Persönlichkeiten alle erforderlichen Vorkehrungen getroffen. Die Polizei sucht auch nach den Urhebern von Drohbrieffen, die täglich dem Polizeipräsidenten und anderen Beamten der Polizei sowie verschiedenen Gerichtspersonen zugehen.

### Gegen Lépine.

Paris, 25. Oktober. Deputiertenkammer. Von Beginn der Sitzung an stehen die Sozialisten in scharfer Opposition gegen den Polizeipräsidenten Lépine aus, welcher sich in der Nähe der Eingangstüren hielt. Die anderen Deputierten protestierten hiergegen. Es entwickelte sich ein unbeschreiblicher Tumult. Da die Sozialisten immer lautere Rufe ausstießen, sah sich der Präsident Crisson veranlaßt, die Sitzung zu suspendieren.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung wurden auf Verlangen Briand alle Interpellationen über den Eisenbahnerstreik vereinigt und sofortige Beiprägung beschlossen.

### Belgien.

#### Für das deutsche Volk, gegen den Absolutismus.

Brüssel, 25. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Aus Anlaß des Besuches Wilhelms II. sind ganz ungewöhnliche Sicherheitsmaßnahmen streng nach russischem Muster getroffen worden. Auch 100 deutsche Polizisten sind in Brüssel eingetroffen. Die Absperrungsmaßnahmen werden ungewöhnlich streng gehandhabt, so daß der neugierige Mob nicht auf seine Kosten kommt.

Das belgische Proletariat aber hat in einer glänzend besuchten Versammlung Stellung zu dem Besuche genommen. Unter stürmischem Beifall wurde folgende von der Brüsseler Organisation beantragte Resolution angenommen:

Das von der belgischen Arbeiterpartei aus Anlaß des Besuches Wilhelms II. eintreffende Heer führt den vom preussischen Militarismus bedrückten Volksmassen brüderliche Grüße und den Ausdruck heißer Sympathie in der Ueberzeugung, daß die völlige Befreiung der deutschen und insbesondere der preussischen Arbeiter die väterliche Antwort auf die Rede von Königsberg sein werde.

In der Versammlung sprachen Genosse De Vroambre, die Abgg. Delaporte und Wauters und Gemeinderat Vink. Sie alle betonten die Sympathien des belgischen Volkes für die vom Absolutismus bedrückten deutschen Arbeiter und erklärten, daß am Empfangstage die Arbeiter Brüssels durch ihre Abwesenheit demonstrieren werden.

### Der Kammerzusammentritt und die Sozialisten.

Aus Brüssel wird uns geschrieben: Die belgische Kammer vertritt sich auszurufen. Anfangs November wird sie, nach fünfmonatiger Pause nach den Neuwahlen wieder zusammentreten. Nach vielen Gerüchten verlautet nun bestimmt, daß der König eine Thronrede halten wird — eine Wespennest, die nach längerer Pause Albert wieder aufnehmen soll. Man darf ihr infolgedessen mit einem gewissen Interesse entgegensehen, als man damit nun doch einiges über die Absichten der Regierung und ihr Arbeitsprogramm zu erfahren hofft. Den Luxus eines Programms hat sich Herr Schollaert bisher nämlich nicht geleistet und immer gemäßlich von der Hand in den Mund gelebt. Immerhin kann man begierig sein, zu erfahren, auf welches seltsame „Programm“ sich Regierung und Rechte geeinigt haben — da es bekanntlich keine größere politische oder soziale Reform gibt, aber die nicht grundsätzliche Differenzen innerhalb der liberalen Partei beseitigen. Nach dem, was man in der Öffentlichkeit erfährt, steht es um die Einigkeit zwischen Alt- und Jungliberalen einerseits und Herrn Woeste und der Regierung andererseits recht windig aus. Also steht „man“ dem Tag, da Albert bezw. Herr Schollaert sprechen wird, mit einer gewissen Spannung entgegen.

Indes sorgen die Oppositionsparteien ihrerseits vor, der Regierung mit ihrem Arbeitsprogramm entgegenzutreten. Die sozialistische Fraktion hat in einer Beiprägung konform den Beschlüssen des letzten Parteikongresses beschlossen, die Regierung „die weder ein Programm, noch eine wirkliche oder gesetzliche Majorität hat“ über ihre allgemeine Politik zu interpellieren, eventuell gleich in Form einer Antwort auf die Thronrede. Die Interpellation wird von Vandervelde und De Strée vertreten werden.

In der Sitzung wurde ferner bekanntgegeben, daß am 6. November am Vorabend des Kammerzusammentrittes eine große Protestmanifestation in Charleroi stattfinden wird, die sich gegen den unerhörten Militarismus des Unterrichtsministers lehrt, der den Lehrerbildungsanstalten des Hennegaus unter dem Vorwand, daß

die den gesetzlichen Vorschriften nicht entsprechen, das Öffentlichkeitsrecht verweigert. Diese Anstalten haben nämlich keine liberale Stampfleihe und werden daher als religions- — das heißt der liberalen Richtung — feindlich denunziert. — Der Ministermanifestation werden die meisten sozialistischen Abgeordneten beiwohnen. In der Kammer werden De Strée und Hozer über die Sache interpellieren. Unter anderem wird auch eine Interpellation über die Verteuerung der Lebensmittel, von Verbrand vertreten, gestellt werden. Das Projekt über die Vergütung der Bergarbeiterpensionen ist, wie Denis mitteilte, der Kammer bereits zugegangen.

### Griechenland.

#### Die Krise.

Athen, 25. Oktober. Die Kammer hat das Vertrauensvotum für Venizelos mit 208 gegen 81 Stimmen bei 27 Stimmenthaltungen angenommen. Venizelos erklärte, er werde sich die Situation überlegen, da viele Abgeordnete nur aus Gefälligkeit für ihn gestimmt hätten.

#### Die Auflösung des Parlaments.

Athen, 25. Oktober. (B. Z. V.) Das Parlament ist aufgelöst, die Wahlen für eine neue revisionistische Kammer sind auf den 28. November, die Eröffnung der Session auf den 8. Januar nächsten Jahres festgesetzt.

### China.

#### Die Verfassungsfrage.

Die chinesische Nationalversammlung hat Sonnabend einmütig und per Akklamation beschlossen, bei der Regierung zu petitionieren, daß das volle konstitutionelle System nicht erst nach sieben Jahren, sondern baldigst eingeführt werde. Das Hauptargument ist, daß die Lage des Landes namentlich in finanzieller Beziehung zu ernst sei, um von der Bureaucratie allein saniert werden zu können. Es ist wahrscheinlich, daß sich die Regierung gezwungen sehen wird, dieser Forderung entgegenzukommen.

### Aus der Partei.

#### Eine Reuter-Gedenkschrift

Bereitet der Parteiverlag Buchhandlung Vorwärts zur 100. Wiederkehr von Reuters Geburtstag am 7. November vor. Die Festschrift wird neben zahlreichen Illustrationen interessante Abbildungen über Reuter bringen. Der Preis wird 20 Pf. betragen. Bestellungen nehmen schon jetzt alle Parteibuchhandlungen entgegen.

#### Gemeindevahltag.

Bei der Bürgerauswahlwahl in Rohrbach i. B. für die dritte Wählerklasse siegte die sozialdemokratische Liste mit 140 Stimmen. Die gegenwärtige Liste vereinigte 85 Stimmen auf sich.

#### Die Organisationen zum Parteitag.

##### Mühlhausen i. E.

Der Sozialdemokratische Kreisverein Mühlhausen i. E. nahm am Montagabend in starkbesuchter Mitgliederversammlung den Bericht des Delegierten zum Magdeburger Parteitag, Genossen Müller-Majin, über den Magdeburger Parteitag entgegen. Außer durch Müller-Majin war der Streik auf dem Parteitag bekanntlich durch den Reichstagsabgeordneten Genossen Emmel vertreten, der in der Versammlung die folgende Vorstandesresolution begründete, die zugleich zu den Drohungen der reaktionären Presse mit neuen Ausnahmemaßnahmen und zu einem Schreiben des Parteivorstandes im Elsaß-Lothringischen Parteistreit Stellung nimmt:

„Die Parteigenossen Mühlhausens erklären sich mit der Haltung ihrer Vertreter auf dem Magdeburger Parteitag einverstanden. Sie begrüßen die entschlossene Stellungnahme des Parteitag gegen den sogenannten Revisionismus, der nicht nur durch Budgetbewilligungen und Hoheitsgerichte die revolutionäre Stoßkraft des organisierten Proletariats hindert und mindert.

Die Versammlung erwartet, daß der unter Berufung auf die Magdeburger Tagung und auf den unorganisierten Massenwiderstand gegen die Polizeibrutalität in Moabit in der reaktionären Presse erdohene Ruf nach einem neuen Sozialistengesetz und einer neuen Zuchtanstalt die Gewerkschafts- und die Parteibewegung nur enger miteinander verbindet zu gemeinsamer, schärferer Abwehr mit dem Uebergang zur kräftigsten, nachdrücklichsten Offensive.

Die Versammlung nimmt die Vorschläge des Parteivorstandes auf Einsetzung einer Kontrollkommission zur Behebung der infolge Fehlens einer solchen Einrichtung sich immer weiter ausweitenden Elsaß-Lothringischen Parteidifferenzen an. Sie stimmt der vorgeschlagenen Verständigungskonferenz unter dem Vorsitz eines Mitgliedes des Parteivorstandes ohne Rücksicht zu.“

Dieser Vorstandsantrag wurde nach kurzer Diskussion einstimmig angenommen.

#### Redakteursfreunden in Breslau.

Montagnachmittag hat Genosse Reinhold Dary von der Breslauer „Vollstunde“ auf zwei Monate das dortige Gefängnis beziehen müssen, um eine angebliche Beleidigung von Richtern aus Hohenfelde — die zwei Säulungen wegen eines unüberlegten Streiches zu je ein Jahr Gefängnis verurteilten — zu „sühnen“. Am Tage vor dem „Feste der Liebe“ werden sich die Gefängnisparten für den Genossen Dary wieder öffnen, vielleicht nur auf kurze Zeit, denn neue Prozesse stehen ihm bevor. Am 23. Dezember verläßt der Kollege Schiller von der Breslauer „Vollstunde“ das Wohlauer Gefängnis, in welchem er zurzeit eine siebenmonatliche Strafe abtun muß. Dem zurzeit Verantwortlichen, Genossen Volk, stehen ebenfalls wieder Prozesse bevor.

Bei dieser Gelegenheit macht unser Breslauer Bruderblatt auf die Art und Weise aufmerksam, wie es zu Prozessen kommt. Wird irgendwo im Reiche die Handlungsweise eines Richterkollegiums, eines Landrats oder eines Beamten, oder auch eines Privatmannes kritisiert, dann wird der angeblich Beleidigte vom Breslauer Staatsanwalt angefragt, ob er nicht Strafantrag wegen Beleidigung stellen will, was natürlich in den allermeisten Fällen geschieht, hauptsächlich aber dann, wenn es sich um Richter oder Beamte handelt. So war es mit den beleidigten Richtern von Hohenfelde und denen, die über die Bonner Vorurteile zu Gericht sahen. Auf diese Weise passiert es, daß die gleiche Rotte, die in der „Vollstunde“ zu mitternacht schweren Verurteilungen führte, in der bürgerlichen Presse Breslau unbeantwundet erscheinen kann. In einem solchen Falle erklärte sogar einmal der Staatsanwalt, als er darauf aufmerksam gemacht wurde, daß er die bürgerliche Presse nicht amtlich lese, was bei der „Vollstunde“ aber der Fall ist.

So kommt die Breslauer „Vollstunde“ zu Anklagen und Prozessen, obwohl die angeblich Beleidigten die „Vollstunde“ nie vorher zu Gesicht gekommen ist. Und wie die Prozesse in der Regel ausfallen, dafür ist die Breslauer Justiz im ganzen Reiche und weit darüber hinaus leider nur zu gut bekannt.

# Gewerkschaftliches. Scharfmacher-Tollheiten.

In der gegenwärtigen Hege gegen die Gewerkschaften und die organisierten Arbeiter ist den Scharfmachern und ihrer Presse jedes Mittel recht. Der wichtigste lokale Streikereff, der sonst keinerlei Aufsehen erregen würde, muß zur Begründung eines Arbeitswilligengesetzes herhalten. Dazu kommen die albernsten Kombinationen und infam verdeckte Angriffe gegen die organisierten Arbeiter, die als Beispiel für den von ihnen geübten Terrorismus dienen müssen. Den Vogel abgeschossen hat darin die „Deutsche Zimmermeister-Zeitung“.

Der Zimmermeister Hamm in Worms wurde von einem Brandunglück heimgesucht. Die „Deutsche Zimmermeister-Zeitung“ gibt ihren Lesern davon, wie folgt Kenntnis: „Zur Zeit des Brandunglücks tobte in Worms zwischen den Arbeitern und Arbeitgebern im Zimmergewerbe ein schwerer Kampf, denn nach Aufhebung der Sperre am 10. Juni d. J. hatten die Wormser Zimmergesellen, trotz des Schiedspruches, die Arbeit nicht aufgenommen. Hamm stand als Vorsitzender im Vordertreffen des Kampfes, der immer schärfere Dimensionen angenommen haben soll.“

Was soll diese Verquickung des Arbeitskampfes mit dem Brandunglück? Die zarte Anspielung auf die Arbeiter als Brandstifter ist so infam, daß auch nur der Versuch einer Verteidigung der beschimpften Arbeiter eine Anklage gegen sie bedeuten würde. Selbst ein überknapptes Scharfmacherhirn sollte sich doch von solchen Tollhausgeschichten fernhalten. Zur Respektierung beider Parteien und Organisationen, die im wirtschaftlichen Kampfe sich doch oft wieder einigend finden müssen, trägt das auch sicher nicht bei.

## Berlin und Umgegend.

Die Schweißschlichter nahmen in der am Montag abgehaltenen Versammlung den Bericht über die Durchführung der fünfprozentigen Lohnerhöhung entgegen. Durch die vorliegenden Mitteilungen aus den einzelnen Betrieben konnte festgestellt werden, daß es in einzelnen Werkstätten Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Arbeitgeber und den Arbeitern wegen der Lohnerhöhung gegeben hat, die aber durch Verhandlungen erledigt wurden. Nicht kann die Lohnerhöhung als allgemein durchgeführt gelten. Nur in bezug auf einzelne ganz kleine Werkstätten, aus denen nichts bekannt geworden ist, bestehen noch Zweifel, ob die Lohnerhöhung gewährt wird. Dies sind solche Werkstätten, wo die Organisation der Arbeiter noch mangelhaft ist. Es wird natürlich das Bestreben der Verbandleitung sein, auch in diesen Betrieben die vertragmäßige Lohnerhöhung zur Durchführung zu bringen.

Der Minimallohnstarif der Schuhmacher in den Handwerks- und Reparaturwerkstätten Berlins ist durch die Lohnbewegung und den Streik in diesem Frühjahr zwar in über 200 Werkstätten zur Anerkennung gebracht worden, aber er hat damit noch keineswegs allgemeine Gültigkeit erlangt. Die Zahl der Kleinmeister, die meist nur einen oder zwei Gehilfen beschäftigen, ist weit größer. Der Zentralverband der Schuhmacher hat es sich nun von neuem zur Aufgabe gemacht, das was im Frühjahr nicht erreicht werden konnte, nachzuholen und die Anerkennung des Tarifs in allen Werkstätten zu erzielen. Zu diesem Zweck werden jetzt in allen Organisationsbezirken Berlins öffentliche Schuhmacherversammlungen veranstaltet. Am Montag fanden zwei Versammlungen statt, die eine im „Königshof“ in der Bülowstraße, die andere im „Ost-Kasino“, Frankfurter Allee. „Unser Aufgabe ist die Durchführung des Minimallohnstarifs und die Spiegelfechterei der Zwangsinnung“, lautete das Thema, worüber die Referenten Dallh und Krause sprachen. Mit der Zwangsinnung haben bekanntlich bei der Lohnbewegung Verhandlungen stattgefunden. Die Innung erklärte sich damals bereit, den Tarif, soweit die Reparaturarbeiten in Frage kommen, anzuerkennen und verlangte nur bei der Reparatur einige Änderungen oder Abstriche. Der Innungsvorstand versprach auch, den Meistern in einem Rundschreiben die Durchführung des Tarifs zu empfehlen. Als es aber zur Unterschrift kommen sollte, verlangten die Vertreter der Innung, daß statt der im Tarif vorgesehenen 9 1/2 Stunden, die 10 1/2 Stunden Arbeitszeit festgelegt werden und daß die gesetzliche Kündigungsfrist durch den Tarif abgeschwächt werden sollte. Die Schweißschlichter konnten auf diese Verschlechterungen nicht eingehen, so weniger, als die Unterschrift der Innung doch keinen großen praktischen Wert haben konnte. Es sollten zwar noch weitere Verhandlungen gepflogen werden, aber die Innung hat seitdem keine Neigung gezeigt, mit der Anerkennung des Tarifs Ernst zu machen. Es muß nun Aufgabe der Schuhmachergehilfen sein, bei jedem einzelnen Meister, der bisher nicht zu gewinnen war, die unterzeichnete Anerkennung und strikte Durchführung des Tarifs zu verlangen. Um das mit Erfolg tun zu können, ist natürlich vor allem ein festes Zusammenhalten in der Organisation notwendig. Der Zentralverband der Schuhmacher hat im Laufe der Jahre immer von neuem bewiesen, daß er wohl imstande ist, die wirtschaftliche Lage seiner Mitglieder zu verbessern. Allerdings bedarf es noch eifriger Agitationsarbeit, um alle die vielen bei den Kleinmeistern zerstreut arbeitenden Gehilfen demnach für den Verband zu gewinnen, daß der Tarif allgemein zur Geltung kommt. Aber die jetzt eingeleitete Bewegung verspricht gute Früchte. Uebrigens weisen wir auch die so außerordentlich traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Schuhmachergehilfen um so mehr aufreizend, als ihre wirtschaftliche Lage bei der steigenden Teuerung immer mehr unerträglich wird.

In den Versammlungen wird häufig der Gedanke geäußert, daß die gesamte Arbeiterkraft die Schuhmachergehilfen in ihrem schweren Kampf tatkräftig unterstützen sollte. Das kommt auch in der folgenden Resolution zum Ausdruck, die in der Versammlung im „Ost-Kasino“ einstimmig angenommen wurde.

„Die Versammlung erklärt, daß in den Werkstätten, wo der im Frühjahr aufgestellte Minimallohnstarif noch nicht anerkannt ist, die Vorge der Kollegen eine durchaus unwürdige ist. Sie fordert daher alle Kollegen auf, jeden noch fernstehenden der Organisation zuzuführen und für die Durchführung des Tarifs rastlos tätig zu sein. Ferner fordert sie die Ortsverwaltung auf, einen Appell an die organisierte Arbeiterkraft zu richten, die Tarifbewegung der Schuhmachergehilfen wirksam zu unterstützen und ihre Schuhmacherverarbeitern nur in solchen Werkstätten herstellen zu lassen, wo der Tarif anerkannt ist.“

In dieser Versammlung wurde bitter geklagt über die Zustände in der „Elektrisch-mechanischen Schweißschlichterei Wllh“, Andreadstraße 38, die unter anderen hochtönenden Namen, wie „Fortschritt“, „Vorwärts“, in der Rindbachstraße, Koppensstraße und Voigtstraße Filialen hat. Die Firmeninhaber Proffcher u. Danneberg haben seinerzeit den Minimallohnstarif anerkannt, sollen ihn aber gebrochen haben. Einer der Herren soll auch gesagt haben, daß die „Streiker und Heher rausstigen“ sollten. — Die Organisationsleitung wird die Angelegenheit prüfen und zunächst einmal versuchen, ob auf dem Wege friedlicher Verhandlungen erträgliche und geregelte Verhältnisse bei der Firma zu erzielen sind.

## Deutsches Reich.

Zum Streik der Knopfmacher in Frankenhäusen am Rißbücker, der nun schon acht Wochen währt, ist zu berichten, daß in zwei Betrieben durch das Entgegenkommen der Unternehmer die Arbeit wieder aufgenommen werden konnte. In den anderen Betrieben wird weiter gestreikt. — Von den Knopfmachern wurde eine Genossenschaft gegründet, in der ein Teil der Ausständigen Beschäftigung fand.

## Zur Tabakarbeiterausperrung am Niederrhein.

Der Streik bei der Zigarrenfabrik von Mertens in Cleve (Rhd.) hat nun auch auf die Filiale der Firma in Ruhloch bei Heidelberg übergegriffen. Die dort beschäftigten Arbeiter machten mit ihren Kameraden in Cleve, Goch und Kleuserl gemeinsame Sache und traten wie diese in den Ausstand. Einer Aufforderung des Unternehmerverbandes folgend, haben nun sämtliche Ruhlocher Unternehmer die Ausperrung durchgeführt. Während aber die Ausperrung am Niederrhein zunächst alle organisierten Arbeiter trifft, ist in Ruhloch die Kündigung nach dem Alphabet erfolgt. Bis jetzt ist ein Drittel der Beschäftigten ausgesperrt.

## Siegreicher Streik in einem Anwaltsbureau.

Auch die Proletarier der Feder beginnen allmählich zu erwachen. Die Angestellten eines größeren Anwaltsbureaus in Mülheim a. Ruhr traten vor einigen Tagen in den Ausstand, weil der betreffende Rechtsanwalt ihnen eine längere Arbeitszeit aufzwingen wollte, als sie in den übrigen Bureaus üblich ist. Die von dem Verbandsbureau angestellten, Sitz Berlin, sofort angebahnten Verhandlungen führten zur Anerkennung der Forderung und Wiedereinstellung der Ausständigen.

## Katholische Arbeiter und die Gelben.

Am Sonntag fand in Donauwörth der Delegiertentag der katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine der Diözese Augsburg statt, in der auch die Stellung der katholischen Arbeitervereine zu den gelben Organisationen zur Sprache kam. Diese Stellung präziserte der Diözesanpräses Benignus Sindermeier wie folgt: „Die sogenannten ‚Gelben Vereine‘ müssen prinzipiell aufs schärfste abgelehnt werden. Die Loyalität muß sich nach den örtlichen Verhältnissen richten und muß bei jüngeren und neu aufzunehmenden unverheirateten Mitgliedern eine andere sein als bei Familienvätern.“

Dieser originelle Giergang wird erklärlich, wenn man weiß, daß die katholischen Arbeitervereine in Augsburg das Hauptkontingent der Mitglieder in den gelben Werkvereinen stellen. Deshalb so vorsichtig!

## Ausland.

### Die Ausperrung in den englischen Werften.

London, 20. Oktober. (Fig. Ver.) Die Hoffnungen auf die baldige Beilegung des Kampfes im nordenglischen und schottischen Schiffbau haben sich nicht erfüllt. Die Organisation der ausgesperrten Kesselschmiede hat in einer Urabstimmung der Mitglieder die zwischen den Gewerkschaftsleitern und dem Unternehmerverband vereinbarten Bedingungen mit 10 079 gegen 8780 Stimmen abgelehnt. Die Ausperrung nimmt also vorläufig ihren Fortgang.

Die Streitfragen, um die es sich hier handelt, sind von so tiefgreifender Bedeutung, nicht nur für die zunächst betroffenen Arbeiter, sondern noch mehr für die ganze Entwicklung des Gewerkschaftswesens überhaupt, in England wie in anderen Ländern, daß ein näheres Eingehen auf den Konflikt geboten erscheint.

Die Ausperrung ist am 3. September vom Verbands der Werftbesitzer verhängt worden und richtet sich gegen die Mitglieder der Gewerkschaft der Kesselschmiede (Boilermakers' Society), die in den dem Unternehmerverband angeschlossenen Werften beschäftigt sind. Die Gewerkschaft zählt rund 60 000 Mitglieder, in Verbandswerten beschäftigt und somit ausgesperrt sind etwa 30 000 Kesselschmiede. Außerdem sind etwa 20 000 Werftarbeiter anderer Kategorien mittelbar in Mitleidenschaft gezogen. Der Kampf währt also jetzt bereits volle sieben Wochen.

Den Anlaß zur Ausperrung gaben zwei geringfügige Streiks in nordenglischen Werften, wobei die betreffenden Arbeiter die Bestimmungen des im Jahre 1907 zwischen dem Unternehmerverbande und den verschiedenen Werftarbeiterorganisationen abgeschlossenen Einigungsvertrages außer acht ließen. Die Streikenden begründeten ihr Vorgehen damit, daß das Einigungsverfahren zu langwierig sei und daß bei der besonderen Arbeit der Kesselschmiede technische Streitfragen sofort für oder wider entschieden werden müssen, da jeder Ausschub die in Frage stehenden Rißstände gegenstandslos machen würde. Zur Kennzeichnung der Verhältnisse sei nebenbei bemerkt, daß das betreffende Abkommen zwischen dem Unternehmerverband und den Arbeiterorganisationen schon seinerzeit von der Mehrheit der Mitglieder der Kesselschmiedegewerkschaft abgelehnt wurde, und daß die Gewerkschaft damals nur mit Rücksicht auf die anderen beteiligten Arbeiterorganisationen das Abkommen unterfertigt. Allein, der Vorstand der Gewerkschaft erhob sofort Einspruch gegen die regelwidrigen Streiks und forderte die Streikenden auf, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen. Die Streikenden erklärten sich darauf dazu bereit. Der Unternehmerverband gab sich jedoch mit dieser Unterwerfung nicht zufrieden, sondern forderte von der Gewerkschaft Garantien dafür, daß solche regelwidrigen partiellen Streiks in Zukunft nicht wieder vorkommen werden, und verhängte zur Erzwingung dieser Forderung die Generalausperrung gegen alle Mitglieder der Kesselschmiedegewerkschaft. Die Garantien sollten in einer Verpflichtung der Gewerkschaft bestehen, daß sie regelwidrig streikende Mitglieder in der von den Unternehmern vorgeschriebenen Weise mahregeln werde.

Man sieht, daß hier ein höchwichtiges Prinzip auf dem Spiele steht, die Frage nämlich, ob den Unternehmern das Recht zugestanden werden soll, sich in die inneren Angelegenheiten der Arbeiterorganisationen hineinzu-mischen. Der Unternehmerverband hat von Anfang an mit äußerster Rücksichtslosigkeit auf die Eroberung dieses Rechts hingearbeitet, während die Führer der Kesselschmiede durchweg ein geradezu erstaunliches Entgegenkommen an den Tag legten. Der Grund dafür scheint zu sein, daß die Finanzen der Gewerkschaft nach englischen Begriffen nicht sehr stark sind und ihre Gelder, dank der Politik des früheren Sekretärs der Gewerkschaft so angelegt worden sind, daß sie nur mit schweren Opfern flüssig gemacht werden können. Dieser ehemalige Sekretär ist Aktionär in mehreren der betreffenden Werften und macht gegenwärtig gegen dieselbe Gewerkschaft scharf, von der er noch heute eine ganz respektable Rente bezieht. Mit solchen Elementen hat die englische Gewerkschaftsbewegung manchmal zu rechnen!

Die Gewerkschaftsführer ließen zunächst eine Urabstimmung aller Mitglieder über die Frage vornehmen, ob ihre Vertreter ermächtigt werden sollen, den Unternehmern entsprechende Garantien zu geben. Diese Frage wurde von einer überwiegenden Mehrheit verneint, was dahin gedeutet wurde, daß die Mitglieder erst die Natur jener Garantien genau kennen lernen wollten, ehe sie sich dafür oder dagegen entschieden. Es folgten dann lange, mehrfach unterbrochene Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeiter und des Unternehmerverbandes, die sich hauptsächlich um die widerspenstigen Gewerkschaftsmitgliedern aufzuerlegenden Geldstrafen drehten. Die Arbeitervertreter erklärten sich zu der Anerkennung dieses Grundgesetzes bereit und nur die Details machten Schwierigkeiten. Endlich wurde angeklagt, daß die beiden Parteien in einer gemeinsamen Konferenz am 11. Oktober in Port einig geworden seien und daß die Arbeitervertreter einstimmig beschlossen hätten, die vereinbarten Bedingungen den Mitgliedern zur Annahme zu empfehlen.

Die vereinbarten Bedingungen sind im wesentlichen die folgenden: Die Gewerkschaft verpflichtet sich, jedes Mitglied, das unter Verletzung des Abkommens von 1909 die Arbeit einstellt, im ersten Verletzungsfalle mit einer Geldstrafe von täglich 5 Schilling, im Wiederholungsfalle mit höheren Geldstrafen zu belegen. Die aus dieser Quelle einfließenden Gelder gehören zu einem separaten Fonds, der von einem von beiden Parteien eingesetzten öffentlichen Rechnungsführer kontrolliert wird und nur zugunsten der Witwen und Waisen verstorbener Mitglieder der Gewerkschaft ver-

wendet werden darf. Weigert sich ein Mitglied, die Geldstrafe zu bezahlen, dann darf es in keiner dem Verband angeschlossenen Werft zuerst sechs Monate, in jedem Wiederholungsfalle je 12 Monate nicht beschäftigt werden, und die Gewerkschaft darf ihm keinerlei Unterstützung gewähren. Zahlt er die Strafe, dann darf der Unternehmer seine Wiederaufnahme nicht verweigern. — Das Einigungsverfahren wird vereinfacht und beschleunigt. In Streitfällen rein lokaler Natur entscheidet eine Konferenz lokaler Vertreter beider Parteien. Die endgültige Entscheidung hat der Vorsitzende der Konferenz, der von den Arbeitervertretern aus der Reihe der Unternehmer gewählt wird.

Das sind die Bedingungen, die von den Führern der Mitglieder sehr eindringlich und unter harter Hervorkehrung der schwierigen finanziellen Lage der Gewerkschaft zur Annahme empfohlen wurden. Sie wurden, wie eingangs festgestellt, von den Mitgliedern abgelehnt.

Es ist schwer zu sagen, ob dies das letzte Wort in dem Konflikt sein wird. Jedenfalls wird die Massenbewusste Arbeiterkraft den Beschluß der Kesselschmiede mit großer Genugtuung begrüßen. Ihre Führer haben zweifellos in einer sehr schwierigen Situation, sich auf eine weittragende Neuerung im Gewerkschaftsleben einlassen wollen, nämlich den Grundsat, daß Gewerkschaften und Unternehmerorganisationen zusammenwirken können und sollen, um die Disziplin der Gewerkschaftsmitglieder betreffs gemachter Vereinbarungen zu erzwingen. Daß die Kesselschmiede die Opfer und Entbehrungen einer verlängerten Ausperrung auf sich nehmen, um sich entgegen der Empfehlung ihrer Führer diesem Prinzip zu widersetzen, zeigt, welcher Geist heute in der nordenglischen Arbeiterkraft weht. Sie schlagen aber nicht nur die eigene Schicksal. Sondern die Schiffbauherren ihre Forderung durch, dann werden zweifellos auch die Unternehmer anderer Verbände in England und wohl auch im Auslande dieses Prinzip zur Geltung bringen wollen. Würde dieser Grundsat wirklich allgemein durchdringen, dann hätte die Stunde der Gewerkschaften als eines Mittels des proletarischen Klassenkampfes geschlagen, und sie wären nur Mittel zur ungehörigen Aufrechterhaltung der Produktion, in erster Linie im Interesse der Kapitalisten.

## Letzte Nachrichten.

### Landtagerversammlung in Leipzig.

Leipzig, 25. Oktober. (B. L. V.) Bei der heutigen Landtagerversammlung in Leipzig erhielt Jöppel (natl.) 14 452 und Bammes (Soz.) 7780 Stimmen. Jöppel ist somit gewählt.

### Die Streitdebatte in der französischen Deputiertenkammer.

Paris, 25. Oktober. (B. L. V.) Fortsetzung. Cuny (sozialistisch) erklärte die Forderungen der Eisenbahnbediensteten für berechtigt, bestritt aber das Recht derselben auf Ausstand. Colly (Soz.) tabelte Briand in bestigen Worten, der eine hasenbucklige und verächtliche Rolle gespielt, indem er die Führer der Eisenbahnbediensteten habe verhaften lassen, nachdem er früher selbst den Generalkonflikt gepredigt, und der protestiert habe, ob die öffentliche Meinung es zulasse, daß man die Soldaten gegen die Arbeiter führe. Dies ist, sagte Colly, sich an Briand wendend, eine Schulterei von Ihrer Seite. (Beifall auf der äußersten Linken, Protestrufe auf den anderen Bänken.) Briand ermahnte den Redner, sich einer maßvolleren Sprache zu bedienen. Briand zuckt mit den Schultern. Schließlich wandte sich Colly dagegen, daß das Militär zum Vorteil der Eisenbahngesellschaften Verwendung finde und erklärte, es sei die Regierung, nicht die Sozialisten, die den Klassenkampf führe.

Ministerpräsident Briand betrat hierauf die Rednertribüne und führte aus: Er lehne es ab, auf die persönlichen Angriffe zu antworten. Der Ausstand sei keine gewerbliche Bewegung gewesen. Die Regierung habe sich einem Versuch gegenüber befunden, das Land zugrunde zu richten, dem die Arbeiter lediglich als Werkzeug gedient hätten. Von den Sozialisten mehrfach unterbrochen, führte Briand aus: Die Regierung habe den Beweis für das Vorhandensein einer anarchoide Erhebung gehabt und habe Maßnahmen zur nationalen Sicherheit ergreifen müssen. Er besitze materielle Beweise und Geständnisse, die von denen unterzeichnet seien, die die Bewegung vorbereitet hätten. Gegenüber der verächtlichen Haltung der Regierung, die sich für Verhandlung zwischen den Eisenbahnbediensteten und den Eisenbahngesellschaften verwendet habe, sei die Erklärung des Ausstandes nicht zu dulden gewesen. (Beifall im Zentrum und auf der Linken.) Der Ministerpräsident führte zahlreiche Fälle von Sabotage an unter wiederholten Protestrufen der Sozialisten, die einen Augenblick seine Stimme überdeckten. Briand machte eine Geste, als wollte er von der Tribüne herabsteigen, fuhr aber dann fort und erklärte, er besitze sich gegenüber einer systematischen Organisation der Sabotage einer Kampfsorganisation, deren Fäden die Regierung in der Hand zu haben hoffe. Der Ministerpräsident verlas sodann ein zur Zeit des Poststreikes an Beamte versandtes Zirkular, das genaue Anweisungen für die Zerstückung von Telegraphendrähten gibt (erneute Unterbrechungen von den Bänken der Sozialisten) und fügte hinzu, die Organisatoren des Eisenbahnerausstandes hätten ein ähnliches Schreiben unterzeichnet. (Rufe der Sozialisten: Welche Organisatoren?) Briand: Das werden Sie bald erfahren, vielleicht früher, als Ihnen lieb ist! Des weiteren bemerkte Briand unter andauerndem Lärm der Sozialisten: Trotz ihrer Beklemmung angeht der Gefahr, in welcher das Land sich befand, habe die Regierung nur gefegliche Mittel angewandt.

### Das Ende des Bremer Straßenbahnerstreiks.

Bremen, 25. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der Straßenbahnerstreik wurde heute abend mit einem vollständigen Siege der Angestellten beendet.

### Abgestürzt.

Breslau, 25. Oktober. (B. L. V.) Der Aviatiker Fritz Heidenreich stürzte heute bei einer Flugvorführung auf dem Flugplatz Wilhelmshöhe nach mehreren gut gelungenen Flügen ab. Der Apparat überschlug sich und wurde zertrümmert. Der Flieger wurde am Auge verletzt.

### Unterschlagung amtlicher Gelder.

Rürnberg, 25. Oktober. (B. L. V.) Der Postmeister Raemerer vom Briefpostamt Nürnberg wurde unter dem Verdacht der Unterschlagung amtlicher Gelder in Höhe von etwa 40 000 Mark in Untersuchungshaft genommen.

### Die Verwüstungen in Süditalien.

Salerno, 25. Oktober. (B. L. V.) Minister Sachì, der von Cetara hier wieder eingetroffen ist, hat an den Ministerpräsidenten telegraphiert, daß zwei Drittel des Landes vollständig verwüstet sind. Bis heute abend waren 34 Leichen geborgen, der Verwundeten sind wenige. Die Zahl der Opfer beträgt ungefähr zweihundert. Minister Sachì hat festgestellt, daß für die erste Hilfe gesorgt ist und Verfügungen für tatkräftige weitere Hilfsleistungen getroffen sind.

Eine Berichtigung Eduard Bernsteins.

Genosse Ed. Bernstein ersucht uns um Aufnahme folgender Zeilen:

Utopie und Arbeiterbewegung.

Die vom Rezensenten meiner Schrift „Die Arbeiterbewegung“ beobachtete Zitiert- und Auslegungsmethode („Vorwärts“ vom 23. Oktober 1910, zweite Beilage) veranlaßt mich, folgende Gegenüberstellung zu veröffentlichen. Ich hebe dabei die entscheidenden Stellen durch Sperrdruck hervor:

Der Rezensent sagt: „Geht doch Bernstein so weit, indem er vom Ideal der Gleichheit und seiner Verwirklichung durch die Gütergemeinschaft spricht, zu behaupten (S. 127): „In dieser Form hat der Kommunismus heute jede Bedeutung, jede selbst nur begriffliche Realität eingebüßt. Es ist nicht übertrieben zu behaupten, daß alle hierher gehörigen Zukunftsbilder als Gesellschaftsideale für die Arbeiterbewegung tot sind...“

In meinem Buche steht: (S. 126/27): „Sie — nämlich die Vorkämpfer der kommunistischen Sektierer hinsichtlich der Sicherung von Wirtschaftlichkeit und Arbeitsantrieb bei durchgeführter Gleichheit — setzen räumlich und populistisch (hinsichtlich der Einwohner) beschränkte Gemeinwesen voraus. Sie müßten daher in dem Maße an Reiz und Denkbarkeit verlieren, als die Entwicklung des Weltverkehrs die Zerstückelung der Staaten in kleine kommunistische Wirtschaftseinheiten zur Unmöglichkeit machte. In dieser Form hat der Kommunismus heute jede Bedeutung, jede selbst nur begriffliche Realität eingebüßt. Es ist nicht übertrieben zu behaupten, daß alle hierher gehörigen Zukunftsbilder“ usw. usw.

Diese eine Probe wird zur Beurteilung der Zuverlässigkeit der Schrift und Tendenz meines Buches betreffenden Behauptungen des Rezensenten genügen.

Berlin, den 23. Oktober 1910.

Ed. Bernstein.

Genosse Gustav Eckstein schreibt uns zu dieser Berichtigung:

Daß Genossen Bernstein die Feststellung nicht freuen werde, daß er, mindestens in seinem jüngsten Buche, überhaupt nicht mehr auf dem Standpunkt des evolutionären Kommunismus stehe, konnte ich so ziemlich voraussehen, und so hat mich seine „Richtigstellung“ nicht sonderlich überrascht; denn Genosse Bernstein hat noch jedesmal, wenn der Versuch gemacht wurde, seiner verschwommenen Darstellung einen klaren Sinn abzugewinnen, richtig gestellt, man tue ihm bitter Unrecht, wenn man glaube, er habe mit dem, was er sagte, auch irgend etwas gemeint. Aber gerade im vorliegenden Falle ist es unabweisbar, was Genosse Bernstein wirklich gemeint hat.

Auf Seite 126 seines Buches beginnt ein Kapitel mit der Überschrift: „Die Gemeinschaftsidee und die Idee der Gemeinschaft.“ Es ist das die einzige Stelle, wo Bernstein in dem der Darstellung der Arbeiterbewegung gewidmeten Buche überhaupt von Kommunismus spricht. Es heißt dort einleitend: „Nur wo keinerlei Privateigentum existiert, kann die wirtschaftliche Gleichheit aller verbürgt werden. Daher hat das Verlangen nach dieser auch stets zur Ausarbeitung und Aufstellung von kommunistischen Gesellschaftsplänen geführt.“ Weiter heißt es dann, ganz in Übereinstimmung mit Herrn Georg Adler, daß der Kommunismus zu einer Antinomie führe: „Zur Erzielung der höchsten Wirtschaftlichkeit gehört auch die Sicherung des stärksten Arbeitsantriebes, war aber die zu erzielen, ohne entweder zu den Mitteln der Sklaverei zu greifen oder die Gleichheit preiszugeben?“ Hier ist ganz allgemein vom Kommunismus überhaupt die Rede, der auf diese Schwierigkeit stoße, die allerdings bereits die kommunistischen Sektierer und Utopisten erkannt hätten.

Bernstein fährt nun fort: „Es wäre sehr interessant zu verfolgen, durch welche Anreize und Ausnahmestellen die kommunistischen Utopisten diese Antinomie zu lösen gesucht haben.“ Und nun folgt der von Bernstein zitierte Passus, den er aber merkwürdigerweise gerade da abbricht, wo die Sache interessant zu werden beginnt. Es heißt dort nämlich unmittelbar weiter, wie ich es in meiner Rezension auch zitiert habe: „Um so stärker aber lebt der Kommunismus fort als Tendenz für organisatorische Schöpfungen und für Rechtsveränderungen verschiedenster Art...“

Kleines feuilleton.

Selbstmord und Nachahmung. Geistige Ideen und Erfahrungen haben eine mindestens ebenso große Anziehungskraft wie irgendeine Krankheit, und es ist eine anerkannte Tatsache, daß es eine Art von Epidemie auch bei Verbrechen und bei Selbstmorden gibt. Obgleich der Nachahmungstrieb wohl nicht allein zur Erklärung genügt, spielt er doch zweifellos eine hauptsächlichste Rolle bei solchen Ereignissen, und es geschieht sicher mancher Selbstmord aus Nachahmung. Um zu übersehen, inwiefern das möglich ist, muß man mehrere Gruppen von Selbstmorden unterscheiden. Die einen sind jedenfalls mehr oder weniger geisteskrank, sie denken sich ständig verfolgt oder beobachtet oder halten ihr Vermögen für ruiniert, ohne daß ein wirklicher Grund für diese Sorgen vorliegt. Andere Leute begehen Selbstmord aus Furcht vor den Folgen eines Verbrechens oder aus tiefer Unzufriedenheit mit ihrem Leben oder auch aus Angst vor unheilbarer Krankheit. Solche Menschen können nicht als wahnsinnig bezeichnet werden. Ferner gibt es Personen, die zeitweise von Schwermut und Niedergeschlagenheit befallen werden und dann über wirkliche oder eingebildete Kränkungen brüten, was sie vielleicht schließlich zum Selbstmord treibt. Sie sind mindestens als schwachgeistig zu bezeichnen und mögen auf der Grenze zwischen geistiger Geundheit und Wahnsinn stehen. Endlich gibt es einen Selbstmord aus Alkoholismus und dieser ist vielleicht am häufigsten dem Einfluß des Nachahmungstriebes zugänglich. Wenn ein Mensch, der außer anderen Leidenschaften auch die eines übermäßigen Alkoholgenußes besitzt, eine ausführliche Beschreibung eines Selbstmordes liest, der gerade größeres Aufsehen erregt, so kann er in einem besonders unglücklichen Moment zur selbständigen Nachahmung getrieben werden. Es ist beispielsweise eine Tatsache, daß ein Selbstmord, der unter bestimmten Umständen mit Kolossalgeiz verübt und in den Zeitungen genau beschrieben worden war, Leute dazu bewogen hat, sich auf genau dieselbe Weise ums Leben zu bringen. Ferner und wahrscheinlich noch häufiger ist es vorgekommen, daß der Versuch von bestimmten Verfallszeiten, wo früher bereits Selbstmorde passiert waren, einer Person den Anstoß dazu gab, sich dort umzubringen, auch wenn sie sich vorher einer Neigung zu diesem Schritt gar nicht bewußt oder wenigstens ihren Angehörigen nach dieser Richtung nicht im mindesten verdächtig gewesen war. In Rücksicht auf diesen rätselhaften Zusammenhang kommt es begrifflicherweise noch besonders in Betracht, ob die Art des Selbstmordes, der als Vorbild genommen wird, mehr oder weniger leicht auszuführen ist. Daher kommt es, daß Selbstmorde aus Nachahmung am häufigsten durch

Hier wird also, ganz wie ich es in meiner Besprechung des Buches wiedergegeben habe, dem heute erlebigen utopistischen Ideal des Kommunismus als einer Verwirklichung der Gütergemeinschaft die heute allein zu Recht bestehende Bedeutung der Gemeinschaftsidee, des Kommunismus als Tendenz für organisatorische Schöpfungen usw. entgegengesetzt. Von irgend einer andern Bedeutung des Kommunismus als im Sinn dieser Alternative, ist in dem ganzen Buch nicht die Rede. Aber Bernstein wird noch deutlicher; nach den von mir in meinem Referat wiedergegebenen Sätzen fährt er fort: „Diesen Verwirklichungen (des Kommunismus) durch Heraushebung von immer mehr Rechtsansprüchen aus dem privaten ins öffentliche Recht, durch immer neue Beschränkung des Umkreises der zulässigen Rechte von Personen über andere Personen) leistet die Arbeiterbewegung direkt und indirekt Vorkaub. Als Arbeiterpartei fördert sie... die Umwandlung privater in öffentliche Betriebe, die Ausdehnung der unentgeltlichen Leistungen dieser, sowie allerhand Reformen des Rechts, die in der gekennzeichneten Richtung liegen. Als wirtschaftliche Bewegung der Arbeiter schafft sie selbst solche Organisationen und solches Recht.“

Das ist alles, was Bernstein über den Kommunismus und seine Bedeutung für die Arbeiterbewegung zu erzählen weiß. Ist es danach nicht ein sonderbares Unternehmen zu leugnen, daß er Kommunismus mit Sozialreform gleichsetzt und ihn in dieser Bedeutung der utopischen Forderung einer Verwirklichung der Gütergemeinschaft scharf gegenüberstellt?

Ich glaube diese Auffassung Bernsteins noch sehr schonend mit den Worten gekennzeichnet zu haben: „Sie zeigt, wohin die von ihm eingeschlagene Richtung führt; aber zu behaupten, daß diese Auffassung die des Proletariats ist, zeigt doch eine völlige Verkennung der Tatsachen.“

Wenn also, wie Genosse Bernstein meint, diese eine Probe zur Beurteilung der Zuverlässigkeit, des Geistes und der Tendenz der sein Buch betreffenden Behauptungen des Rezensenten genügt, kann ich mit diesem Kriterium nur zufrieden und einverstanden sein.

Gustav Eckstein.

Berufsvormünder-Tag.

Die Sitzung vom Dienstag begann mit Berichten über eine Besprechung, die am Montag in einem engeren Kreis von Teilnehmern des Berufsvormünder-Tages stattgefunden hatte. Gegenstand der Erörterung waren Einzelfragen aus der berufsvormünderrechtlichen Praxis.

Bisher ist es als ein Mangel empfunden worden, daß nach den Bestimmungen des Strafgesetzbuches nur eheliche Väter, wenn sie sich der Ernährungspflicht gegen ihre Kinder entziehen, bestraft werden können. Dem Versuch einer Anwendung auch auf uneheliche Väter, die ihren Kindern den Unterhalt weigern, ist das Kammergericht entgegengetreten, was aber manche Gerichte nicht hindert, daran festzuhalten, daß auch uneheliche Väter zu bestrafen seien. Durch den Entwurf zum neuen Strafgesetzbuch wurde nun — so führte Amtsrat Dr. Friedberg in seinem Berichte aus — an die Stelle der Ernährungspflicht ganz allgemein die Unterhaltspflicht gesetzt. So bietet sich die Möglichkeit, auch uneheliche Väter zu fassen, und zwar werde man dabei ein besonderes Augenmerk auf reiche Hausväter und Ehemänner zu richten haben. Wenn diese sich ihrer Pflicht gegen ihre unehelichen Kinder entziehen, indem sie angeblich sich von ihren Eltern oder von ihren Frauen ernähren lassen, so sei im Wege des Zivilprozesses ihnen nicht beizukommen. Können aber sinitig ihr Verhalten durch Verweisung als ehelos gebrauchbar werden, so werde das die Wirkung haben, sie mehr als bisher zur Erfüllung ihrer Pflicht anzuhalten. Als Ergebnis der Besprechung über diese Dinge wurde eine Entschließung vorgelegt, die die Anwendung des § 363, 10 des Strafgesetzbuchs auf uneheliche Väter als dringend erforderlich bezeichnet und in dieser Hinsicht den Vorentwurf des Strafgesetzbuchs mit Freude begrüßt. Der Berufsvormünderstag stimmte dieser Erklärung zu.

Gebilligt wurde auch eine andere aus derselben Besprechung hervorgegangene Anregung. Wenn für ein Kind der Arbeitslohn des Vaters beschlagnahmt wird, so sucht mancher Arbeitgeber durch Entlassung des Arbeiters sich allen Schereisen zu entziehen. Dadurch wird dann mit dem Kind zugleich der Vater geschädigt, und beide fallen vielleicht der Armenpflege zur Last. Der Berufsvormünderstag hält es für geboten, die Arbeitgeber durch ihre Organisationen und durch ihre Presse darüber zu belehren, daß Lohnbeschlagnahmen für Kinder ihrer Arbeiter das Interesse nicht nur der Kinder, sondern auch der Gemeinden und des Staates wahren, und daß bei etwa daraus entstehenden Differenzen (z. B. bei Ansprüchen auf Erlass eines zu Unrecht beschlagnahmten Lohnes) die

Verufsvormünder nach Billigkeit entscheiden werden, um Schädigung der Arbeitgeber zu verhüten. Die Arbeitgeber sollen ersucht werden, „tunlichst die Arbeiter nicht zu entlassen, vielmehr nach Möglichkeit auf ein Einvernehmen zwischen Arbeiter, Arbeitgeber und Verufsvormünder hinzuwirken, um auf diese Weise dem Kind seinen Unterhalt nicht zu entziehen, den Arbeiter nicht brotlos zu machen“. Einer bezüglichen Erklärung wurde zugestimmt.

Es folgte ein Referat über „Verufsvormundschaft und Fürsorgeerziehung“. Von den beiden Referenten, die hier angekündigt worden waren, war der österreichische Staatsminister a. D. Dr. Vaertrichter-Wien ausgeblieben. Magistratsassessor Dr. Alexander-Verlin, der in der Waisenverwaltung tätig ist, erörterte die Frage, welche Rolle ein Verufsvormünder während der Fürsorgeerziehung spielen kann. Man fragte, daß die Fürsorgeerziehung nicht die Erfolge zeitig habe, die von ihr erwartet wurden. Als ein Mangel werde auch das empfunden, daß es dem seinen Eltern genannten Fürsorgezögling an einem Vertreter fehle, der seine Interessen wahrnehmen könne. Es werde geradezu verlangt, daß die Organe, die die Fürsorgeerziehung auszuüben haben, unter eine besondere Beaufsichtigung gestellt werden. Von anderen werde hier die Verufsvormundschaft empfohlen. Aber die Verwaltungsverhältnisse, die die Fürsorgeerziehung auszuführen habe, führen sie aus auf Grund des Gesetzes nach eigenem Recht, das sie gegenüber dem Zögling und dritten Personen haben müsse. Sie bedürfte dazu nicht der Mitwirkung eines gesetzlichen Vertreters des Zöglings, eines Vormundes so wenig wie der Eltern, ja sie müsse naturgemäß seine Mitwirkung geradezu verbieten. Des gleichmäßigen Vertreters bedürfte indes der Zögling dann, wenn vermögensrechtliche Interessen zu wahren sind, oder wenn Anträge auf Entlassung gestellt werden sollen. Redner ist der Meinung, daß auch einem Vormund, wo ein solcher vorhanden sei, kein weitgehender Einfluß auf die Fürsorgeerziehung möglich sein werde. Wünschenswert sei gewiß, daß auch hier die Einzelvormundschaft durch gesetzliche Verufsvormundschaft ersetzt werde, und Beachtung verdiene der Vorschlag, sämtliche Zöglinge eines Kommunalverbandes unter eine Vormundschaft zu bringen. Doch der Gedanke einer vormundschaftlichen Aufsichtsinanz für die Fürsorgeerziehung sei unbedenklich. Ein Vorschlagsrecht steht ja Zöglingen wie Eltern schon heute zu und werde reichlich gebraucht, zu den Verwaltungsbehörden aber müsse man das Vertrauen haben, daß sie sich selber der Erkenntnis von Mängeln nicht verschließen werden. Erst wenn einmal eine Reichs-Fürsorgeerziehung komme, werde in einem Reichs-Fürsorgeerziehungsamt die Stelle zu schaffen sein, die dem Fürsorgezögling die weiteste Sicherung seiner Rechte gewährleisten.

In der Diskussion empfahl Bürgermeister Schmidt Mainz, daß die Städte Zentralen für Jugendfürsorge schaffen, die die Schul- und Erziehungsfragen des Staates zu übernehmen haben und tunlichst sich deren Durchführung übertragen lassen sollen. Im Interesse einheitlicher Rechtsentwicklung und Fürsorge sei zu prüfen, ob nicht die Fürsorgeerziehung in die Form der Ueberweisung an die Verufsvormundschaft einer Behörde geliebt werden könne. Wo schon bestehende Verufsvormundschaften zur Durchführung erzieherischer Aufträge für andere Gruppen von Kindern bestehen, sei diesen Behörden die Verufsvormundschaft auch für Fürsorgezöglinge zu überweisen. Wenn eine Stadtverwaltung alles getan habe, um einem Kinde die Ueberweisung in Fürsorgeerziehung zu ersparen, so dürfe nachher, wenn dennoch Ueberweisung angeordnet werde, für die Ausführung die Stadtverwaltung nicht einfach angehalten werden. Diese Forderungen, die Schmidt selber als Problem für die Zukunft bezeichnete, untersuchte Prof. Klumler-Frankfurt a. M. Er nannte es einen Kreditverstoß, daß die Durchführung der Fürsorgeerziehung nicht derselben Behörde zufiele wie ihre Vorbereitung. Richtig sei auch, die gesamte öffentliche Erziehung in eine Form zu bringen. Es sei ein Fehler, daß wir den eigentümlichen Begriff der „Fürsorgeerziehung“ haben, wie wenn das eine besondere Erziehung für besondere Kinder sei. Er geniere sich gar nicht zu sagen, daß „wir alle in unserer Jugend nicht viel besser gewesen“ seien. Aus den Reihen der Zuhörer antwortete ihm lebhafteste Zustimmung. Wegen den Gedanken, die Ausführung der Fürsorgeerziehung den Städten zu überlassen und die Verufsvormundschaft zur Mitwirkung heranzuziehen, wandte sich Landesrat Bieragge-Berlin, Vertreter des Landesdirektoriums zu Brandenburg. Er verteidigte den bisherigen Zustand mit einem „Es geht auch so“. Ihm selbsterklärten verstandene Redner mehr oder minder entgegneten, am entschiedensten der Pastor Seiffert-Strausberg, der als Leiter der Strausberger Anstalt sozusagen ein Organ des brandenburgischen Landesdirektoriums ist. Einen besonderen Vertreter, wie man ihn jetzt durch die Verufsvormundschaft schaffen wolle, brauche kein Fürsorgezögling, sein bester Vertreter sei doch die Fürsorgeerziehungsbehörde, eventuell der Anstaltsleiter oder der Pfleger. Daß die Fürsorgeerziehung seine Erfolge gehabt habe, wolle er nicht gelten lassen. Wegen Schmidts Vorschläge wendet er ein, Differenzierung der Zöglinge und besondere Fürsorge für besondere Gruppen sei

seinem trompetenden und bisweilen rührselig tremolierenden Organ zwingt er sich dem Hörer auf, mit einer kräftig illustrierenden Gebärdenprache festsetzt er ihn. Seine Charakterisierung geht bis zur Karikatur. Wie in dem kleinen Mann ein ganzes Theater misamt Orchester lebendig wird, das erfüllt mit Respekt. Das Programm, das wesentlich von effektvollen Schlägen und groteskem Humor bestanden wird, wiegt literarisch nicht allzuviel. Der Mensch muß und soll unterhalten werden gilt als Leitprinzip. Aber es war auch die fälschliche Kleinstadtgeschichte von Thoma (Kabale und Liebe) und eine Anekdote von Moserger dabei. Im übrigen teilt Kaiser die Vorbehalte der Bühnen- und Opernkritiker für das Wirkliche, das seinen Talenten Spielraum gibt.

„König Oedipus“ im Zirkus Schumann. Das Deutsche Theater hat mit dem Ausbruch der Gewerkschaftskommission Berlin und Ungelegen ein Abkommen getroffen, wonach den Gewerkschaftsmitgliedern ein Vorzugspreis gewährt wird. Die Preise der Plätze, die von den Gewerkschaften oder der Gewerkschaftskommission, Engelauer 15, Zimmer 33 bezogen werden, betragen: 1. Platz 3 M., 2. Platz 1 M. und die Galerie 50 Pf. Die am 7. November stattfindende Aufführung wird mit denselben Künstlern, Gesangschorern wie kürzlich in München erfolgen.

Als Direktor der Wiener Hofoper ist Hans Gregor, der bisherige Leiter der Berliner komischen Oper verpflichtet worden. Weingartner tritt im nächsten Frühjahr zurück; er will sich wieder mehr als Komponist betätigen (und daneben lukrative Gastreisen unternehmen). Die schlechende Kritik, die schon länger in der Wiener Hofoper herrschte, ist damit beendet. In Gregor wird zum ersten Male ein Nichtkapellmeister an die Spitze der Wiener Hofoper berufen. Als Gründer und Leiter der Berliner komischen Oper hat Gregor entschiedene Beweise seiner Tüchtigkeit erbracht. Er hat der modernen Oper zu ihrem Rechte verholfen, die in der 19. Oper schmählich vernachlässigt wird. Die Ueberdrehung der Ausstattung, die er mit Reinhardt gemein hat, erwies sich jedenfalls als richtiges Geschicksprinzip, das dem Bekamod der Berliner durchaus entspricht. In Wien wird Barbenpuppentheater des dekorative wieder auf das richtige Maß zurückzuführen können. Der verantwortlich zeichnende Chef der Berliner königlichen Theater, Herr von Hüllen, hat Gregor in einem hübschen Schreiben beinahe enthusiastisch begrüßt. Wenn Herr Hüllen den Direktor der komischen Oper so hochschätzt, warum hat er ihn dann nicht für die Berliner königliche Oper gewonnen, die seit Jahr und Tag einem wunden Schiff ohne Führung und Kompaß gleicht? — Das Schicksal der Berliner komischen Oper wird durch Gregors Weggang noch unheilbarer.

Notizen.

Marcell Salzer eröffnete seine diesjährige Campaigne am Sonntag im Weichhofsaale mit einem neuen Programm. Als Verwandlungskünstler der Rezitation oder besser drastischer Darstellung bewährte er seinen nunmehr schon befestigten Ruf. Mit

mir möglich, wenn nicht einzelnen Gemeinden, sondern leistungsfähigen großen Verbänden, wie es heute sei, die Ausführung übertragen wird. Wünschenswert sei, daß recht früh überwiegen und nicht „durch halbe Maßregeln, durch Jugendgericht usw. die Sache verschleppt“ wird. Ihm gegenüber hat Antidirektor W. Mann-Sankow hervor, daß es Pflicht sei, die Anordnung der Fürsorgeerziehung möglichst nicht zu überlassen. Gegen die berufsmäßige Sammelvormundschaft machte er geltend, daß gerade bei gefährdeten Kindern sie oft schlechter als Einzelvormundschaft sei, weil sie „am grünen Tisch“ sei. In einem Schlusswort erwiderte Dr. Alexander, Unter anderem bemerkte er zu Seifferts Ausführungen, dieser habe ihn mißverstanden, wenn er annehme, daß er, der Referent, über Mißerfolge der Fürsorgeerziehung klage.

Ueber „Kinderschutzeinrichtungen in Oesterreich“ referierte Dr. Kraus, Leiter des Brünner Kinderschutzes. Weil ausdahlend, sollte er die ganze Geschichte des Kinderschutzes in Oesterreich auf, der namentlich in der allerletzten Zeit im Zusammenhang mit den Bestrebungen auf Einführung der Berufsformundschaft eine starke Förderung erfahren habe. Die wirtschaftlich ungenügend fundierte proletarische Familie, wie sie im 19. Jahrhundert aufgenommen sei, habe die Vermehrung einer Massenferneinziehung werden lassen. Zunächst habe die freie Liebeserziehung eingegriffen, jetzt aber solle der Kinderschutz auf eine festere Grundlage gestellt werden durch gesetzliche Regelung, die allerdings bei den gegenwärtigen politischen Verhältnissen Oesterreichs einzuwirken wenig Aussicht auf Verwirklichung habe. Eingehend schilderte Referent die Kinderschutzeinrichtungen, die als eine Veranstaltung der Gemeinden ins Leben gerufen worden sind. Ihre Aufgabe sei vor allem auch die, die Mutter zu schützen, denn Mütterfürsorge sei die beste Kinderfürsorge. Den Müttern werde Arbeit beschafft, um ihnen zu ermöglichen, daß sie mit ihren Kindern zusammenbleiben.

In der Diskussion sprachen drei Gäste aus Oesterreich, darunter Wien's erster Vizebürgermeister Dr. Forster, der die geplante Reform des österr. Kinderschutzes erörterte. Für Wien sei die Einführung der Berufsformundschaft bereits in Vorbereitung, doch werde sie sich zunächst nur auf die der Armenpflege anheimgefallenen Kinder erstrecken.

Der Referent über Vereinsvormundschaften standen noch auf der Tagesordnung, doch wurde auf drei verzichtet, weil die Reihen der Teilnehmer sich bedenklich gelichtet hatten. Justizrat Dr. Hellraich aus Münster berichtete über den dortigen katholischen Fürsorgeverein, der eine Vormundschaft über uneheliche Kinder ausübt. Was er vortrug, ließ erkennen, mit welchem Eifer dabei „konfessionell gearbeitet“ und „religiös eingewirkt“ wird. Hellraich pries auch die ihm unentbehrlichen dilettierenden Damen, die in der Monatsversammlung von Prof. Schloßmann-Düsseldorf angegriffen worden waren. Schloßmann hatte ihn übrigens ermächtigt, in seinem Namen zu erklären, daß jener Angriff sich nicht gegen die Würdigkeit der Damen überhaupt habe richten sollen.

Mit einem Abschiedswort des Vorsitzenden Professor Klumpp wurde diese fünfte Tagung deutscher Vereinsvormünder geschlossen.

Druckfehlerberichtigung. In unserem Bericht über die Montag-Sitzung findet sich an einer Stelle das Wort „Winkelvormundschaft“. Gemeint ist „Sammelvormundschaft“.

## Der italienische Parteitag.

Mailand, den 22. Oktober.

### 2. Verhandlungstag.

#### Vormittagsitzung.

Modigliani, der das Präsidium inne hat, eröffnet die Sitzung durch Verlesung von Begrüßungstelegrammen und teilt dann gleich dem Genossen Turati das Wort als Referenten über die

#### Allgemeine Leitlinie der politischen Aktion.

Turati führte u. a. aus: Wie die Revolutionäre wollen die unzureichenden Reformen alle Verantwortlichkeit auf die Parlamentsfraktion abwälzen, nach dem alten System: „Es regnet, verfluchte Regierung“. Wahr ist, daß wir keine großen Fragen in die Massen getragen haben, aber es ist nicht weniger wahr, daß wir die Massen teilnahmslos und undurchdringlich gefunden haben. Wer trägt die Schuld dafür? Wir alle haben (sah); mit anderen Worten, die Verhältnisse sind es, die Schuld tragen.

Wir wollen nicht über eine Gruppe Menschen, über die Parteilinie richten, sondern über unsere ganze Bewegung. Das Gefühl der Schamhaftigkeit und einer gewissen Zerfäherung unserer Partei ergibt sich aus der Vielgestaltigkeit unserer Aktion. Weshalb will man dafür dem Reformismus Schuld geben? Wer das täte, handelt nicht anders als ein Mensch, der durch schweren Blutverlust oder durch Hunger von Kräften gelommen ist und dann feststellt, daß es gerade Vollmond ist und darum seine Entkräftung auf den Vollmond zurückführt.

Was die Parlamentsfraktion betrifft, so bin ich überzeugt, daß sie schlecht, sehr schlecht funktioniert hat. Wir sind 40 und arbeiten nur nur etwa 5. Aber wie ist das anders möglich, wo die meisten für ihr Brot arbeiten müssen und es keine Abgeordnetenblätter gibt? Was können wir mehr tun? Man sagt uns: tragt die großen Fragen in die Massen; da könnten wir antworten: tragt ihr sie doch. Von den Abgeordneten kann man das nicht verlangen. Die Partei muß entscheiden, ob sie die parlamentarische Aktion für nützlich hält oder nicht. Tut sie das nicht, so möge man die Abgeordneten aus der Kammer zurückziehen und für die Propaganda benutzen. Was uns nun tut, ist eine breite Volksbildung, und für diese ist es unsere Pflicht zu arbeiten und zu kämpfen.

Weiter weist Redner die Anschuldigung zurück, daß er sich nur mit der organisierten Arbeiterschaft beschäftige und nur dieser die Interessen der Partei zuwenden wolle. Allerdings sei die industrielle Arbeiterschaft das wesentlichste Material unserer Bewegung. Wichtig ist, daß wir uns darüber klar werden, daß die Revolution sich durch die Reformen vollzieht, nicht durch die Wanktaten, nicht durch den Generalstreik. Was ist das, was wir in mancher Hinsicht einer Kur bedürfen, etwa durch eine Entzweiung von der Volkspolitik.

Auf die Revolutionäre und ihre Forderungen, führt Redner fort, gehe ich nicht ein. Mit ihnen zu diskutieren verlohnt nicht, versehen können wir und nicht, befehlen auch nicht: ich achte ihre Ueberzeugung. Polemisieren tue ich nur mit den dissidenten Reformisten. Diese glauben, der Stillstand in der Partei hänge vom „Anwalt“, von der Fraktion, kurz von den leitenden Organen ab. Wir glauben, daß er viel tiefere Ursachen habe. Wir wollen diesen Ursachen nachforschen und sie aufzuheben versuchen. (Beifall auf der Rechten.)

Man einigt sich dahin, daß jetzt abwechselnd ein Redner der drei verschiedenen Richtungen zum Wort kommen solle: der Revolutionäre, der dissidenten Reformisten und der Reformisten.

Salvemini spricht als dissidenter Reformist. Er weist unter anderem auf die Gefahr hin, daß die organisierte Arbeiterklasse aus einer Vorhut der kämpfenden Arbeiterklasse in eine Aristokratie verwandelt werden könnte, und betont dann die Wichtigkeit des allgemeinen Stimmrechts für die Lösung der Substantiellen Frage. Wir Revolutionäre vergessen sie sehr unsere subalternen Brüder. So hat der Kongreß gestern wohl der Opfer der russischen Revolution gedacht, aber nicht derer, die in Süditalien unter dem Blei italienischer Soldaten gefallen sind. Es ist ein Gefühl des Verzweifels unter uns. Der junge Nachwuchs kommt nicht mehr zu uns; unsere Jüngsten haben schon graue Haare. Die Partei hat ihre Verberberung, ihren revolutionären Glanz eingebüßt. Redner wir zur Klasse zurück und zu den großen Massenidealen, so werden wir unsere Jugendkraft wieder erlangen. (Beifall.)

Salvemini (dissidenter Reformist): Heute, wo die Arbeiterbewegung in den festgeschlossenen Organisationen eine feste und kampffähige Vorhut hat, die sich selbst helfen kann, hätte die Partei die Pflicht, sich den weiter zurückgebliebenen Schichten zuzuwenden.

Früher war ich auch dafür, daß die Parlamentsfraktion einmündig für ein Ministerium stimme, um das Stimmrecht zu erlangen oder zu festigen, obwohl dieses den elementarsten Schichten des Proletariats nicht zugute kommen konnte. Damals war dies das Wichtigste, und wir brauchten eine Vorhut, wenn auch in derselben Zeit unsere Landarbeiter in Süditalien niedergeschossen wurden, im Namen des italienischen Ministeriums, für das unsere Fraktion stimmte. Heute ist es aber anders. Heute ist die Vorhut stark, und heute denkt ihr nicht mehr an uns. Ihr proklamiert einen Generalstreik, weil in Spanien Ferrer ermordet wird, wenn aber in einer einzigen Woche in Süditalien Hunderte von Landarbeitern getötet und Hunderte verwundet werden, dann schreibt der „Avanti“, daß das süditalienische Proletariat noch wenig Gerechtigkeit habe. Auch die Jesuiten, die Ferrer ermordeten, hatten wenig Gerechtigkeit. (Beifall.) Ihr müßt an die zurückgebliebenen Elemente denken. Statt dessen verlangt ihr die industrielle Arbeiterbewegung als erste Abschlagszahlung der allgemeinen Versicherung, ohne daran zu denken, daß die elendesten Landarbeiter Süditaliens das für das beste gestellte industrielle Proletariat die Mittel zur Versicherung aufbringen müssen.

Die Verhältnisse sind schuld, sagt Turati. Schöne Ausrede! Wir sind keine Verhältnisse, wir sind Menschen. Was tun wir hier, wenn wir nichts wollen, als uns in die Verhältnisse einordnen? (Beifall.) Ja, sagt Turati, wir sind eben noch schwach. Aber warum sind wir schwach? Weil wir keine Propaganda treiben. Turati sagt, die Abgeordneten hätten keine Zeit. Na, die 30, die nach Turati nichts in der Kammer tun, könnten doch wenigstens auf Agitation gehen. Das taten unsere Abgeordneten als ihrer nur 5 waren. Damals wart ihr stark durch die Waffen, denen ihr feilich nicht ein Gesicht über die Sonntagsruhe oder gegen die Nacharbeit der Väter vorführte. Heute macht ihr keine Propaganda mehr, weil ihr keine großen Fragen habt, die die Massen mitreißen. Die kleinen Reformen sind leicht zu erhalten, dazu braucht es keine Agitation im Lande; im Gegenteil, eine Agitation würde vielmehr schaden, weil die Masse dann mehr und anderes fordern würde, als die kleine Reform. Ihr wollt die Regierung unterführen, wenn sie Euch die Arbeiterpensionen gibt. Nein, wenn sie die Arbeiterpensionen gibt, so dreht ihr das nicht: Es gibt ideale Werte, die höher stehen als jeder materielle Wert. (Beifall.) Selbst um das allgemeine Stimmrecht würde ich nicht für ein Ministerium Giolitti stimmen.

Salvemini hebt dann als Beweis für die Entartung der Partei hervor, daß Cabrini an einem offiziellen Bankett teilgenommen hätte. Es entsteht große, an Unmut grenzende Unruhe, bis es Cabrini gelingt, klar zu machen, daß die Behauptung unwahr ist. Dagegen wird festgestellt, daß der sozialistische Abgeordnete Scamporrino an einem Bankett für den Unterstaatssekretär Facta teilgenommen hat.

Zum Schluß bringt Redner eine Tagesordnung zur Verlesung, deren erster Abschnitt sich mit der Turati'schen deckt, und die im übrigen die Leitlinie zusammenfaßt, die Salvemini über die zum Beifall des Ganzen und durch den Druck des gesamten Proletariats erzwungenen Reformen dargelegt hat.

Der Kongreß tritt darauf in seine Mittagspause ein.

#### Nachmittagsitzung.

Als erster Redner nimmt der Abgeordnete Genosse Pietro Ghisla das Wort, der einige Arbeiter in der Parteifraktion. Als Vorsitzender der Reformisten weist er par allem die Anschuldigungen zurück, die Genosse Salvemini seinerzeit im „Avanti“ gegen die Genossenschaften erhoben hat. Das wird von der bürgerlichen Presse gegen uns ausgeschleudert. (Beifall auf der Rechten.) Er, Redner, hätte immer dafür gewirkt, die Genossenschaftsbewegung und die Gewerkschaftsbewegung in sozialistischem Geiste zu leiten. Wenn noch viel zu tun bleibt, so liegt das auch daran, daß es sehr an Propaganda fehlt. Wir müssen Zugang von der Jugend erwarten. Die Rede, die sich vorwiegend auf dem Gebiete der genossenschaftlichen Organisation bewegte, wird von den Reformisten mit langandauerndem Beifall aufgenommen.

Lazzari (Revolutionär): Im Grunde wird hier eine Revision unseres Parteiprogramms angestrebt. In Deutschland haben die Reformisten den Mut gehabt, die Revision des Programms zu fordern; auch in Italien sollten sie sich dazu offen entschließen. Turati spricht in seinem Referat von der steigenden Verelendung der Massen als von einer abgetanen Auffassung. Wie kommt es dann aber, daß trotz des stets wachsenden sozialen Reichums die Gefährnisse und die Arznanfälle sich immer mehr füllen, und daß es um die körperliche Gesundheit der Jugend so bestellt ist, daß das Militärmaß herabgesetzt werden muß? A. kritisiert einzelne Sätze aus dem Referat Turati, so namentlich die folgenden: „Wir alle gehen auf Kollaps, wenn es sich um die Landesverteidigung handelt.“ Der einzig wirksame Antimilitarismus liegt in der Kraft, wenn eine solche existiert, des reformatorischen Sozialismus. Der Redner gibt dann seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß diesmal von den Revolutionären nicht mehr wie früher als von Tobsüchtigen, Unzurechnungsfähigen, Delinquenten oder Idioten die Rede ist, sondern daß Turati sie freundlich als „Ueberlebende“ behandelt. „Lobt gut sein“, ruft Lazzari aus, „wenn ihr erst zur Revision des Programms schreiten werdet, dann werdet ihr diese Ueberlebende los, denn dann gehen wir.“ (Beifall.) Großen Beifall ernten seine Worte, als er über die Gleichgültigkeit der Fraktion gegen die Bewilligung der neuen Militäransgaben spricht.

In bezug auf die Bündnispolitik meint Lazzari, daß man in den Massen die Illusion erweckt hätte, in den Republikanern und Radikalen verbundene Parteien neben sich zu haben, während der praktische Kampf leidet, daß mit dem Sozialismus nur der Sozialismus verwandt ist. Lazzari bringt dann eine Tagesordnung zur Verlesung, die auch die Unterdrückung von Verda, Francesco Ciccoiti, Alessandri, Angelino Catahanoff und anderer trägt. Diese Tagesordnung ist ganz nach dem Muster der von Turati vorgelegten verfaßt und enthält wörtlich mehrere ihr entlehnte Sätze. Sie verweist natürlich den Ministerialismus, gibt den Generalstreik zu den Mitteln, deren sich das Proletariat in Ausnahmefällen bedienen kann, verwirft die Wahlbündnisse und fordert strenge Disziplin. Die als wichtig geforderten Reformen sind dieselben, die auch Turati aufstellt.

Lazzari schließt schließlich erschöpft und übermüdet seine lange und wichtige Rede, indem er die Delegierten ermahnt, sich der Verantwortlichkeit gegenüber dem Proletariat bewußt zu sein und der Entartung unserer Partei zu wehren, auf daß die Partei wieder das Recht gewinne, im Namen jener Bewegung zu sprechen, die die Schaffer allen Reichtums zu den Verkündern der eigenen Schande und der der Gesellschaft machen will. (Langandauernder Beifall bei den Revolutionären, Unruhe bei den Reformisten.)

Der Präsident bringt darauf ein Telegramm des deutschen Parteivorstandes zur Verlesung, das den Arbeiten des Parteitag's einen glücklichen Verlauf wünscht. Das Telegramm wird mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Für die Reformisten spricht dann vor recht unruhigem Hause die Genossin Giubide, die lebhaft behauptet, noch einmal von Tendenzen reden zu müssen. Alle echten Sozialisten wollten nichts, als für die gemeinsame Sache arbeiten. Der Schluß der Rede wird durch laute Reuerzungen der Ungeduld des Kongresses überdient und ist auf der Journalistentribüne nicht zu vernahmen.

Der letzte Redner des Tages ist Francesco Ciccoiti, der für die Revolutionäre spricht.

Dr. Revolutionäre sind mit Turati einverstanden, daß die Schuld für die heutige Depression nicht allein die Parleifraktion trägt, nein, sie ist vielmehr die Konsequenz einer falschen Richtung der ganzen Partei. (Zustimmung.) Nicht die Verkünder der Reformen, ihre normale Taktik hat uns dahin geführt, wo wir stehen. (Beifall.) Vor Florenz konnten die Reformisten sagen, laßt uns arbeiten, laßt uns unsere Taktik erproben. Jetzt haben wir sie erprobt: das Resultat liegt dem Kongreß vor. Gerade in der Zeit des potentiellen Reformismus sind viel weniger Reformen erzielt worden als vordem. Wir wollen keinen Kompromiß mit anderen Parteien. Die heutige Taktik hindert die Sozialisten, sie selbst zu sein, und hindert gleichzeitig die bürgerliche Demokratie in ihrer Entwicklung.

Denn wir auf diesem Wege fortschreiten, werden wir vielleicht eine Agentur zur allgemeinen Erhöhung der Löhne, aber keine Macht, die die Gesellschaft umgestaltet. Wir hoffen von der Kongressmehrheit nichts für unsere Richtung, aber wir fürchten auch nichts für die Partei; die ist mit ihren Gegnern fertig geworden und wird wahrlich nicht an den Fesseln ihrer Anhänger zugrunde gehen. (Beifall bei den Revolutionären.)

Es ist 8 Uhr abends und die Sitzung wird bezogen.

## Prozeß Bruhn und Genossen.

Zweiter Tag.

In gestriger Sitzung führte der Vorsitzende Landgerichtsrat Lampe aus: Wir kommen nun zu den Behauptungen der Anklage, daß die „Wahrheit“

#### vom Sensationsblatt zum Revolverblatt

übergegangen sei, indem sie Angriffe gegen bestimmte Personen oder Geschäfte richtet, diese aber ausschreit, sobald die Leute Annoncen aufgeben. Da soll insbesondere der Junge Glode-Waldorff einen Fall aus dem Jahre 1906, Anfang 1907 näher geschildert haben; in der ersten Nummer soll ein Angriffsartikel gestanden haben, in der zweiten Nummer eine Ehrenklärung und in der dritten Nummer soll dann ein Inserat der betreffenden Person erschienen sein. — Angekl. Wilh. Bruhn: Es handelt sich um den Fall „Erimophon“. Diese Sache hat sich abgespielt zu einer Zeit, wo ich fast immer auswärtig war und nur ab und zu des Sonntags nach Berlin kam. Diese ganze Sache ist eine Behauptung von dem verstorbenen Dabbel, das war das ganze, was Dabbel in seiner Affäre zu sagen wußte. — Vorf.: In Journalistenkreisen soll man aber doch der Meinung gewesen sein, daß die Inserate der „Wahrheit“ nicht der Reklame dienen, sondern „Angriffsartikel“ seien, welche die Leute bloß aufgeben, damit sie von Angriffen verschont bleiben. — Angekl. Bruhn: Es sind in der Voruntersuchung 104 Zeugen vernommen worden, von denen keiner gesagt hat, daß er bedroht worden sei. — Vorf.: Direkt hat das allerdings keiner gesagt, aber die Staatsanwaltschaft stellt es so dar, als ob schon in dem Bestehen der „Wahrheit“ allein eine Bedrohung zu erblicken sei. — Angekl. Bruhn: Das sagt die Staatsanwaltschaft, es trifft aber trotzdem nicht zu. — Vorf.: Etliche Zeugen — keineswegs alle — haben aber doch auch gesagt: Wir haben aus Angst ausenciert. — Angekl. Bruhn: Von 16 Zeugnissen von Radikalen, die vernommen worden sind, haben nur drei etwas Rebutliches gesagt: In dem Tage, wo das Inserat in der „Wahrheit“ erschien, war ihr Lokal voller als sonst. — Vorf.: Wir Zeuge hat aber auch gesagt: Die Artikel hätten schädlich gewirkt, denn die Lebemannern hätten sich gehütet, in das Lokal zu kommen, weil sie fürchteten, es läge ein Verleumdungsartikel „Wahrheit“ darin, der alles gewissermaßen photographisch genau schildere. — Angekl. Bruhn: Die Mehrheit der vernommenen Zeugen ist für mich. — Vorf.: Das ist richtig, aber die Meinungen waren eben geteilt. — Rechtsanwalt Paul Vredere: Das Moment der „Drohung“ ist nicht einmal von dem Staatsanwalt zuerst aufgenommen, sondern vom Rechtsanwalt Dr. Berthauer im Prozeß Dabbel behauptet worden und dann sind die Zeugen vom Untersuchungsrichter erst gefragt worden, ob sie schon in der Existenz der „Wahrheit“ eine Bedrohung erblickt hätten. — Vorf.: Aber nicht bloß in Radikalen, sondern auch in Journalistenkreisen war doch teilweise dieselbe Meinung verbreitet. So hat der Parlamentariergenosse Verlowig gesagt: In Journalistenkreisen sei vielfach die Meinung vertreten gewesen, daß die „Wahrheit“ ein Revolverblatt sei. — Bruhn: Ich bin antimilitärischer Abgeordneter, Verlowig ist Jude. Die Meinungen, die er als in Journalistenkreisen existierend bezeichnet, sind durch keinerlei Tatsachen gestützt. Herr Verlowig steht nicht bloß politisch sehr links, er ist auch Dissident. — Vorf.: Deshalb kann er doch die Wahrheit sagen. — Der Junge Strauß hat auch einmal gesagt: Die Inserate für die „Wahrheit“ würden mit dem Brecheisen geholt. — Angekl. Bruhn: Man muß doch solche Aussagen im ganzen bewerten. Strauß will auch zu dem Finanzjuristen Prof. Meyer gesagt haben: Die Angriffe gegen ihn würden aufhören, wenn er Artikel für die „Wahrheit“ umsonst schreibe. Prof. Meyer hat dies ebdlich bestritten. — Der Angeklagte wird hierbei unwillkürlich sehr lebhaft und schlägt zur Bekräftigung seiner Worte auf die Brust der Anklagebank. — Vorf.: Landgerichtsrat Lampe: Ich muß Ihnen dies unterlegen. Weitem soll dies auch schon geschehen sein. Ich habe es nicht gesehen, es ist aber in einer Zeitung sofort gerügt worden. Es wird hier ja jede Kleinigkeit aufgeschrieben, wir müssen deshalb sehr vorsichtig sein. — (fortfahrend.) — Wie kommt aber das Publikum zu der Meinung, daß man sich vor Angriffen durch Annoncen schützen kann. Das Sprichwort sagt: vox populi, vox dei (Die Stimme des Volkes ist Gottesstimme). — Angekl. Bruhn: Die Sachen sind doch alle nachgeprüft worden. Die mir ungünstigen Ausfälle sind eine Folge des Dabbelprozesses. — Rechtsanwalt Vredere: Es dürfte wohl nicht falsch sein, wenn man sagt, jede Zeitung nimmt doch eine gewisse Rücksicht auf ihre Inserenten. — Vorf.: Nach Ihrer Behandlung war der Referent für die Radikale Herr Dietrich. Dieser muß doch dann sündiger Fall in den Radikalen gewesen sein. — Bruhn: Dietrich ist ein Radikaler, ein Lebemann, der seine früheren Erfahrungen in Radikalen zu den Artikeln verwertet hat. — Vorf.: Er sagt aber, er habe in den Radikalen Tausende ausgegeben und sei durch die Artikel nicht so recht auf seine Kosten gekommen. Sind denn die Rechen, die dort gemacht sind, alle bezahlt worden? — Angeklagter Bruhn: Jawohl. — Vorf.: Wie kommt es denn, daß die Zeitungshändler solche Blätter wie die „Wahrheit“, „Die Stadtkolonne“, „Die große Glocke“ und dergleichen in den Straßen, besonders in der Friedrichstraße, nicht ausruhen, sondern geradezu ausdrallen? — Bruhn: Darauf habe ich doch gar keinen Einfluß. — Vorf.: Wie kommen die Händler dazu, die Kammern, in welchen beispielsweise Artikel gegen Iscael oder Kempinski standen, gerade vor deren Lokalen so auszubrallen? — Angekl. Bruhn: Das haben die Leute schon so in der Nase. — Vorf.: In einem Zivilprozeß ist festgestellt, daß an die Händler gelbe Blätter gegeben wurden, in denen die betreffenden Artikel mit fett gedruckten Buchstaben bezeichnet wurden. Wer hat die Anweisung dazu gegeben? — Bruhn: Auf den gelben Blättern stehen immer nur zwei Artikel bezeichnet: der Leitartikel und noch ein anderer. Dies sind solche, die besonders in das Publikum dringen sollen. — Vorf.: Die Leitartikel wurden aber nicht ausgerufen. — Bruhn: Das machen doch schließlich alle Zeitungen wie „Die Wahrheit“. Wenn die „B. Z.“ am Mittag erscheint, dann rufen die Händler auf der Straße auch: B. Z. — B. Z. — B. Z. Man muß doch auch bedenken, daß die „Wahrheit“ nur einmal in der Woche erscheint. — Vorf.: Ach so, da mußte wohl auf Vorrat gedruckt werden? Welche Auflage hatte denn die „Wahrheit“? — Bruhn: Sie erreichte die Höhe von 50 000 Exemplaren. — Vorf.: Dieser größte Absatz soll bei der 30ten Nummer erreicht sein. Da hat Iscael vor seinem Geschäftslokale 30 000 Exemplare aufstehen lassen, das sind allein 3000 M. — Bruhn: Was gegen mich vorgebracht wird, ist nicht wahr! Ich habe in diesem Prozeß nichts zu verheimlichen. Es werden hier immer aus einzelnen Artikeln Schlussfolgerungen gezogen, die mir ungünstig sind; da muß ich doch bitten, aus vielen Artikeln zu verlesen, aus denen sich ergibt, welche nationalen Ziele die „Wahrheit“ in Wirklichkeit verfolgt. Ein Pastor hat mir u. a. geschrieben: „Es steht manches in der „Wahrheit“, was mir nicht gefällt, aber ich freue mich immer über die kräftige und energiegelade Weise, in welcher die „Wahrheit“ mit anerkanntem Wertem Ranges und die nationale Sache vertritt und gegen die Korruption vorgeht.“ — Vorf.: Er dachte wohl dabei an den schönen Artikel: „Das fälschliche Berlin“ oder: „Meyer im Sündenpfuhl“. (Hellerkeit.) — Rechtsanwalt Vredere beantragt, den in Juderräumen erschienenen Schriftsteller A. D. Weber zum Verlassen des Saales zu veranlassen, da er wahrscheinlich als Zeuge gebraucht werde. Dieser scheint ja die Ansicht gehabt zu haben, daß die Presse durch Inserate gut gestimmt werden könne, denn er hat ja behauptet, daß er den ophreuzischen Zeitungen Annoncen über

seine Werke angewendet habe, um sie bei dem Allenstein Prozess günstig zu stimmen. — Der Gerichtshof beschließt, dem Antrage stattzugeben und ersucht Herrn Weber, den Sitzungssaal zu verlassen. Ferner beschließt das Gericht, dem Antrage des Angeklagten Bruhn stattzugeben und ersucht den Sachverständigen Dr. Simon, je sechs Nummern der einzelnen Jahrgänge durchzusehen und auf ihren Inhalt in der von Bruhn angegebenen Richtung zu prüfen.

#### Verhältnis der „Tante Boff“ zur Polizei.

Seitens der Verteidigung und des Angekl. Bruhn werden sodann einzelne Momente hervorgehoben, die das gestrige Gutachten des Sachverständigen Kluge erschüttern sollen, namentlich dessen Behauptung, daß Inserenten der „Wahrheit“ nicht angegriffen worden seien. — Vork.: Warum ist z. B. Herr Bog nie angegriffen worden? — Bruhn: Herr Bog, Naahen, Wollburg sind christliche Geschäfte, für die ich kämpfte. Das sind doch keine Warenhäuser, sondern Kaufhäuser. Herr Bog ist doch etwas wesentlich anderes als Wertheim! — A. V. Vredere: Der Sachverständige Kluge hat gestern gesagt, er habe auch schlüpfrige Inserate in der „Wahrheit“ gefunden. Der Sachverständige ist Annoncenredakteur der „Voss. Zig.“. Ich stelle fest, daß in einer einzigen Nummer der „Voss. Zig.“ 60 Annoncen-Inserate enthalten sind. — Sachverst. Kluge: Jede einzelne Annoncen-Anzeige wird von uns erst mit Genehmigung der Polizeibehörde veröffentlicht, die vorher befragt wird. — Vork.: Das ist ja richtig, daß bei den Annoncen-Inseraten sich jetzt eine Aenderung zeigt. Früher hieß es: „Fräulein Wanda massiert streng reell“ (Heiterkeit). Das kommt jetzt nicht mehr vor. Es gibt doch auch richtige Annoncen. — Bruhn: Ist die Annoncen-„Heddi Sänger, Massage“ mit fettgedrucktem Vornamen „Heddi“ auch erst der Polizei vorgelegt worden? — Sachverst. Kluge: Jawohl! — Bruhn: Nun, jeder Wissende ist sich wohl nicht einen Augenblick im Unklaren darüber, um was es sich bei solchen Annoncen handelt. — Rechtsanw. Dr. Schwandt: Da finden sich ferner Anzeigen wie „Vornehmer Maitreure- und Massagen-Salon“, „Höllische Postmann, ärztlich geprüfte Massieurin“ u. dergl. Natürlich kann die Polizei dagegen nichts tun.

Es wird sodann ein Artikel über „Kathreiners Holzstafee“ verlesen, der den Titel führt: „Der Vops als Melkome für Kathreiners Holzstafee“. Angeklagter Weber erklärt auf Befragen, daß dieser von ihm verfasste Artikel sich nur gegen die geschmacklose Art der Melkome gewandt habe. Das Ziel, Annoncen zu erhalten, habe der Artikel in keiner Weise verfolgt. Er habe mit den Inseraten überhaupt nicht das mindeste zu tun. — Vork.: Nun kommen wir zu den

#### Wahinger-Artikeln.

Wahinger scheint es Ihnen auch ganz besonders angetan zu haben, das sieht man aus den zahlreichen Artikeln, die das Wahinger-Unternehmen betreffen. — Angekl. W. Bruhn: Ich habe die Anschauung vertreten, daß das Wahingerische Filialsystem für das gesamte Gastwirtsgebet sehr schädlich ist, da es viele kleine Existenzen ruinert. Als Wahinger dann an seinen Biergeschäften noch nicht genug hatte, sondern zur Gründung des Weinhauses Rheingold und des Hotels Fürstlichhof überging und dabei die Dinge etwas ins Stoden geriet, wolle ich nach meinen Kräften diesen Bestrebungen entgegenwirken. — Vorsitzender: Der verstorbenen Wahinger hat sich einmal zu Leipzig begeben und Sie durch ihn um gut Wetter bitten lassen. Leipzig war Ihr Freund, aber auch er scheint doch die Meinung gehabt zu haben, daß durch Ueberweisung einer Annonce etwas zu machen sei. — Bruhn: Das ist ganz unmöglich. Mein Freund Leipzig kann unmöglich gesagt haben, daß er mich für käuflich hält. Ich soll hier mit Gewalt zum Opfer gemacht werden für die im Publikum nun einmal bestehende Ansicht, daß die Zeitungen gewisse Nachrichten auf ihre Inserenten nehmen. — Es werden hierauf die verlesenen auf die Wahingerischen Unternehmungen bezüglichen Artikel verlesen.

Dann geht der Vorsitzende auf die in der „Wahrheit“ erschienenen Artikel über die

#### Primaphon-(Schallplatten-)Gesellschaft

über. Der gegen die Gesellschaft gerichtete Artikel ist vom Angeklagten Weber verfaßt; Wilhelm Bruhn ist zu der fraglichen Zeit nicht in Berlin gewesen und weiß von der Sache gar nichts. Weber erklärt hierzu: Ueber das Treiben dieser Gesellschaft sei der „Wahrheit“ eine Mitteilung zugegangen, über die er persönlich Nachforschungen anstellte. Er habe sich bei einer in demselben Hause wohnenden Frau erkundigt und nachdem diese die Mitteilung vollständig bekräftigt hatte, habe er den Artikel geschrieben. Darauf sei der Vertreter der Gesellschaft bei ihm erschienen und habe ihn eingeladen, sich durch persönliche Augenbesichtigung von der Unrichtigkeit der ihm gewordenen Informationen zu überzeugen. Dies habe er getan und sich tatsächlich davon überzeugt, daß die erste Hälfte des Geschäftsberichtes der Gesellschaft falsch geschrieben habe. Daraufhin habe er eine Verichtigung veröffentlicht, die seiner Ueberzeugung entspreche und mit dem später von Herrn Eisner aufgegebenen großen Inserat absolut nichts zu tun gehabt habe. Bei dem Versuch in den Händen der Primaphon-Gesellschaft sei er von Eisner auch gefragt worden, was wohl ein Inserat in der „Wahrheit“ koste und habe dann eine solche Annonce gegeben, die aber mit der Verichtigung in keinerlei Verbindung zu bringen sei. Wilhelm Bruhn habe von dem ganzen Vorgang überhaupt nichts gewußt. — Der Artikel und das Inserat werden verlesen. — Vork.: Nun gehen wir zu der

#### Affäre Tieg

Affäre Tieg. Da hat die „Wahrheit“ eines Tages im Jahre 1906 einen schönen Artikel mit der schönen Ueberschrift: „Der Daxem im Warenhause Tieg“ gebracht. Wie sind Sie denn auf diese Idee gekommen? — Angeklagter Wilhelm Bruhn: Der Artikel ist von dem Journalisten Kadelitz verfaßt worden. Die Ueberschrift ist wohl von uns gemacht worden. — Vork.: Das Material zu dem Artikel war Herrn Kadelitz wieder von einem von Tieg entlassenen Angestellten namens Heppner gegeben worden. Dieser Heppner hat alle Privatprozeße, die er gegen Tieg angefaßt, verloren und noch eine Anklage wegen Mordtötung sich zugezogen. — Angekl. Bruhn weist mit Entschiedenheit den Gedanken zurück, daß durch den Artikel Annoncen erlangt werden sollten. — Vork.: Herr Tieg hat die ganze Sache anders aufgefaßt und einen Zivilprozeß in Höhe von 50 000 M. gegen Sie angestrengt. Sie haben sich schließlich vertragen und sich verpflichtet, gegen eine Konventionalstrafe von je 1000 M. Angriffe gegen Tieg zu unterlassen. Einmal haben Sie dieses Verbot doch übertreten und sind zu 1000 M. verurteilt worden. — Angekl. Bruhn: Den Vergleich habe ich aus Verlegenheit vor der Höhe der Kosten abgeschlossen, er ging aber zu weit. Denn ich wurde Tieg gegenüber vollständig lahmgelegt.

#### Fall Grünfeld.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird hierauf Toni Grünfeld, der Besitzer der bekannten Weinläden in der Jägerstraße vernommen, weil er nach Paris abreisen will. — Vork.: Wie sind Sie dazu gekommen in der „Wahrheit“ zu inserieren? — Zeuge Grünfeld: Mir wurde von einem guten Freunde empfohlen, auch in diesem Blatte zu inserieren, und da ich wußte, daß die Besitzer von Rechtslosalen gern in diesem Blatte inserieren, so tat ich es auch, rein aus geschäftlichem Interesse. — Vork.: Hat einer der Angeklagten in Ihrem Lokal verkehrt? — Zeuge: Jawohl, die beiden Bruhn und auch Weber. — Vork.: Hat jemand auf Sie eingewirkt, Inserate zu geben, da sonst? — Zeuge: Nein. — Vork.: Haben Sie von den Inseraten irgend einen geschäftlichen Vorteil bemerkt? — Zeuge: Nein. — Vork.: Sie haben früher beim Untersuchungsrichter gesagt, Sie hätten die Inserate aufgegeben, weil das Inserieren ein gutes Schwarmittel gegen Angriffe in der „Wahrheit“ sei. — Zeuge (nachdenkend) Schwarmittel? Das ist schwer zu sagen. Ich habe inseriert, um mir vielleicht kleine Feinde zu machen. — Vork.: Ihre Bedanke war also wohl: „Zeuge vor“. Es könnte doch mal etwas passieren, schuldlos wie man ist. (Heiterkeit). — Zeuge: Ich annonciere ja in anderen Blättern auch. Wegen meine Geschäftsführung können keine Bedenken entstehen, aber ich

will mir keine Feinde machen. — Vork.: Sind Sie Mitglied eines Cafetier-Vereins? — Zeuge: Ich bin Mitglied des Gastwirtsvereins. — Vork.: Ist dort vielleicht einmal darauf hingewiesen worden, daß ein Inserieren in der „Wahrheit“ vor Angriffen schützt? — Zeuge: Ich muß zu meiner Schande gestehen, daß ich den Verein noch nicht besucht habe. (Heiterkeit). — Rechtsanw. Dr. Schwandt: Hat einer der Angeklagten auch nur andeutungsweise zu Ihnen gesagt: Es würde aber irgendwelche Zustände in Ihrem Lokal ein Artikel kommen, wenn Sie nicht inserieren? — Zeuge: Nein. — Staatsanwalt Leisinger: Nach welchen Gesichtspunkten trafen Sie denn die Auswahl der Blätter, in welchen Sie inserieren wollten. Hat vielleicht der Freund Ihnen gesagt: Die „Wahrheit“ ist ein Blatt, vor dem man sich in acht nehmen muß. — Zeuge: Nein. Rechtsanw. Vredere: Ist es vorgekommen, daß einer der Angeklagten, die in Ihrem Lokal verkehrten, die Sache schuldig geblieben ist? — Zeuge: Was jetzt noch nicht! (Heiterkeit). — Witz Bruhn: Grünfeld ist ein alter Bekannter von mir, wie sollte dieser denn auf den Gedanken kommen, daß ich „revolvieren“ wolle. — Zeuge: Nein, zu solchen Gedanken ist kein Anlaß gewesen. — Rechtsanw. Dr. Schwandt bringt noch ein Memoranee zur Sprache, welches Witz Bruhn in Gegenwart des Zeugen Grünfeld mit einem Kellner im Café Lindor gehabt hatte. Es sei zu Unrecht behauptet worden, daß Bruhn bei dieser Gelegenheit gedroht habe, er werde dafür sorgen, daß das Lokal geschlossen werde. — Witz Bruhn bestreitet letzteres und erklärt das Memoranee, bei welchem der Witz, Herr Witz, die Worte des Kellners genommen und dazu gesagt habe: „So, nun können Sie ja über mich schreiben.“ Darauf habe er (Bruhn) geantwortet: Da sieht man wieder, daß Sie ein frecher Jude sind. — Vork.: Weshalb verkehren Sie denn aber als Antisemit in einem so jüdischen Lokal? (Heiterkeit). — Bruhn: Das ist in Berlin nicht zu trennen.

#### Fall Kempinski.

Es folgt die Verlesung der zwei Artikel, die auf Kempinski und die Interna des Geschäftsbetriebes desselbst Bezug haben. Der eine Artikel stammt zum Teil aus dem „Konfessionär“, zum Teil aus dem „Gastwirtsgebeten“ und ist mit Zusätzen und allgemeinen wirtschaftlichen Betrachtungen erweitert worden. — Vork.: Da tritt nun wieder in die Erscheinung, daß sich die Zeitungshändler gerade mit diesen Artikeln vor dem kempinski'schen Lokal aufpostiert und die Artikel heftig angegriffen haben. — Witz Bruhn: Vor dem kempinski'schen Lokal stehen überhaupt die Zeitungshändler und bieten Zeitungen an. Wenn wir jetzt hingehen würden, so würden wir solche Händler ebenfalls vor dem Lokal finden. — Vork.: Das wird ja stimmen, aber — c'est le ton, qui fait la musique! (Der Ton macht die Musik). — Die Angeklagten bestreiten auch hier, daß die Annoncen der Firma Kempinski mit jenen Artikeln irgendwie in Verbindung zu bringen seien.

#### Fall Tad u. Co.

Hierauf werden einige Artikel verlesen, die unter dem Titel: „Ein neuer Kommerzienrat“ die Bestrebungen des Herrn Wilhelm Krosjaner, Mitinhaber der Firma Tad u. Co., Schaufabrik in Burg bei Magdeburg, zur Erlangung des Kommerzienratstitels absparend kritisieren. — Witz Bruhn erklärt, daß er die Artikel verfaßt habe, weil er das Filialsystem der Firma Tad u. Co. als einen Krebsbuben für das gesamte Schaufabrikgeschäft bekämpfen zu müssen meinte. — Vork.: Nun soll aber später Ihr Bruder Paul zu Herrn Krosjaner gegangen sein und mit ihm wegen Aufgabe eines Inserats gesprochen haben. — Paul Bruhn: Diese Verhandlung wegen eines Inserats hat erst nach Jahresfrist stattgefunden. Ich habe mit der Redaktion gar nichts zu tun und habe gar nicht mehr daran gedacht, daß einmal solche Artikel gegen Krosjaner erschienen waren.

#### Fall Siedmeyer.

Es folgt ein Artikel mit der Ueberschrift „Seltsame Rüge“. Dieser ist von Dietrich verfaßt worden und richtet sich den „Bankier“ Siedmeyer. — Angekl. Weber erklärt, daß der Artikel lediglich den Zweck gehabt habe, die Staatsanwaltschaft auf Siedmeyer aufmerksam zu machen. Mit Inseratenaufgabe habe der Artikel nichts zu tun. — Witz Bruhn betont, daß ihm von allen Schritten, die nachträglich unternommen seien und auf die Verwerfung von Inseraten gedeutet werden sollen, kein Jota bekannt gewesen sei. — Rechtsanw. Vredere und die Angeklagten behaupten, daß Siedmeyer neben Paris der größte wucherische Geldgeber sei und bei allen großen Wucherprozessen der letzten Zeit die Hand im Spiel gehabt habe. — Der zur Verlesung gelangte Artikel ist für Herrn Siedmeyer stark beleidigend. — Vork.: In diesem Artikel wird doch nun Herr Siedmeyer sehr deutlich genannt und stark beleidigt. Hat denn der Herr irgendwelche Schritte gegen die „Wahrheit“ auf Grund jenes Artikels, dem noch mehrere andere gefolgt sind, unternommen? — W. Bruhn: Der wird sich hüten! Hiermit ist die Vernehmung Wilhelm Bruhn's nun abgeschlossen. Teil der Anklage beendet und es folgt die

#### Vernehmung der beiden anderen Angeklagten.

Paul Bruhn erklärt auf Befragen: er sei Kaufmann und habe, nachdem er die Volksschule beendet, in einem Materialwarengeschäft gelernt. Dann habe er seiner Militärpflicht genügt und sei 1899 in die „Staatsb. Zig.“ als kaufmännisch beschäftigter Mann eingetreten. In dieser Stellung sei er bis 1906 geblieben. Dann sei er ausgetreten, nachdem er sein bei der „Staatsb. Zig.“ stehendes Geld gestündigt hatte. Dann sei er in die „Wahrheit“ übergegangen und sei auch dort rein kaufmännisch beschäftigt. Mit der Redaktion habe er absolut nichts zu tun, habe nie einen Artikel geschrieben und die Artikel erst nach ihrem Erscheinen gelesen.

Der Angekl. Weber hat, wie er auf Befragen bekundet, scherzhaft das Abintestenzertifikat gemacht, dann drei Jahre Rusik und Literatur studiert. Die handwerkemäßige Art, wie die Kapellmeister vorwärts kommen, habe ihm nicht zugefallen, das farge Gehalt und die Notwendigkeit, daß sie in allen möglichen Schmierereien auftreten müssen, habe ihn abgestoßen. Früher sei er gelegentlicher Kritiker der „Nordhauser Post“ gewesen, von dort sei er auf Empfehlung engagiert worden vom „Mannheimer Generalanzeiger“ als Kritiker und Feuilletonredakteur. 1901 sei er Redakteur des heftigen Regierungsorgans in Darmstadt gewesen, wegen Erkrankung seines Vaters 1902 nach Nordhausen zurückgegangen und dort Mitredakteur der „Nordb. Post“ bis 1906 gewesen. Dann sei er nach Oshereleben an das damalige Regierungs-Kreisblatt gekommen und als dies finanziell trachte, nach Berlin gegangen, wo er bald als Redakteur zur „Wahrheit“ kam. Von einer Tendenz dieses Blattes, die dahin gegangen wäre, von einem Sensationsblatt langsam zu einem Revolverblatt sich zu entwickeln, sei ihm absolut nichts bekannt. Das Blatt hatte vor seinem Eintritt eine viel härtere Tonart, bei seinem Eintritt habe ihm Bruhn gesagt, daß sich das Blatt von nun an eines stets anständigen Tones befleißigen solle. Dies sei auch geschehen. Vom 16. September 1906 bis Anfang Oktober 1907 hinein sei im ganzen Jahre nicht eine einzige Anklage erfolgt und nur eine einzige Verichtigung. Die Leitartikel seien nicht von ihm, sondern von Ed. Goldbed geschrieben. Ohne sein (Weber's) Wissen habe Witz Bruhn keine Artikel in die Zeitung langieren können. — Auf Befragen des A. V. Dr. Jul. Meyer I erklärten Paul Bruhn und Weber, daß sie politisch nie hervorgetreten seien. Beide schloßen sich im übrigen den Darlegungen Witz Bruhn's an. — Während dieser Vorlegungen wird dem Vorsitzenden ein telegraphischer Protest der „Frankf. Zig.“ gegen eine geizige Bemerkung des Rechtsanwalts Vredere überreicht, aber nicht verlesen.

Hierauf wird die Sitzung auf heute 9 Uhr vertagt.

## Soziales.

Der erste Bürgermeister ist Vorgesetzter der andern Magistratsmitglieder.

Wie in der Städteordnung für die preussischen Provinzen (§ 58), bestimmt die Städteordnung für Schleswig-Holstein in ihrem § 61, daß der Bürgermeister die Aufsicht und Leitung des ganzen Geschäftsganges bei der städtischen Verwaltung habe. Im Hinblick

auf diese Bestimmung verlangte der erste Bürgermeister von Schleswig von dem zweiten Bürgermeister, Beigeordneten Dr. Plewka, der Vorsitzender der Baukommission ist, daß er ihn zu jeder Sitzung der Baukommission einlade. Der zweite Bürgermeister schied die darauf bezüglichen Schreiben des ersten Bürgermeisters zweimal an diesen zurück. Er erachtete sich nicht zu der Einladung des Bürgermeisters verpflichtet und machte daraus eine Prinzipienfrage. Der erste Bürgermeister wandte sich nunmehr an den Regierungspräsidenten um Bestrafung des zweiten Bürgermeisters.

Der Regierungspräsident erteilte darauf dem zweiten Bürgermeister, Beigeordneten Dr. Plewka, als Disziplinar-Ordnungsstrafe einen Verweis.

Einen Tag nach Einlaufen der Verfügung des Regierungspräsidenten fand wieder eine Sitzung der Baukommission statt. Auch zu dieser war der erste Bürgermeister nicht eingeladen worden. Nunmehr nahm der Regierungspräsident auf Anrufen des ersten Bürgermeisters den Beigeordneten in eine weitere Disziplinar-Ordnungsstrafe von 50 M. Der Oberpräsident bestätigte beide Strafen.

Dr. Plewka erhob nun gegen den Oberpräsidenten die Klage und verlangte die Aufhebung der Ordnungsstrafen. Er stellte sich auf den Standpunkt, der erste Bürgermeister sei nur Vorsitzender des Magistrats, nicht aber Vorgesetzter der einzelnen Magistratsmitglieder. Im übrigen sei er im Magistrat nur erster unter Gleichberechtigten. In der Städteordnung werde der kollegiale Charakter des Magistrats stark betont. Die Anordnung des Regierungspräsidenten widerspräche dem Gesetz. Deshalb hätte er dieser ebenso wenig folgen brauchen, wie der des ersten Bürgermeisters, der eine Teilnahme an den Kommissionsitzungen nicht verlangen könne, da die Kommissionen wohl dem Magistrat, nicht aber dem Bürgermeister untergeordnet seien. (§ 59.)

Das Oberverwaltungsgericht wies dieser Tage die Klage des zweiten Bürgermeisters Dr. Plewka ab und führte aus:

Durch die Städteordnung (§ 58 der preussischen St.-O. und § 61 der Schleswig-Holsteinischen St.-O.) ist die Aufsicht und Leitung des gesamten Geschäftsganges bei der städtischen Verwaltung dem Bürgermeister (ersten Bürgermeister) übertragen. Er ist also verantwortlich für alles, was in der Stadt geschieht. Die Folge ist, daß er sich die nötige Kenntnis von den Dingen verschaffen muß. Dem Rechte des Bürgermeisters steht gegenüber die Pflicht der städtischen Organe, seinen Anweisungen Folge zu geben. Insofern ist er als Vorgesetzter sämtlicher städtischen Beamten einschließlich der Magistratsmitglieder anzusehen. Wenn er in der Ausübung seiner Aufsicht, um einen Einblick zu gewinnen, den zweiten Bürgermeister Plewka, den Vorsitzenden der Baukommission, ersucht hatte, ihm von den Sitzungen der Kommission Mitteilung zu machen und ihn einzuladen, so hatte er seine gesetzlichen Befugnisse nicht überschritten. Plewka hätte unbedingt der Anordnung Folge leisten müssen. Die dauernde Nichtbefolgung des Verlangens des ersten Bürgermeisters kann nur als großes Vergehen gelten.

#### Ungültige Vorschrift einer Wertzuwachs-Steuerordnung.

Die Steuerordnung der Stadt Lünen bei Hannover vom 17. April 1907 bestimmt, daß als Wertzuwachs zu gelten hat der Unterschied zwischen dem gegenwärtigen Veräußerungspreis und dem beim letzten Eigentumsübergang gezahlten Erwerbspreis. Hat jedoch der frühere Eigentumsübergang vor dem 1. April 1885 stattgefunden, so tritt an Stelle des früheren Erwerbspreises der gemeine Wert des Grundstücks am 1. April 1885. Dieser gemeine Wert wird in § 9 Absatz 3 der Steuerordnung für die Grundstücke innerhalb eines näher bezeichneten Teils des Stadtgebiets auf 150 R. pro Ar festgesetzt, soweit nicht urkundlich nachgewiesen wird, daß vor dem 1. April 1885 ein höherer Erwerbspreis gezahlt ist. Auf Grund dieser Vorschriften war der Kammerherr Graf von Alten-Linsingen, der Grundstücke innerhalb jener Stadtzone verkauft hatte, zur Wertzuwachssteuer veranlagt worden. Er suchte die Heranziehung im Verwaltungsstreitverfahren an und verlangte in erster Linie Freistellung von der ganzen Steuer.

Der Bezirksausschuß wies die Klage ab. Das Oberverwaltungsgericht hat jetzt auf die vom Rechtsanw. Dr. J. Orskold vertretene Revision das Urteil des Bezirksausschusses aufgehoben und die Sache mit folgender Begründung an den Bezirksausschuß zurückverwiesen:

Von Seiten des Klägers sei zunächst gerügt worden, daß die Steuerordnung generell ungültig sei, weil sie nach ihrem Wortlaut auf die §§ 18 und 19 des Kommunal-Abgabengesetzes sich stütze, die unter den Titel „Indirekte Steuern“ fielen, während die Wertzuwachssteuer eine direkte Steuer sei. Dieser Einwand sei unzureichend. Allerdings könne eine Wertzuwachssteuer als eine direkte konstruiert werden. In der Lünener Steuerordnung sei sie aber als indirekte konstruiert, weshalb sich die Ordnung auf die §§ 18, 19 des Gesetzes habe beziehen können.

Aber aus einem anderen Grunde könne das Urteil nicht bestehen bleiben, nämlich wegen Nichtanwendbarkeit des § 9 Absatz 3 der Steuerordnung, wonach für eine bestimmte Zone des Stadtgebiets pro 1. April 1885 und pro Ar der gemeine Wert auf 150 R. festgelegt wird im Hinblick auf die Bestimmung, daß an Stelle des früheren Erwerbspreises der am 1. April 1885 vorhandene gemeine Wert tritt, wenn der letzte Besitzwechsel vor der jetzigen Veräußerung vor dem 1. April 1885 erfolgte. Diese Festlegung eines bestimmten gemeinen Wertes ist rechtsunzulässig. Die Wertzuwachssteuer richtet sich nach dem Unterschied zwischen dem früheren Erwerbspreis und dem jetzigen Veräußerungspreis. Die Festlegung dieser beiden maßgebenden Faktoren dürfe nicht dem Veranlagungsverfahren und auch nicht der gerichtlichen Nachprüfung entzogen werden. Von Fall zu Fall müsse Verkaufspreis und Erwerbspreis festgestellt werden. § 9 Absatz 3 sei ungültig insofern, als er jene gerichtliche Festlegung vorsehe. — Der Bezirksausschuß müsse nunmehr selbständig feststellen, welchen gemeinen Wert die Parzelle damals gehabt habe, um danach den Wertzuwachs festzustellen und demgemäß die Steuer zu berechnen zum Zweck einer anderweitigen Entscheidung. Deshalb die Zurückverweisung der Sache an die Vorinstanz.

## Aus Industrie und Handel.

Berliner Elektrizitätswerke. In der letzten Aufsichtsratssitzung wurde Bericht über das verfloßene Geschäftsjahr erstattet. Das Ergebnis ermöglicht nach Abzweigungen von 4 890 635,85 M. (im Vorjahr 4 024 077,78 M.) die Verteilung einer Dividende von 4 1/2 Prozent auf 20 Millionen Mark Vorkapital und von 11 Prozent auf 44,1 Millionen Stammaktien (im Vorjahr 11 Prozent auf 81,5 Millionen Mark Stammaktien und 4 Prozent auf 12,6 Millionen Mark Stammaktien — Ausgabe 1908 —) vorzuschlagen. Die Zahl der Abnehmer ist auf 28 689 (im Vorjahr 24 786), die der Anschlüsse in Kilowatt auf 183 222 gestiegen (gegen das Vorjahr 18 858 Kilowatt mehr). Kupfer abgegeben wurden in Berlin und Vororten 5 377 Kilowatt neu angeschloßen; am 15. Oktober lagen weitere Anmeldungen auf 2804 Kilowatt für Licht- und Kraftzwecke vor. In den ersten drei Monaten des laufenden Geschäftsjahres sind ausschließlich des Selbstverbrauches 4 044 903 Kilowattstunden, d. h. ein Mehr von 5 425 388 Kilowattstunden gegen das Vorjahr nutzbar abgegeben worden.

#### Aufreizendes Verhalten.

Dieser Tage wurde in der Stadtvorordnetenversammlung in Wülheim (Rhein) mitgeteilt, der Minister habe die Petition der Stadt betreffend Maßnahmen zur Linderung der Fleischnot erledigt, durch die füngemäße Bemerkung: es existiert keine Fleischnot! Wäre ein solches Mittel den Hunger des Volkes zu stillen. Man erklärt einlach: das Volk frist sich voll und fett, und die soziale Frage ist gelöst! Daß für den Minister die Frage der Fleischnot nur theoretische Bedeutung hat, für die Junker die Fleisch-

not des Volkes eine Quelle des Reichtums bildet, wird nicht befruchtet. Während der Minister das Bestehen einer Fleischnot bestritt und sich dabei vielleicht engberzig an den Wortbegriff hält, schellen die Preise weiter in die Höhe und die Not des Volkes wächst. Zahlen beweisen! Nachfolgend geben wir eine Aufstellung über die Durchschnittspreise an fünfzig preussischen Markorten, nach amtlichen Verichten zusammengestellt in der „Statistischen Korrespondenz“.

Danach kostete ein Kilogramm Pfennige:

	Septbr. 1908	Septbr. 1910	I. Hft. 1910
<b>Rindfleisch</b>			
von der Keule . . . . .	169,6	181,1	185,3
vom Bug . . . . .	158,8	168,1	169,5
vom Bauch . . . . .	136,4	149,9	147,3
im Durchschnitt . . . . .	156,6	168,7	170,2
<b>Rohfleisch</b>			
von der Keule . . . . .	180,8	194,8	196,9
vom Bug . . . . .	165,5	176,5	177,3
im Durchschnitt . . . . .	174,7	187,5	189,1
<b>Lammfleisch</b>			
von der Keule . . . . .	174,9	181,3	182,5
vom Bug . . . . .	162,6	164,6	165,0
im Durchschnitt . . . . .	170,0	174,6	175,5
<b>Schweinefleisch</b>			
von der Keule . . . . .	183,0	181,0	181,9
vom Bug . . . . .	171,9	168,4	169,3
Kopf und Beine . . . . .	89,9	87,8	91,7
Rindfleisch . . . . .	165,6	160,6	162,8
im Durchschnitt . . . . .	166,8	163,2	164,7
<b>Rohfleisch</b>			
. . . . .	75,1	78,0	77,2

Die Fleischwucherer reden von mäßigen Preisen und von unberechtigten Klagen über Fleischnot. Das muß aufreizend wirken. Schlimmer kann ja gar nicht gehegt werden, als angesichts solcher Preisentwicklung kalten Blutes zu erklären: Eine Fleischnot existiert nicht!

Zur Fleischnotfrage ist ein interessanter Beitrag aus Voholt zu berichten. Hier bestanden bei 28 000 Einwohnern schon seit längerer Zeit drei Pferdeschlächtereien. Diefen haben sich in der vergangenen Woche zwei neue Pferdeschlächtereien und Wurstfabriken zugesellt, so daß jetzt in Voholt auf je zirka 5000 Einwohner eine Pferdeschlächtereie kommt. Unsere Zoll- und Grenzsperrpolitik, die auf die Ausweitung der Massen zugestimmt ist, hat zur Folge, daß die Mehrzahl der Voholter Arbeiter zur Pferdebraten greift, sofern sie sich überhaupt noch den Fleischgenuss gestatten kann. Die unangenehm es empfunden wird, daß trotz aller Bemühungen die nahe Grenze für die Fleischzufuhr nicht geöffnet wird, bedarf keiner besonderen Betonung. In diesigen Arbeiterkreisen hegt man daher auch einen immer stärker in die Erscheinung tretenden Groll gegen das Zentrum, dem man bisher blindlings folgte. Es sind schon etliche neue Agitationssekretäre angestellt worden, die den wachsenden Zentrumsturm fügen sollen.

14 Proz. Dividende. Der Aufsichtsrat der Schulteich-Brauerei beschloß, die Verteilung einer Dividende von 14 Proz. vorzuschlagen.

**Kapitalverteilung in den deutschen Aktiengesellschaften.**

Die vom Kaiserlich Statistischen Amt als Ergänzungsbuch zu den Vierteljahrsberichten des Deutschen Reiches veröffentlichte Arbeit über die Geschäftsergebnisse der deutschen Aktiengesellschaften im Jahre 1908/09 enthält auch interessante Aufschlüsse über die Zahl der in den einzelnen Berufsgruppen bestehenden Aktiengesellschaften. Insgesamt waren am 30. September 1909 in Deutschland 5223 Aktiengesellschaften tätig, darunter 98 Kommanditgesellschaften auf Aktien, in denen insgesamt ein Kapital von 14 737,83 Millionen Mark angelegt war. Das ist also im Durchschnitt 2 822 162 M. pro Gesellschaft. Von dem Kapital waren 14 110,7 Millionen Mark Stammapital und 626,6 Millionen Vorzugsaktien. Bei der Gründung der Gesellschaften war der Betrag der ausgegebenen Aktien nur 8978,233 Millionen oder 1 718 924 M. pro Gesellschaft. Es hat also nahezu eine Verdoppelung des Aktienkapitals stattgefunden.

Die wichtigsten Industriezweige sind an der Gesamtsumme wie folgt beteiligt:

Zahl der Aktiengesellschaften	Aktienkapital überhaupt in M.	im Durchschnitt auf eine Gesellschaft in M.
<b>Bergbau</b> . . . . .	243 1 276 045 000	4 834 560
darunter Steinkohlenbergbau . . . . .	48 421 972 000	8 813 802
<b>Bergbau, Hüttenbetrieb, Metallindustrie verbund.</b>	40 995 487 000	24 896 425
<b>Industrie d. Steine u. Erden</b>	380 459 028 000	1 254 175
<b>Metallverarbeitung</b> . . . . .	160 268 096 000	1 663 100
<b>Maschinenindustrie und Instrumentenbau</b> . . . . .	547 1 656 448 000	3 028 241
dar. Elektrizitätsverz. . . . .	90 629 488 000	6 993 756
<b>Forstwirtschaft, Nebenprodukte, Leuchtstoffe</b> . . . . .	159 168 829 000	1 027 286
<b>Textilindustrie</b> . . . . .	357 621 619 000	1 741 280
<b>Papierindustrie</b> . . . . .	101 182 848 000	1 808 752
<b>Lederindustrie</b> . . . . .	63 120 220 000	1 908 254
<b>Nahrungs- u. Genussmittel</b>	986 1 102 948 000	1 178 868
darunter Brauereien . . . . .	562 649 084 000	1 154 954
Zuckerfabriken . . . . .	174 170 628 000	980 592
<b>Handelsgewerbe</b> . . . . .	798 4 549 884 000	5 737 496
darunter Grundstücks-handel . . . . .	1280 537 273 000	2 895 970
<b>Versicherungsgewerbe</b> . . . . .	183 604 070 000	4 541 880
<b>Verkehrsgewerbe</b> . . . . .	477 1 529 246 000	3 203 870

Das meiste Aktienkapital, über 1 1/2 Milliarden, ist in der Maschinen- und Instrumentenbau-Industrie angelegt.

obwohl hier das auf ein Unternehmen kommende Durchschnittskapital von 8 Millionen nicht viel über dem allgemeinen Durchschnitt steht. Die bedeutendsten Unternehmen dieser Gruppe sind die großen Elektrizitätswerke, die ein Durchschnittskapital von fast 7 Millionen Mark aufweisen. An zweiter Stelle steht dann das Verkehrsgewerbe mit 1 1/2 Milliarden Aktienkapital. Es kommen hier vor allem die großen Eisenbahn-, Straßenbahn- und Flussfahrts-Gesellschaften in Betracht. Es folgt sodann der Bergbau mit 1 1/2 Milliarden Gesamt- und fast 5 Millionen Durchschnittskapital (im Steinkohlenbergbau sogar beinahe 10 Mill.). Die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel mit 1,1 Milliarden Gesamt- (ohne die in Liquidation und Konkurs befindlichen) und 1 178 868 Millionen Durchschnittskapital, die gemischten Betriebe des Bergbaus, Hüttenbetriebs- und der Metallindustrie, in deren Tiefenunternehmungen ein Durchschnittskapital von fast 25 Millionen Mark angelegt ist. Das kleinste Durchschnittskapital findet sich übrigens im Reinigungsgewerbe, es beträgt dort nur 188 200 M.

**Deutschlands Kohlenproduktion.** Im September wurden im Deutschen Reich an Steinkohlen erzeugt 18 020 537 Tonnen (i. V. 12 739 966), an Roß 1 977 988 Tonnen (i. V. 1 783 947), an Braunkohlen 5 982 429 Tonnen (i. V. 5 816 755), an Steinkohlenbrüthen 385 106 Tonnen (i. V. 344 966) und an Braunkohlenbrüthen 1 357 859 Tonnen (i. V. 1 335 737). In den ersten neun Monaten dieses Jahres stellte sich die Produktion von Steinkohlen auf 112 740 266 Tonnen (i. V. 110 839 981), von Roß auf 17 851 543 Tonnen (i. V. 15 775 206) und von Braunkohlen auf 49 930 607 Tonnen (i. V. 49 999 987).

**Aus der Frauenbewegung.**

**Arbeit der „Vaterlandslosen“.**

Dänemark besitzt nur 2 1/2 Millionen Einwohner und hat nur eine einzige sehr große Stadt; das ist Kopenhagen, worin 500 000 Menschen wohnen. In dieser Stadt hat unsere Partei noch und nach fast die Mehrheit im Stadtparlament und damit großen Einfluss bekommen. Die Stadt besitzt jetzt zwei sozialdemokratische Bürgermeister, von denen der eine Røder, der andere früher Handschuhmacher war. Es sitzen auch vier Genossinnen im Kopenhagener Stadtrat und arbeiten tapfer mit an der politischen und sozialen Befreiung des Volks. Zu Anfang hat man auch in Dänemark mit den verbrecherischsten Mitteln die Sozialdemokratie vernichten wollen. Man hat die Führer ins Gefängnis gesetzt, die Zeitungen verboten, die Organisationen aufgelöst; genau wie bei uns. Und genau wie bei uns hat jede neue Schandtat kräftiger für die Partei agitiert, als viele Reden das tun konnten. Die Partei hat nun schon viele alte verrottete Verhältnisse in Kopenhagen radikal umgestaltet. Die Stadt beschäftigt eine Anzahl städtischer Arbeiter, die fast alle den Achtstundentag besitzen. Keinem von ihnen ist von der Stadt verboten, seiner Organisation anzugehören. Keiner braucht um Amt und Brot wissen eine „patriotische“ Gesinnung zu heucheln. Die Polizeibeamten, die früher mit dem Säbel schlugen, wie die Schulleute in Deutschland, sind gegen das Volk so zahn und höflich geworden, daß man seine Freude daran haben kann. Die Stadt hat große Plätze angekauft und arbeitet durch Vorschriften und eigenen Häuserbau daran, daß die Wohnungsverhältnisse gesünder, das Aussehen der Stadt schöner wird. Prachtige Heime sind errichtet, in denen viele der von der Armendirektion oder Altersversorgung Unterstützten untergebracht sind, und ein neues Hospiz ist erbaut, welches durch seine Vollkommenheit bei allen Heilkräften der ganzen Welt bekannt geworden ist. Vor allem aber ist das Schulwesen verbessert worden. Neben dem Dänischen wird auch Unterricht in der deutschen Sprache erteilt, so daß die junge Generation sich ganz gut mit Deutschen verständigen kann. Die sämtlichen Bücher, überhaupt alles, was zum Schulunterricht gehört, wird den Kindern in den Kopenhagener Volksschulen auf Kosten der Allgemeinheit geliefert. Schulküchen sind eingerichtet, worin die Mädchen, je nach ihrem Alter, an ein bis drei Tagen in der Woche Unterricht im Kochen erhalten. Die von den Kindern gekochten Speisen werden auch wieder von ihnen verzehrt, so daß sie an solchen Tagen auch gratis ein warmes Mittagessen bekommen.

Andere legendäre Institute, die die Partei sich vollständig selbst geschaffen hat, sind die Bäckerei, die Fleischverorgung, die Milcherei. Die Bäckerei liefert ein achtstündiges Brot für 67 Pf., sie verkauft das Brot immer um 2 Pf. billiger als die übrigen Bäckereien und hat bewirkt, daß seit ihrem Bestehen das Brot in der ganzen Stadt billiger geworden ist, wie das auch bei uns durch das Brot und die Waren der Konsumvereine geschieht. Sie hat daneben noch für die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse in der Bäckereibranche bahnbrechend gewirkt, indem sie vorgegangen ist mit der Einführung des Achtstundentages, mit einem anständigen Lohn und der Bewilligung von Ferien für die Arbeiter.

In Dänemark ist das Fleisch bedeutend billiger als bei uns. Bester Schweinefleisch kostet 90 bis 95 Pf. des Pfund, bestes Rindfleisch 45 bis 60 Pf., Kalbfleisch 55 bis 65 Pf. ohne Beigabe von Knochen. Ein Pfund Jüder kostet 24 Pf., bei uns ruhen 7 Pf. Steuer darauf; ein Pfund Salz 5 1/2 Pf., bei uns ruhen 8 Pf. Steuer darauf. Bei uns ist der Preis aller Lebensmittel, der schon durch die kapitalistische Entwicklung an sich in die Höhe geht, durch Steuern und Zölle noch künstlich verteuert.

In der Arbeitermilcherei wird das Liter Vollmilch, frisch oder sterilisiert, für 10 Pf. verkauft, Magermilch das Liter zu 7 Pf. In den Räumen der Molkerei herrscht die peinlichste Sauberkeit. Die Arbeitszeit beträgt 7 Stunden. Die erwachsenen männlichen Arbeiter erhalten 80 M., weibliche 10 M. Wochenlohn.

Genossinnen! In Deutschland stehen noch Millionen der wertvollen Frauen und noch abertausende Männer lassen sich abhalten, mit ganzer Seele für die Partei des Volkes zu wirken, weil sie dem Einfluss ihrer Frau nachgeben, die unaufgeklärt und rückständig ist. Arbeiten wir mit allen Kräften daran, alle Frauen sehend zu machen, geistig frei und klassenbewußt!

**Versammlungen — Veranstaltungen.**

**Marlensfelde.** Sonntag, den 30. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Lokal von Adolf Berger, Berliner Straße 114: Öffentliche Volksversammlung. Genossin Anna Marische spricht über: „Wilhelm II., die Königin Luise und die deutschen Frauen und Mädchen“. Hierzu findet am Freitag, den 28. Oktober, abends 7 Uhr von demselben Lokal aus eine Flugblattverteilung statt. Die Genossen werden um rege Beteiligung erudat.

**Sarghagen-Kummelsburg.** Die Parteigenossinnen und Genossen sowie die Frauen und Mädchen unseres Ortes werden auf die heute, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im „Café Bellevue“ (Zuh. G. Tempel), Hauptstr. 2, stattfindende öffentliche Frauenversammlung hingewiesen. Das Thema der Versammlung lautet: „Junckerpolitik, Kaiserrede und die Meinung der Frauen“. Referentia: Genossin Frau Feiba Wulff.

**Versammlungen.**

Die Sektion der Gips- und Zementbrände vom Zentralverband der Maurer hielt am Mittwoch im Gewerkschaftshaus ihre vierteljährliche Generalversammlung ab. Der Vorsitzende Haefe gab den Geschäfts- und Kassenbericht über das 3. Quartal. Der Geschäftsgang im Gewerbe, der im ersten Quartal ein äußerst ungünstiger und im zweiten Quartal sein besonders guter gewesen ist, denn die Sektion zählte bei ihren 1600 Mitgliedern noch immer 300 Arbeitslose, schlug inmitten des dritten Quartals plötzlich um und entwickelte sich zur Hochkonjunktur, die die der letzten Jahre weit übertrifft und mit der wirtschaftlichen Hochkonjunktur in den Jahren 1905 und 1906 verglichen werden kann. Dieses plötzliche Aufschwüngen der Konjunktur kam auch in der Nachfrage und dem Angebot der Arbeitskräfte zum Ausdruck, wobei erstere letzteres übersteigt. Ein zuverlässiger Nachlab für das Anschmelzen und Abflauen der Konjunktur ist der Arbeitsnachweis. Dort haben sich im Juli 288 Mitglieder als arbeitslos einschreiben lassen, 67 wurden vom Juni übernommen. Von den 311 gemeldeten offenen Stellen wurden 292 besetzt, so daß 49 unbesetzt blieben. Im August ließen sich 365 Arbeitslose eintragen, 6 wurden vom Juli übernommen. Stellen wurden 410 gemeldet, wovon 292 besetzt wurden und demnach 108 nicht besetzt werden konnten. Im September ließen sich 468 Arbeitslose einschreiben. Stellen wurden 243 gemeldet und 28 vom August übernommen, die alle (271) besetzt wurden. Im Monat Mai war der höchste Arbeitslosenstand zu verzeichnen; es meldeten sich in einer Woche zirka 300. Dieser Stand ging im August bedeutend zurück; die Woche vom 7. bis 13. August hatte den niedrigsten Bestand mit 40 Arbeitslosen. Von da ab stieg er wieder bis auf 141 am Ende des Monats September. Das plötzliche Aufschwüngen der Konjunktur im Gewerbe hat einen gewaltigen Zustrom von Arbeitskräften zur Folge gehabt; daher ist die Anzahl der Arbeitslosen jetzt eine so beträchtliche. Die Anzahl der Beschäftigten ist jetzt die normale. Durch die gute Konjunktur und den zeitweilig fühlbaren Mangel an Arbeitskräften wurden die Unternehmer veranlaßt, mehrfach mehr Lohn zu zahlen, als der Tarif vorsieht. Das veranlaßte die Unternehmerorganisation, eine Versammlung einzuberufen, die ihrerseits den Vorstand beauftragte, an die mehrzahlenden Firmen das Ersuchen zu richten, sich mehr an die tariflichen Löhne zu halten. Diese Aufforderung mußte aber in Anbetracht der Verhältnisse wirkungslos sein. Ueber die Firma Otto Stüne mußte zum zweitenmal in diesem Jahre die Sperre verhängt werden, weil sich dieselbe an den Tarif nicht lehrte und geringere Löhne zahlte, als im Tarif vorgegeben. Bei der Firma August Krauß waren ebenfalls mißliche Zustände eingetreten. Ein Teil der dort Beschäftigten hatte dem Zentralverbande den Rücken gekehrt und sich der freien Vereinigung angeschlossen. Diese weigerten sich, für die Abschaffung der unhalbbaren Zustände einzutreten. Da legten die dort Beschäftigten Mitglieder des Zentralverbandes allein die Arbeit nieder. Der Unternehmer, der dadurch in große Unannehmlichkeiten geriet, sagte daraufhin Abstellung der Mißstände zu und veranlaßte die noch tätigen Arbeiter, sich mit ihren streikenden Kollegen wieder zu verständigen. Das geschah denn auch; die Betreffenden sind wieder Mitglieder des Zentralverbandes geworden, und haben versprochen, treu zur Organisation zu halten. Haefe erudat die Anwesenden, jedem Versuch der Organisationszersplitterung entgegenzuwirken.

Im Betonbaugewerbe war ein Streik über die Bezahlung der Ueberstunden entstanden. Die Unternehmer wollten nicht die Zuschläge für Ueberstunden erst von der zehnten Arbeitsstunde ab bezahlen. Die Angelegenheit wurde durch einen Schiedsspruch des Einigungsamts geregelt.

Nach dem Kassenbericht war die Finanzabteilung erfreulicherweise eine gute. Eine solche Einnahme wie diesmal hatte die Sektion seit dem zweiten Quartal 1907 nicht mehr gehabt. Die Einnahme einschließlich des Bestandes der Kassa vom zweiten Quartal mit 6802,22 M. betrug 31 393,79 M. Die Ausgaben beliefen sich auf 23 548,33 M., so daß ein Bestand von 7845,46 M. in der Kassa verbleibt. — Ein interessantes Bild gibt auch die Mitgliederbewegung. Renaufnahmen wurden 443 vollzogen, von anderen Verwaltungsstellen angemeldet haben sich 24 Mitglieder. Wegen Vertragsbreiten wurden 423 Mitglieder getrennt. Der Mitgliederbestand hat sich somit gegenüber dem 2. Quartal nur um etwa 30 erhöht. Die Sektion zählt jetzt 1502 Mitglieder, und zwar 144 Ruher, 262 Spanner, 205 Träger, 132 Zementierer, 344 Einzelner und 395 Hilfsarbeiter.

Nach kurzer Diskussion über den Bericht wurde die Auffstellung von Kandidaten der Delegierten zur Konferenz am 20. November, die sich mit der Verschmelzung des Bundes Berlin des Maurerverbandes mit dem des Bauhilfsarbeiterverbandes beschäftigen soll, und zum Zweigvereinsvorstand vorgenommen. Die Wahlen sollen am 18. November erfolgen. Nachdem Haefe noch auf die Bedeutung der am 13. November erfolgenden Wahlen der Gewerbegerichtsbeisitzer hingewiesen hat, teilte er mit, daß die Firma Karl Brandt, die den Bau des Elektrizitätswerkes in Rixdorf auszuführen hat, eine Anzahl von Kollegen gemahregelt hat, weil sie die richtige Arbeitszeit einhielten. Der Bau ist gesperrt.

## Trinken Sie schon Kathreiners Malzkaffee?

Warum nicht? — — —

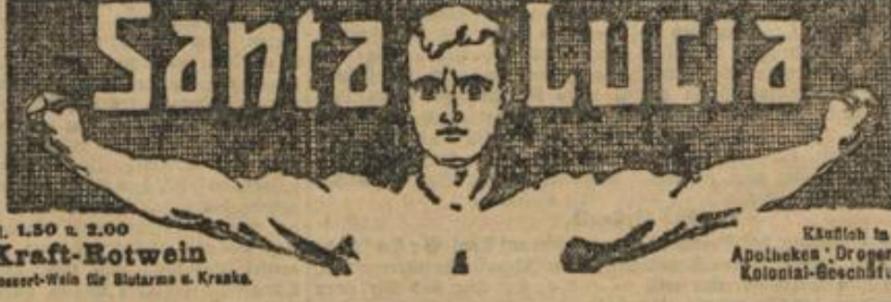
**Sind Sie so gesund**, daß Sie lieber schädliche Getränke genießen?

**Sind Sie so reich**, daß Sie von einem billigen Getränk nichts wissen wollen?

**Sind Sie so anspruchslos**, daß es Ihnen gleichgültig ist, ob Sie irgend ein minderwertiges Surrogat oder den echten Kathreiners Malzkaffee trinken?

**Bedenken Sie:**  
Kathreiners Malzkaffee wird von Millionen in allen Kulturländern getrunken!

Der Gehalt macht's!



Fl. 1.50 u. 2.00  
**Kraft-Rotwein**  
Dessert-Wein für Stürmer u. Kranke.

Kluttich in Apotheken, Drogerien, Kolonial-Geschäften.

Nur durch ganz hervorragend feine Qualität hat der

## Kapitän-Kautabak

seinen guten Ruf erhalten.

Der echte Kapitän-Kautabak (gesetlich geschützt) wird nur noch in Etiketten verpackt zum 10 Pfennig-Verkauf geliefert (in Rollen und Bündel). 1164L\*

Unverpackte Ware ist, weil unecht, zurückzuweisen.

Zu haben in Zigarrengeschäften usw., wo auch kleine Priemendosen gratis erhältlich sind.

Vertrieb: Carl Röcker, Berlin, Gräner Weg 112.  
Amt 7, 3801.

**Vorwärtsleser! Aufgepaßt!**

Pringen-Haendliche, Pringen-Strasse 34, 1 Treppe (Steinbad), Monatsgarderobe und verlässliche Pländer, für jede Figur passend, bestehend in Winter- und Sommer-Pländer, von 8-25, Knägen von 10-25, Dolan von 2.50 an, Betten, Stühle, Gardinen, Vorhänge, Teppiche, Goldschmuck, Uhren, Ketten, Ringe, Fein-Etuis, im Verlag verfallen, Raunend billig. Annoncen-Vorgänger erhält Bahn-geld. Pringen-Haendliche, Pringen-Strasse 34, 1 Treppe (zwischen Ritterstraße und Porzellanplatz).

Verantwortl. Redakteur: Carl Bernuth, Berlin-Rixdorf. Für den Inzeratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Die Wetterkatastrophe in Süditalien.

Der sonnige Süden, das Land der Sehnsucht so vieler Nordländer, ist wieder einmal von einer schweren Katastrophe heimgesucht worden. Die bereits gemeldet, ist ein wolkenbruchartiger Regen, verbunden mit einem fürchterlichen Orkan, über weite Gebiete des südlichen Italien niedergelassen und hat in den betroffenen Gegenden Tod und Vernichtung verbreitet. Besonders schwer von dem Unwetter heimgesucht sind die malerischen Ortschaften des Golfes von Neapel, die der Bucht von Neapel vorgelagerte Insel Ischia und verschiedene Ortschaften des Golfes von Salerno. Nach den bisher vorliegenden Nachrichten sind in diesen Landesteilen Hunderte von Menschen unter den von den Bergen niedergelassenen Schlammmassen begraben oder durch die von der Gewalt des Orkans zusammenbrechenden Häuser erschlagen worden. Aus verschiedenen Teilen des von dem Unwetter betroffenen Gebietes liegen eingehende Nachrichten noch nicht vor. Der Orkan hat die telegraphischen Verbindungen zerstört, die Schlammmassen haben Wege und Stege überflutet, Eisenbahnlinien zerstört und ganze Dörfer von der Außenwelt abgeschnitten. Am entsetzlichsten scheint die Verheerung in dem Fischerort Cetara gewütet zu haben. In Neapel eingetroffene Flüchtlinge berichten, daß der Ort fast ganz von den Schlammmassen überflutet wurde, daß die nur leicht gebauten Häuser zum Teil in den Schlamm versunken sind und daß etwa 200 bis 250 Menschen dort der Katastrophe zum Opfer gefallen sind.

Die Katastrophe, die mit großer Schnelligkeit hereinbrach, traf die unglücklichen Bewohner ganz unvorbereitet. Bei den Rettungsversuchen haben sich entsetzliche Szenen abgespielt. Ein Bauer wurde samt seinem Wagen und Maultier bei Cetara von den Giebeln ins Meer fortgeschwemmt. Einer fliehenden Mutter wurde ihr Kind aus den Armen gerissen. Das Kind wurde davongeschwemmt und ertrank. Eine Frau wurde vor Schreck wahnsinnig und stürzte sich in die Flut. Schlammerge und Trümmer versperren Cetara, so daß die Rettungsdaktion mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Die Stadt Salerno ist durch die Zerstörung der Beleuchtungsanlagen in völlige Dunkelheit gehüllt. Das Wasser hat eine Höhe von mehreren Metern erreicht und ist in die Magazine und Wohngebäude eingedrungen. Verschiedene Personen wurden durch Blitzschläge getötet. Die Zahl der Toten und Verletzten ist deshalb so groß, weil zum größten Teil die Bevölkerung von dem Unwetter im tiefen Schlafe überrascht wurde.

Aber auch die anderen Ortschaften haben unter dem auf sie hereinbrechenden Unglück entsetzlich gelitten. So ist die Ortschaft Majori fast vollständig eingestürzt, 20 Menschen liegen unter den Trümmern begraben. Minori, vor kurzem noch ein blühender Ort, ist jetzt zum Teil ein Schutthausen; bisher wurden vier Tote unter den Trümmern gefunden.

Dagegen lassen die vorliegenden Nachrichten von der Insel Ischia erkennen, daß das Unglück nicht ganz so groß ist, wie es die ersten Schreckensnachrichten vermuten ließen. In Casamicciola sind etwa 15 Häuser eingestürzt. Hundert andere sind beschädigt, unter ihnen das Elektrizitätswerk, so daß die Stadt des Nachts in Dunkelheit daliegt. Hier sind etwa 10 Menschen umgekommen. Ebenso haben die anderen Ortschaften der Insel zum Teil ganz erheblich unter dem Unwetter gelitten. Der durch die Katastrophe angerichtete Sachschaden ist vorläufig noch gar nicht abzuschätzen. Wo sich früher blühende Fluren und grüne Felder erstreckten, sind die Gegenden ein Chaos von Schutt und Geröll, das sich durch die Schlammfluten über sie hinwegwälzte.

Die Regierung hat eine umfassende Rettungsaktion eingeleitet. Mehrere Kriegsschiffe und andere Dampfer sind mit Lebensmitteln, Zelten, Soldaten und Ärzten und Hilfspersonen vom Roten Kreuz nach den betroffenen Gebieten abgegangen.

Die Rabboder Katastrophe vor Gericht.

Bochum, den 25. Oktober 1910.

In der gestrigen Abend Sitzung richtete Bergwerksdirektor Andree folgende Frage an den Zeugen Lewandowski: Sie wußten, daß nur der Arbeiterauschuss berechtigt war, Beschwerden vorzutragen? — Zeuge Lewandowski: Der Arbeiterauschuss blieb aber unteren Versammlungen, in denen die Beschwerden besprochen wurden, fern. Damals wurde in die Welt hinausposaunt, daß für die Aufbaumungsarbeiten 6 W. pro Schicht bezahlt wurden. Der Lohn wurde aber bald darauf reduziert. Auch wurde bekanntgegeben, daß diejenigen Arbeiter, die das Unglück mitgemacht hätten, nicht gekündigt werden sollen. Auf der einen Tafel stand diese Bekanntmachung, auf der anderen stand die Kündigung. — Direktor Andree: Das war ein Irrtum. — Zeuge Lewandowski: Irrtümer sind auf Rabbod sehr viele passiert.

Als Sachverständiger über die Kohlenstaubentwicklung wird der Einfahrer David benommen. Von größerer Staubentwicklung auf Rabbod könne keine Rede sein. Es sei ausgeschlossen, daß so viel Staub da gewesen sei, wie manche Zeugen behaupten. — Vert. R.-A. Heine: Jelaten die Getäteten die Spuren einer Staubentwicklung? — Sachverständiger Hollender: Die Leichen waren völlig schwarz. — Vert. R.-A. Heine: Das deutet also auf eine Pulverexplosion. — Sachverständiger Hollender: Es war von einem Samenzer Sachverständigen damals festgestellt worden, daß es eine Schlagwetterexplosion war. — Sachverständiger Kalkheuer: Ich habe nichts von einem solchen Gutachten gehört, auch nichts davon, daß man an den Leichen festgestellt hätte, ob sie durch eine Schlagwetter- oder durch eine Staubeexplosion getötet worden sind.

Zeuge Bergmann Salm hat keine Schlagwetter beobachtet. — R.-A. Heine: Haben Sie nicht selbst einmal von einem Arbeitskollegen verlangt, er solle einen Artikel in die „Bergarbeiter-Zeitung“ bringen, weil Sie so viel mit Schlagwetter zu kämpfen hatten? — Zeuge: Nein, davon ist mir nichts bekannt. — Zeuge Kalk: Sie kamen doch zu mir und sagten: Willst Du nicht einen Artikel in die Zeitung setzen, dort, wo ich mit Groß arbeite, sind so viele Schlagwetter. Ich sagte: Das ist nichts mit einem Artikel, gehe zum Betriebsführer, der soll eine Beschwärde machen. — Zeuge Salm bleibt dabei, daß dieses Gespräch nicht geführt wurde. — Zeuge Kalk: Es ist geführt worden. Es handelt sich um die Sicherheit der Arbeiter, noch dazu vor dem Unglück, und das verfolge ich nicht, wie alt ich werde. — Zeuge Knappschäftsältester Friedrich Dehler ist vom Vorstand des Allgemeinen Knappschäftsvereins dazu bestimmt gewesen, als

Arbeitervertreter bei den Aufbaumungsarbeiten zugegen zu sein. — Der Zeuge befand: Am 6. März 1909 habe ich vom Vorstand des Allgemeinen Knappschäftsvereins die Mitteilung erhalten, daß der Bergwerksbeamte von Hamm es als wünschenswert bezeichnet hätte, bei den Aufbaumungsarbeiten auch Vertreter der Arbeiter hinzuzuziehen. Der Vorstand habe deshalb den Knappschäftsältesten Schäfer vom Gewerksverein christlicher Bergarbeiter und mich vom alten Verband vorgeschlagen. Am 10. März erhielt ich einen Eingehörtbrief mit der Mitteilung, daß am gleichen Tage Leiden auf Rabbod geborgen werden sollten. Ich hatte die Auffassung, daß ich der Bergung beimohnen sollte, und fuhr daher nach Rabbod. Dort traf ich in der Verwaltung mehrere Herren. Einer von ihnen, Generaldirektor Janssen, fragte mich, was ich wollte. Ich habe die Briefe des Knappschäftsvereins vorgelegt. Herr Janssen erklärte mir, das sei alles sehr schön, die Sache habe die gleiche Mitteilung erhalten, aber es fehle doch eine spezielle Vollmacht. Zu den Besprechungen könne man mich nicht zulassen. Auf meine Frage, ob ich denn in die Grube einfahren könne, gewährte man mir das. Ich bin nach 2 1/2 Stunden wieder ausgefahren. Die Herren von der Betriebsleitung waren fort. Ich ging deshalb nach Hause. Am nächsten Tage fragte mir vor Beginn der Vorstandssitzung Direktor Andree vom Allgemeinen Knappschäftsverein: „Sie sind ja schon auf Rabbod gewesen. So war das nicht gemeint. Sie brauchen nicht eher wieder nach Rabbod zu fahren, bis Sie dazu vom Bergwerksbeamten aufgefordert werden.“ Seither habe ich nichts gehört. Am 10. September habe ich dann beim Allgemeinen Knappschäftsverein angefragt, worauf mir mitgeteilt wurde, ich würde schriftlichen Bescheid über weiteres Einfahren erhalten. Auf eine Anfrage an den zuständigen Bergbeamten bekam ich die Antwort, er würde mein Anliegen dem Vorstand des Allgemeinen Knappschäftsvereins mitteilen. Eine gleiche Antwort erhielt ich auf eine Beschwärde an das Oberbergamt. Bis heute habe ich nichts weiter von der Sache gehört.

Vert. R.-A. Heine: Was ist denn vom Allgemeinen Knappschäftsverein in der Sache geschehen? — Zeuge Dehler: Ich bin selbst Mitglied des Vorstands, aber der Vorstand hat nichts in der Sache getan.

Vert. R.-A. Heine: Das ist doch jetzt schon wieder ein Jahr her. Bergwerksdirektor Andree: Herr Dehler ist aber nachher nicht wieder gekommen. Wir würden ihm anstandslos das Befahren der Grube gestattet haben.

Zeuge Dehler: Ich habe den Eindruck gehabt, daß meine Anwesenheit unliebsam empfunden wurde. Außerdem sollte ich ja auch nur auf Aufforderung des Bergwerksbeamten die Grube besahren.

Staatsanwalt: Sind durch die Entsendung des Zeugen dem Allgemeinen Knappschäftsverein Kosten entstanden? — Zeuge Dehler: Ich habe den üblichen Spesenjah mit 9 M. und etwa 2 M. Fahrgehalt erhalten.

Staatsanwalt: Ich nehme an — ich weiß es natürlich nicht —, daß der Wobankengang des Direktors Andree gewesen ist: Herr Dehler wird nun möglicherweise jeden Tag nach Rabbod fahren und dadurch entstehen große Kosten.

Vert. R.-A. Heine: Wenn es schon erlaubt ist, Vermutungen vorzutragen, möchte ich mich dahin äußern, daß der Vorstand des Allgemeinen Knappschäftsvereins vor der Verwaltung der Grube Rabbod ins Maul geschlagen ist.

Direktor Andree: Der Allgemeine Knappschäftsverein ist einer der größten Vereine. Die Auffassung des Verteidigers steht doch mit seiner neulich geäußerten Ansicht in Widerspruch, daß die Bergbehörde nur zu winken brauche, um ihre Wünsche erfüllt zu sehen.

Zeuge Schlosser Fastnacht: Er habe kurz vor dem Unglück an der Wasserleitung, die eingefroren war, gearbeitet. Während dieser Zeit lief das Wasser nicht. — Inspektor Hollender: Ich kann darüber Auskunft geben. Der Mann hat offenbar einen Vorfall im Auge, der sich im Januar 1908 zugetragen hat. — In einer längeren Auseinandersetzung wird dann festgestellt, daß sich keine Beobachtungen doch nur auf den Fall ganz kurz vor dem Unglück beziehen können. — Der Zeuge Fastnacht befandet dann noch, daß er in einer Nacht die Waage bei den geborgenen Leichen auf Rabbod gehalten hat. Er will bestimmt gesehen haben, daß eine Leiche Lebenszeichen gab, nämlich den Arm hob. Der Wartenkontrolleur machte Wiederbelebungversuche, die aber erfolglos waren. — Staatsanwalt: War es finster? — Zeuge: Nein, hell beleuchtet. — Staatsanwalt: Haben Sie nicht vielleicht Gespenster gesehen? — Zeuge: Oh nein. — Staatsanwalt: Sollten Sie bei der Rohrleitung etwa auch Gespenster gesehen haben? (Bewegung.)

Zeuge Merker, jeht Händler, befandet, er und seine Kameraden hätten einmal einen Hohlraum eheisch verpakt. Am anderen Tage gingen wir am Brett, jeder mit 3 M. Strafe wegen nicht genügender Leistung. — Der Zeuge Bergmann Witting befandet, an einer gestandenen Stelle sei nur ein leichter Verschlag angebracht worden, hinter dem noch allerlei Betriebsmaterial aufbewahrt wurde. Tatsächlich sei ein Schlepper, um Schienen zu holen, dort hineingetrochen. Infolge der Wetter sei die Lampe sofort erloschen. — Der Fahrbauer Heinemann befandet demgegenüber, daß an der fraglichen Stelle eine feste Mauer ausgezogen gewesen sei. — Mehrere weitere Zeugen bestätigen die Angaben des Bergmann Witting.

Zu der heutigen Sitzung waren vom Nebenkläger mehrere Zeugen geladen, die über die gestrigen erörterten Punkte vernommen werden sollen. — Vert. Rechtsanwält Heine: Dann beantrage ich, heute überhaupt nicht zu verhandeln. Ich habe die gestrigen vernommenen Zeugen unter Zustimmung der Gegenseite entlassen und muß diese Zeugen natürlich wieder vorladen, wenn in eine neuerliche Erörterung über diese Frage eingetreten werden soll. Vert.: Wir können dann vielleicht wenigstens den Zeugen Thomas noch über die gestrigen angeschnittene Frage hören. (Zum Zeugen Thomas): Sind auf Rabbod Leute beschäftigt worden, die infolge ihrer ungenügenden Vorbildung nicht hätten beschäftigt werden dürfen? Zeuge Thomas: Mir ist ein Fall bekannt, in dem ein Mann, der auf der Grube „Magimilian“ 2 1/2 Monate in der Grube gearbeitet hatte, auf Rabbod sofort als Lehrbauer angestellt wurde. Der Mann war früher Stukkateur. Bei seiner Entlassung von Rabbod bekam er das Zeugnis als Lehrbauer. Sachverständiger Kalkheuer: Ich möchte den Zeugen fragen, ob nach seiner Ansicht hier ein Verstoß gegen die bergpolizeilichen Vorschriften vorliegen soll. Zeuge Thomas: Ja, nach meiner Ansicht muß jemand, der in der Grube als Lehrbauer beschäftigt ist, mindestens 1 Jahr in der Grube tätig gewesen sein. Sachverständiger Kalkheuer: Das ist ein Irrtum. Nach § 2 der bergpolizeilichen Vorschriften dürfen zur selbständigen Ausführung von Mauerarbeiten nur Leute angestellt werden, die das 21. Lebensjahr vollendet haben, 3 Jahre in der Grube und unter Aufsicht eines Bauers tätig gewesen sind. Rechtsanwält Heine: Ich möchte an den Zeugen Hansmann die Frage richten, ob es nicht üblich und namentlich im Interesse der Sicherheit der Gruben notwendig ist, daß jeder, der in der Grube als Lehrbauer beschäftigt ist, längere Zeit unter Tage gearbeitet hat. — Es entspinnt sich über diese Frage eine längere Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Sachverständigen. Sachverständiger Hansmann meint, daß jeder, der unter Tage als Lehrbauer beschäftigt ist, zunächst ein paar Jahre als Werderbeiter und Schlepper arbeiten muß. Sachverständiger Mantel äußert sich hierüber, daß jüngere Leute wohl eine längere Probezeit durchmachen müssen. Bei alten, gereiften Leuten sei die Frage vielleicht anders zu beantworten. Sachverständiger Werner: Der wesentliche Unterschied liegt wohl darin, daß ein gelernter Bergarbeiter sich besser vor Gefahren schützen kann. Beim Schlagwetter abhobieren und dringenden Verrichtungen haben nicht gelernter Bergarbeiter keine Ahnung von den Vorgängen. Es bilden sich Regell über der Lampe und der Mann sucht mit der Lampe in der Luft herum und weiß nicht, was los ist. Dies ist eine große Gefahr. Im Saarrevier muß ein Mann 7 Jahre als Schlepper

tätig sein, bis er Bauer wird. Die fremden, zugereiften Elemente, deren wir hier im Ruhrrevier eine große Anzahl haben, sind im übrigen auch nicht die intelligentesten Leute. Staatsanwalt: Die Frage ist doch die, ob die Verwaltung von Rabbod pflichtwidrig oder nachlässig gehandelt hat. Sachverständiger Werner: Das kann ich speziell nicht sagen. Aber das System ist doch sehr bedenklich. Staatsanwalt: Ja, das System! Das ist etwas ganz anderes. Wir haben hier eine geradezu amerikanische Entwicklung. Ich möchte wissen, ob die Zechenverwaltung in diesem Falle pflichtwidrig oder nachlässig gehandelt hat. Sachverständiger Werner: Eine bestimmte Vorschrift ist gewiß nicht übertreten. Die Zechenverwaltung hat bergpolizeilich richtig gehandelt, vom technischen Standpunkt aus bedeutet aber eine Verwendung un gelernter Arbeiter eine große Gefahr. Direktor Andree: Der hier angestellte Mann hat von der Grube Magimilian Lehrbaurpapiere vorgezeigt und wir hatten deshalb keine Veranlassung, den Mann nicht anzustellen. Vert.: Herr Werner, es handelt sich hier doch um einen älteren Mann. Meinen Sie nicht, wenn jemand 2 1/2 Monate beschäftigt ist, kann er ruhig als Bauer verwendet werden? Sachverständiger Werner: Es gehören mindestens 6 Monate dazu, um einigermaßen orientiert zu sein. In der Praxis geht das aber nicht, weil Kohlen gefördert werden müssen. Vert. R.-A. Heine: Es kommt darauf an, ob auf Rabbod alle Rücksichten auf die Gefahren in der Grube und die Begleitumstände genommen wurden. Sachverständiger Kalkheuer: Es unterliegt der Prüfung jedes einzelnen Falles, ehe wir zu einem abschließenden Urteil kommen.

Verteidiger R.-A. Heine: Ich möchte dann noch eine Frage wegen der Spurlatten an den Zeugen Thomas richten. Direktor Andree: Es ist mehrfach von den Spurlatten geredet worden. Ich nehme jedoch an, daß es sich hier um ein Mißverständnis handelt. Von der in der Verhandlung genannten Firma sind am Unglückstage keine Spurlatten geliefert worden, ich habe vielmehr Auftrag gegeben, daß Tragbahnen zusammengezimmert werden sollten. Im übrigen sind für die Wiederherstellung der Schachtführung starke Spurlatten verwendet worden, weil dies schneller geht. — Ueber die Frage der Wiedereröffnung und Wiederherstellung der Schachtführung äußern sich die Sachverständiger Werner und Mantel dahin, daß von den betreffenden Arbeitern und Beamten durchaus richtig gehandelt sei. Sachverständiger Hansmann ist der Meinung, daß besser Spurlatten genommen worden wären, weil diese schneller angebracht werden können. Sachverständiger Kalkheuer: Ich möchte mich auch zu diesem Punkt äußern und muß sagen, daß in durchaus ausreichender Weise vorgegangen ist und daß in denkbar kürzester Zeit die Mängel beseitigt wurden.

Berginspektor Hollender äußert sich dann über die Frage, ob die Explosion auf Schlagwetter oder auf Kohlenstaub zurückzuführen ist. Obgleich die Leichen schwarz gebrannt waren, kann die Explosion nur eine reine Schlagwetterexplosion gewesen sein, weil in der ganzen Grube höchstens ein halber Eimer Koks gefunden worden ist, der sich bei Staubeexplosionen stets bilden muß. Zeuge Rettig teilt mit, daß er bei seiner Ueberführung ins Krankenhaus ganz mit einer Kotschicht überzogen gewesen sei.

Die Sitzung wird hierauf auf morgen (Mittwoch) vertagt. Morgen soll der Direktor des Allgemeinen Knappschäftsvereins Andree und der Oberarzt des Knappschäftsvereins, Sanitätsrat Lindemann, über die Verweigerung der Zulassung der Arbeitervertreter bei den Aufbaumungsarbeiten auf Rabbod vernommen werden.

Aus aller Welt.

Todessturz des Oberleutnants Mente.

Der an dem nationalen Herrenfliegen in Magdeburg beteiligte Oberleutnant Mente stieg gestern nachmittag mit seinem Wrightapparat zu einem Fluge auf. Nachdem er einige Zeit die Bahn umflogen hatte, wollte er im Gleitfluge niedergehen. Als er fast den Boden erreicht hatte, stellte er den Motor nochmals an. Der Versuch, wieder in die Höhe zu gehen, mißlang, der Apparat stürzte zu Boden. Der unglückliche Aviatiker kam unter dem vollständig zertrümmerten Apparat zu liegen und war sofort tot. Das Fliegen wurde abgebrochen.

Michle Rede freigesprochen.

Vor dem Schwurgericht in London begannen gestern vormittag die Verhandlungen gegen Michle Råde, die Geliebte des zum Tode verurteilten Gattenmörders Crispin. Michle Råde ist der Teilnahme an der Ermordung der Gattin Crispins angeklagt. Eine dichtgedrängte Menge füllte die Halle, vor allem war das weibliche Publikum stark vertreten. Die Angeklagte erklärte, daß sie nicht schuldig sei. Entgegen dem Antrage des Staatsanwalts erklärten die Geschworenen, daß Michle Råde an der Ermordung der Frau Crispin nicht beteiligt sei, und sprachen sie frei.

In den Rhein gestürzt.

Ein schweres Unglück ereignete sich Montagabend 8 1/2 Uhr an der Rheinhaufener Fähre. Ein Bauer aus Gerlingen bei Bretten hatte mit einem Zweifspannergefaßrt Hafer gefahren, um ihn an eine Brauerei zu verkaufen. Der Handel kam nicht zustande und so sollte abends die Heimfahrt erfolgen. Zu dem Bauer hatte sich noch dessen 18jährige Tochter gestellt, die in Ludwigshafen Verwandte besucht hatte und nun mit dem Vater nach Hause fahren wollte. In der Dunkelheit verfehlte der Bauer jedoch den Weg und fuhr in den Rhein, wo das Fuhrwerk alsbald vom Strome erfasst und fortgerissen wurde. Auf die gelenden Hilferufe machten sich sofort Schiffer auf die Suche, sie konnten jedoch von den Verunglückten keine Spur mehr finden. Der Wagen, die beiden Pferde, Vater und Tochter waren in dem Wasser spurlos verschwunden.

Rekordflug des Aviatikers Euler.

Der deutsche Aviatiker August Euler flog gestern auf dem Griesheimer Exerzierplatz bei Darmstadt zu einem Dauerflug auf. Es gelang Euler, sich während drei Stunden sechs Minuten und dreizehn Sekunden in der Luft zu halten. Die während des Fluges eingehaltenen Höhen schwanken zwischen zehn und achtzig Meter. Der Wind war unregelmäßig und böig. Mit dem Fluge hat Euler den von Jeannin mit zwei Stunden vierzig Minuten aufgestellten deutschen Dauerrekord geschlagen.

Kleine Notizen.

Som Juge überannt. Durch den daherbrausenden Schnellzug Ne 10 wurde in der Nähe des Bahnhofes Deyerath (Weinland) ein Fuhrwerk erfasst. Der Fuhrmann wurde getötet, der Wagen ist zertrümmert. Als Ursache des Unglücks wird angegeben, daß die bereits geschlossene Zugbrücke noch einmal geöffnet wurde, um das Fuhrwerk durchzulassen. Ein Aviatik auf einen Eisenbahnzug wurde auf der Strecke Ratibor-Troppau am Sonntagabend verübt. Unbekannte hatten drei Egeen, zwei Schienenstücke und eine Bahnschwelle über das Gleis gelegt. Der Lokomotivführer erkannte die Gefahr noch rechtzeitig und brachte den Zug zum

Stillsand. Die Nachforschungen nach den Identitäten blieben erfolglos.

Durch Kohlenstaub erstickt. Zwei Lehrlinge eines Schlichtermeisters in Kalibor heizten in der letzten Nacht einen defekten Ofen an. Die ausströmenden Kohlenoxydgase erstickten den einen Lehrling, der andere ringt noch mit dem Tode.

Ein schwerer Eisenbahnunfall ereignete sich am Dienstagabend in Herzogenrath in der Nähe von Aachen. Ein von dort kommender Kleinbahnwagen entgleiste in der Nähe der Kirche, der Wagen stürzte gegen einen Laden und erschlug einen Vorübergehenden. Von den Passagieren des vollbesetzten Wagens sind 22 teils schwerer, teils leichter verletzt.

Ein Arzt als Falschmünzer. Die Pariser Polizei hat den armenischen Arzt Dr. Georg Nazarian und zwei armenische Studenten der Medizin wegen Falschmünzerei verhaftet.

Durch die Explosion eines Automobils wurden in der Nähe von Temesvar in Ungarn der Ingenieur einer Motorenfabrik und sein Chauffeur aus dem Wagen geschleudert und schwer verletzt. Das Automobil ging vollständig in Trümmer. Ein zweites schweres Automobilunglück wird aus Geselely-Udvarhely (Ungarn) gemeldet. In voller Fahrt stürzte ein von dem Bergwerks-Oberarzt Dr. Kobacz gesteuertes Automobil infolge einer Panne um. Kobacz und die vier anderen Insassen des Gefährts wurden herausgeschleudert. Ein junges Mädchen war sofort tot, ein anderes junges Mädchen sowie Dr. Kobacz erlitten lebensgefährliche Verletzungen. Zwei junge Leute kamen mit leichten Verletzungen davon.

Auf der Suche nach dem Ballon „America“. Während ein Telegramm meldet, daß der Ballon „America“, der an der Gordon-Benett-Fahrt teilgenommen hatte und bisher vermißt wurde, im Norden der Provinz Quebec niedergegangen sei, meldet ein anderes Telegramm, daß in Ottawa eine Hilfsexpedition aus-

gerückt wird, um den Ballon zu suchen. Wenn die Mittwochs- morgen keine Nachricht über den Ballon eintrifft, sollen mehrere Ballons aufsteigen, über Canada kreuzen und nach der „America“ forschen.

Eisen- und Distrikterklub „Heine“. Heute abend 9 Uhr: Sitzung bei Grünberg, Rodenbergstr. 8. Gäste willkommen.

Eisen- und Distrikterklub „Süd-Ost“. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr: bei Reichardt, Köpplerstr. 58: Mitgliederversammlung. Vortrag über „Wesen und Entwicklung der materialistischen Geschichtsauffassung“. Gäste willkommen.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet in der Lindenstraße Nr. 60, vorn hier Treppen - Fahrstuhl -, wochentäglich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr nachmittags statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Eintrag ist ein Sachverhalt und eine Zahl als Vermerk beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Eilige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

Nr. 444. 1. 8 bis 15 R. 2. Der unterlegende Teil. - N. S. A. Grill nach vorheriger Aufforderung zur Beteiligung unter Setzung einer Frist, wenn Sie Ihre Behauptung beweisen können. 2. Widmann nicht. - W. W. Potsdam. Lenardonskis Volkssängergesellschaft, Berlin, Brennerstr. 44. - S. W. 10. Sprachschule bestehen, allerdings nicht auf der Grundlage. Sie finden die Vereine im Adreßbuch, 2. Band, Teil II, Seite 242. Englischen Sprachunterricht erteilt auch Frau Swenten, geb. Pledtsch, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9. - W. O. S. Dresden kann die Steuer für Januar fordern, auch das Beitragsverzeichnis durch die Berliner Behörde einleiten. - S. T. 100. An die Redaktion. - N. S. 22. Rein. reklamieren Sie sofort. - G. W. 3. Die Ansprache sind verjährt, so daß die Verneinung der Quittungen unbedenklich ist. - N. T. 121. Es bleibt nur übrig, daß Sie den Betrag eines Zahlungsbefehls beantragen oder Klage erheben. - Holland. Fragen Sie bei der Generalkommission der Gewerkschaften, Engelauer 15 an. - Marie S. 35. Wenn Sie die Unter- stützung für das Pflegegeld verlangt und bezogen haben, so hat das keinen

Einfluß auf das Wahlrecht. - N. S. 27. Rein. Wenn Gründung erfolgt, muß der Mann intervenieren. - G. R. 25. Ist nicht notwendig. - N. S. 49. 1. Ein Zeugnis der zuständigen Behörde Ihres Heimatortes darüber, daß der Bekannte ein nach den dortigen Gesetzen bestehendes Ehehindernis nicht befreit ist. Sie besprechen am zweckmäßigsten die Sache mit dem Standesbeamten, bei dem Sie das Aufgebot bestellen wollen. 2. Das ist unrichtig. - Omega. Da die Firma die Erfindungen nicht verwertet, nicht einmal angemeldet hat, fallen wir die Bewertung durch einen Dritten für zulässig. - T. R. 330. 1. Die Anlage bei einer sicheren Bank halten wir für zweckmäßiger. 2. Es gibt allerdings solche Kassen die aber nicht zu empfehlen sind. Wenden Sie sich an Emil Ding, Pringens- trasse 66 IV (Offenbacher Kasse), oder die Rentalkommission der Orts- trankeulassen, Engelauer 15. - Alter Abonnent. 1. Wenn ein Verzicht der Gemeindervertretung vorliegt: ja. 2. rund 52 750 M. 3. Vom Staat nicht. 4. Mehr als 1500 Millionen. - Eilt. Ist die Ehe nach dem 1. Januar 1900 geschlossen, so kann die Frau für den Fall der Wändung intervenieren. Ist die Ehe früher geschlossen, so müssen wir zwecks Verantwortung noch wissen, wo der erste Wohnsitz gewesen ist. Ist dies in Brandenburg gewesen, so kann die Frau ebenfalls intervenieren. - N. S. 11. Die Erbschaftsteuer beträgt in diesem Falle 10 vom Hundert. - W. S. 206. Die Versicherungspflicht besteht in Ihrem Falle. Die Karte muß berichtigt werden. - S. 100. O. Willenroth, Reinickendorfer Str. 40. - G. S. Adlershof. Eine solche Entscheidung ist nicht bekannt. Sie werden wohl unsere Artikel über „Steuer- tragen“ in Nr. 76 des „Vorwärts“ vom 2. April meinen. Die Entscheidung des Odenverwaltungsgericht hat z. B. die Kosten, die einem Arzt bei der Haltung eines Jahreserbs entfallen, für abgabefähig erklärt. - N. S. 50. 1. Nur dann, wenn ein „Anfall“ vorliegt, das heißt nach der Ansicht des Reichsoberverwaltungsamtes, daß die Gesundheitschädigung auf ein plötzliches, in einen verhältnismäßig kurzen Zeitraum laufendes Ereignis zurückzuführen ist. 2. Die Höhe der Rente richtet sich nach dem Grad der Erwerbs- beschränkung. Die Rente beträgt 1/2 des letzten Jahresarbeitsverdienstes.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsbüro Berlin. Hauptbureau: Col I. Ami 3, 1939. Charlotterstraße 3. Col III. Ami 3, 1987.

Donnerstag, den 27. Oktober 1910, abends 8 1/2 Uhr:

### Allgemeine Branchen-Versammlung

aller in der Eisenmöbel-Industrie beschäft. Arbeiter im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 1.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Schriftsteller Max Grunwald: „Monarchie, Republik und Arbeiterbewegung“. 2. Branchen- und Vereinstangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Die Kollegen von den Firmen Karl Schulz, Reinhold, Paul Rehe, Förster u. Schulz, Gustav Siebe, Schöngraf, Sewald, Amerikanische Metallblechfabrik Karl Zeiffert, Wolsch, Kunze, Venz, Lüde u. Bander, Groth u. Brand, Kaspary-Mariendorf sind zu dieser Versammlung ganz besonders eingeladen.

Donnerstag, den 27. Oktober 1910, abends 8 Uhr:

### Branchen-Versammlung der Elektromonteuere und Helfer

im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Wöhe über: „Gewerbegericht, Gewerbegerichtsahlen und ihre Bedeutung“. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.

Zahlreiches Besuch wird erwartet.

Donnerstag, den 27. Oktober 1910, abends 8 Uhr:

### Versammlung der Kernmacher und Kernmacherinnen

in den „Dorussia-Sälen“, Adlerstr. 6/7.

Tages-Ordnung: 1. Verbands- und Branchenangelegenheiten. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert! Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Donnerstag, den 27. Oktober 1910, abends 8 1/2 Uhr:

### Mitglieder-Versammlung der Klempner

in den „Andreas-Festhallen“, Andreasstr. 21.

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Branchenkommision. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Kommission. 4. Branchenangelegenheiten.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt! Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Donnerstag, den 27. Oktober 1910, abends 8 1/2 Uhr:

### Allgemeine Versammlung Gold- und Silberwarenbranche

beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen im „Dresdener Garten“, Dresdener Straße 45.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Davidsohn über: „Leistung von Thoma, Koba Koba, Holzjogen, Garleben“. 2. Verbandsangelegenheiten.

Da die neuen Tarife in dieser Versammlung ausgegeben werden, ist es Pflicht jedes Kollegen und jeder Kollegin, zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

## Zentralverband der Töpfer Deutschlands

Filiale Berlin.

Freitag, 28. Oktober, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15 (großer Saal):

### General-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Gesamtvorstandes vom dritten Quartal. 2. Bericht vom der Konferenz in Chemnitz. 3. Bericht vom Fensterstreik. 4. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Kein Kollege darf fehlen. Anfang ganz präzise. Der Vorstand.

193/17

Achtung! Bezirk Osten! Sonnabend, den 29. Oktober (während der Abstinenz): Aufnahme der Statistik betreffs Zugehörigkeit zu einer politischen Partei und das Halten einer Tages- presse. Es ist notwendig, daß sich jeder Kollege daran beteiligt.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Bautischler, Bezirk I.

(Südosten, Süden, Südwesten u. südliche Vororte.)

Donnerstag, 27. Oktober, abends 6 Uhr (gleich nach Petersabend):

### Branchenversammlung

bei Raabe, Rixstraße 29. Tages-Ordnung: 1. Der neue Bautischler-Tarif und Auslegung und Erläuterung der einzelnen Bestimmungen. Referent: Kollege Reiche. 2. Branchenangelegenheiten.

Einsetzer.

Donnerstag, 27. Oktober, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15, Saal 7:

### Branchenversammlung.

Tages-Ordnung: 1. Wie stellen sich die Arbeitgeber zur Einführung des Tarifs, Regelung des Arbeitsnachweises? Referent: Kollege Glocke. 2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Die Kollegen aus den Vororten sind besonders hierzu eingeladen. Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist es Pflicht jedes Kollegen, zu erscheinen.

Bürstenmacher.

Donnerstag, den 27. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei F. Frons, Holzmarktstraße 65:

### Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. „Sind unsere Gewerkschaften den Arbeitgeber-Organisationen gewachsen?“ Referent: Kollege Hermann Pape, Mitglied des Hauptvorstandes. 2. Branchenangelegenheiten.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zahlstelle Charlottenburg. Donnerstag, den 27. Oktober, abends 8 1/2 Uhr: im Volkshause, Köpenickerstr. 2. Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Vortrag über freie Fortbildungskurse für Arbeiter. 3. Erläuterung über den Bauhilfstarif und die Arbeitsnachweisklage. 4. Verbandsangelegenheiten. 5. Gemeinlichkeits- und Verschiedenes. Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Charlottenburg.

Donnerstag, den 27. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:

### General-Versammlung

im Volkshause, Köpenickerstr. 2. Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Vortrag über freie Fortbildungskurse für Arbeiter. 3. Erläuterung über den Bauhilfstarif und die Arbeitsnachweisklage. 4. Verbandsangelegenheiten. 5. Gemeinlichkeits- und Verschiedenes. Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Schöneberg.

Donnerstag, den 27. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:

### Oeffentliche Agitations-Versammlung

in den Neuen Rathaus-Sälen, Weininger Straße 8. Tages-Ordnung: „Wer schützt die wirtschaftlichen Interessen der Holzarbeiter?“ Referent: Kollege Kayser, Redakteur der „Holzarbeiter-Zeitung“.

In dieser Versammlung sind alle in Schöneberg und Wilmersdorf beschäftigten Holzarbeiter aller Branchen verpflichtet zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

ermöglicht Kindern und Erwachsenen, ohne Notenkenntnis sofort vom Blatt Klavier zu spielen. Prosp. u. Probierstück gratis. Fidele Bauer, „Dollarpinzessin“. Musik-Verlag „Euphonia“, Pankow 470 b. Berlin.

Verleih-Institut: Friedrichstr. 116/1, a. O. Tel. 150. Post 1.00. Seite 5081.

### Westmanns Trauermagazin

Extra-Abteilung I. Gesch.: Berlin W., Mohren-Strasse 37a (2. Haus von der Jerusalemstr.). II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurt-Str. 115 (2. Haus von der Andreasstr.). Bohrer, Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleier etc. v. einfachsten bis zum hocheleganten Genre zu äußerst niedrigen Preisen. Sonder-Abteilung: Maßanfertigung in 10 bis 12 Stunden.

Haben Sie Stoff? Ich fertige davon Anzüge od. Paletots nach Maß, schnell, sauber, elegant, von 20 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 11 (Südost. Ecke).

## Zentralverband der Dachdecker

Verwaltungsstelle Berlin.

Donnerstag, den 27. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Grande, Weinstr. 11:

### Versammlung der Dachdeckerhilfsarbeiter.

Tages-Ordnung: Bericht über den Stand der Lohnbewegung. Holzschlages und pünktliches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

### Drei Tropfen Kaol

flüssige Metall-Politur machen das schmutzigste Metall spiegelblank in Finschen von 10 bis 50 Pfennig Überall zu haben. Fabr.: Lubzynski & Co., Berlin NO.

## Rosenthaler Hof

Rosenthaler Str. 11/12. Inh. Otto Schilling. Telefon Ami III 2438. Empfehle meine Säle u. Vereinszimmer zu Festlichkeiten u. Versammlungen. Sonnabend, den 12. November und einige Sonntage noch frei.

## ARTUS-HOF

Stendaler Straße 18. Perleberger Straße 26. Inhaber: Carl Pirnow (früher Vulkan-Theater). Empfehle meine Säle bis 120 Personen fassend, sowie Vereinszimmer zu Versammlungen, Festlichkeiten usw. ebenfalls mit Theaterver- bindung unter günstigen Bedingungen.

### Eine deutsche Hausfrau

schreibt über Dr. Thompson's Seifenpulver: „A. Z.“ und es hat sich gezeigt, dass es den Schmutz in der Wäsche leicht löst, ohne sie anzugreifen und sich mit ihm viel leichter und billiger arbeiten lässt, wie mit anderen Wasobsmitteln.“ Überall erhältlich.

Abzahlungsgeschäfte

Credit-Haus Bellealliance... Bellealliance-Str. 100, I. Etage.

Credit-Haus Moabit... Turnstraße 55, Ecke Waldstr.

Lubascher, S... Spandauer, Potsdamerstr. 231.

Alkoholfreie Getränke... Sinalco (Bilzbrause)

Gen.-Vertret. Otto Starick... NO, Landsberger Allee 6/7.

Franz Abraham... Hans Messing u. Römertank-Kell.

Goldtrüpfchen... R. Neese, Mühlhäuser Str. 6.

Milz's... Bestes alkoholfreies Getränk.

Arbeiter-Bekleidung... F. Falk!

Feronia... A. Hagen, Dalldorferstr. 15.

Oskar Hanko's Brotbäckerei... 75 Geschäfte in allen Stadtteilen.

Bäckerei "Nordstern"... Inh.: Gust. Müller

Carl Kappler... Berlin N., Fankow, Weißensee.

Rich. Liebenow... Misdorf, Bergstr. 143

Mache, Carl... Samariterstr. 11.

Peter's Großbäckerei... in allen Stadtteilen u. Jüdischen Vororten.

Schütt, G... Berlin O., NO.

Ulrich... Charlottenburg, 26 Pflillen.

Heinrich Wittler... Farnersfeld, Schwabstr. 2.

Badeanstalten... Anstalten vom Adolfsplatz-Bad.

Bader, Carl... Landsberger Str. 107.

Kuranstalt "Löser"...

Wüstelsky'sche... Elektrophysikalische Licht- und Natur-Belastung.

Erscheint 2 mal wöchentlich

National-Bad, Brunnenstr. 9. Neander-Bad, Neanderstr. 12.

Bad Nord-Ost... Pintschestr. 164.

Passage-Bad... Kottbusser Damm 72.

Römer-Bad... Bozhagen-Rumbg.

Schiller-Bad... Schönhauser Bad, Schick Allee 22.

Silesia-Bad... Schlesische Str. 31.

Bandagen, Gummw... Lange, A. E. Brunnenstr. 167.

Beerdig.-Anst. Sargm... Berndt, W. Pflillenstr. 7.

Becker, Reinh... Invaliden-Str. 164.

Bunzel, R... Rixdorf, Kais. Friedr.-Str. 43.

Kronen-Grossmann... Kottbusserdamm 94, Keller.

W. Adelung & A. Hoffmann... Aktiengesellschaft.

Bergbrauerei... Feinstes Doppelbier.

Palzenhofer Brauerei... Die Palzenhofer Flaschenbier.

Berliner Bock-Brauerei... Berl. Weisbier A. Landré.

Weisbier C. Landré Act.-Ges... Straßburger Str. 6-8.

Brauerei "Germania"... feinste Qualitätsbier.

Brauerei Pfefferberg... Versand- und Pilsener Bier.

Caramel-Weisbier... Berliner Weißb.-Brauerei E. Wiltner.

Groterjans... Malzbier, beheizt Allee 126.

C. Habels Brauerei... hell - Habelbier - dunkel.

Kaiser-Brauerei A. G... schwerstes "Helles" Berlin.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Goldbier... ist nicht nur ein Erfrischungsgetränk.

S. D. Moewes... Hohersteinweg 57, Tel. I. 3300.

Münchener Brauhaus Berlin... Norddeutsches Brauhaus A. G.

Phönix-Brauerei... A. G. Erfrischende Biere.

Richter & Co., J. C. A. Weibler... richter 1820, Berlin C. 54.

Schlossbrauerei Schöneberg... Schlossbräu-Kronenbräu.

Schlossbräu-Kronenbräu... Spandauerberg-Brauerei.

Seiffert, Erieh... Filial in Berlin.

Butterhandlung J. F. Assmann... 20 Filialen in Berlin.

Schuch, M... Rixdorf, Berlinstr. 12.

Max Baensch & Filialen... Oskar Beck.

Fritz Bartz... Obergüterstr. 57.

A. Däweritz... Obergüterstr. 57.

Carl Franke Nachf... Gabel, Wilh.

Fried. Göseke, 7 Filialen... F. Hagen.

August Holtz... 13 Detail-Geschäfte.

Kosmalla, E., 4 Detail-Geschäfte... Maeding, J.

Müller, Ernst Max in Berlin NO... Nordstern.

W. Riesner... Butterhandlung.

Schröter, R. 35... Schulz, Arthur, Ri. Hermannstr. 57.

A. Taiman... Uhly & Wolfram.

Vereinigte Pommersche Meiereien... Georg Wunder.

Gorgas, M. Chortnerstraße 13... Alb. Kasulke.

Klein, Wilh. Müllerstr. 194... Damenkonfektion.

Hugo Ahronfeld... Max Arnsdorff.

Oranienstr. 176 u. Rixd., Bergstr. 7... Rund um Berlin.

König, Bus, Kostümstücke... O. Naeff.

A. Kieper, Nowawes... Drogon u. Farben.

Adler-Drogerie... Knecht, R.

Ebert, Max... Föhse, O. Fruchtstr. 62.

Friedrich, Paul, O. Gärtnerstr. 29... Anton Fehlab.

Robert Bludschus Nachflg... Bolthardt, J.

Wurst, Speck, Schinken... Robert Bludschus Nachflg.

Anton Fehlab... Bolthardt, J.

Feine Fleisch- und Wurstwaren... Gerhardt.

Gerhardt... Hegel, Wilh.

Linke's Fleischzentrale... Oskar Klähn.

Wilh. Vogel... Floeder & Kroll.

Hoyer, A., Bergstr. 163 I... Look's Rollschuh.

Phonographen-Ratz... Ernst Machnow.

Ernst Machnow... Hoyer, A.

Phonographen-Ratz... Ernst Machnow.

Ernst Machnow... Hoyer, A.

Ernst Machnow... Hoyer, A.

Fledler, G., Spand. Klosterstr. 40... Klinck, d. Westens.

Kruger, Rich... Ernst Machnow.

Ernst Machnow... Hoyer, A.

Rund um Berlin... O. Naeff.

O. Naeff... Taubert, J.

Taubert, J., Sebastianstr. 26... C. Dittmann.

C. Dittmann... Kahl.

Kahl... Wilhelms Behr.

Wilhelms Behr... Robert Bludschus Nachflg.

Robert Bludschus Nachflg... Bolthardt, J.

Bolthardt, J... Wurst, Speck, Schinken.

Wurst, Speck, Schinken... Anton Fehlab.

Anton Fehlab... Feine Fleisch- und Wurstwaren.

Feine Fleisch- und Wurstwaren... Gerhardt.

Gerhardt... Linke's Fleischzentrale.

Linke's Fleischzentrale... Wilh. Vogel.

Wilh. Vogel... Hoyer, A.

Hoyer, A... Phonographen-Ratz.

Phonographen-Ratz... Ernst Machnow.

Ernst Machnow... Hoyer, A.

Hoyer, A... Phonographen-Ratz.

Phonographen-Ratz... Ernst Machnow.

Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Rockstroh, Karl... Sandow, Rud.

Sandow, Rud... Herron-Artikel.

Herron-Artikel... J. Baer.

J. Baer... Sprengel, A.

Sprengel, A... Hirschfeldt.

Hirschfeldt... Inhaber Perleberg.

Inhaber Perleberg... Max Kaplan.

Max Kaplan... S. Kainer.

S. Kainer... Marks, F.

Marks, F... D. Perleberg.

D. Perleberg... S. Posner.

S. Posner... Heiner, Ferster.

Heiner, Ferster... Rosner, Max.

Rosner, Max... Joseph Warschawski.

Joseph Warschawski... Hato, Mützen u. Petzw.

Hato, Mützen u. Petzw... Bazar Norden.

Bazar Norden... Hansen.

Hansen... Max Holnow.

Max Holnow... Kehr-Hüte.

Kehr-Hüte... LOBER-MUTE.

LOBER-MUTE... Mandel's Hutfabrik.

Mandel's Hutfabrik... Peters, A.

Kohlen, Koks, Erikkotta

Rud. Beier & Co... Grotzberger & Müller.

Grotzberger & Müller... Aug. Grimberger.

Aug. Grimberger... Guse & Co.

Guse & Co... A. B. Koch.

A. B. Koch... M. F. Leyke.

M. F. Leyke... J. Ferdinand Leyke sen.

J. Ferdinand Leyke sen... Georg Knöpfel & Sohn.

Georg Knöpfel & Sohn... L. Sager & Co.

L. Sager & Co... Kolonialwaren.

Kolonialwaren... August Dankert.

August Dankert... Carl Ehmke, Cöpenick.

Carl Ehmke, Cöpenick... Joh. Eichler.

Joh. Eichler... Arthur Enke, Amsterdamstr. 19.

Arthur Enke, Amsterdamstr. 19... A. Fiebach Nachf.

A. Fiebach Nachf... Rudolf Fink.

Rudolf Fink... Rud. Fink Nachf.

Rud. Fink Nachf... Heiner, Ferster.

Heiner, Ferster... Goetsch, Ernst.

Goetsch, Ernst... Grabitz, Breslauer Str. 4.

Grabitz, Breslauer Str. 4... Wilh. Gröning.

Wilh. Gröning... Habels, Franz.

Habels, Franz... K. Hannemann.

Fortsetzung siehe nächste Seite

Kolonialwaren (Fortsetzung)
Karl Mercier, Huttenstr. 3
Meyer, Gust., Insterburger Str. 2
Michaelis, Paul & Geschäfte in Nord-Berlin.

Lederwaren
Carl Fessel Nachf., Fränk. Str. 138
Lehranstalten
Hartke Zuschneide-Akademie, Schloßplatz 3

Lau, W., Krumme Str. 54
Lonz & Jagmann, Wilmstr. 63
Rob. Linde, Adress-Str. 18
Manke, M., Cassarstr. 12

Hopp, Jul., Brunnenstr. 183
Janitzkow, P., Turmstr. 45
Gebr. Kassner, Bismarckstr. 6
Herm. Kogel, Hermannstr. 12

Singer Nähmaschinen
Läden in allen Stadtteilen.
Optiker
Bass, Paul, N. Müllerstr. 174

Selbst
Gustav Gumbel, Kantstr. 64
John, A., Memeler Str. 43a
R. Semrau, Wrangelstr. 118

Warenhäuser
Bernhard, G., Ober-Schöneweide
Bleber, N., Yorkstr. 27, am Hof
Max Blumenreich, Str. 1

Doppel-Malzbier
Berliner Doppelbier
erstklassige Biere
vom Fass in Flaschen
fast alkoholfrei — 0,56% Alkoholgehalt
Bergbrauerei BERLIN N. 4
Tel.: Amt III, 1412 Bergstrasse 22

Persil
ist das zur Zeit beliebteste überall eingeführte und bestbewährteste selbsttätige Waschmittel
von unerreichter Wasch- und Bleichkraft. Kein Reiben, kein Bürsten, kein Waschbrett. Garantiert unschädlich für die Wäsche und vollkommen gefahrlos im Gebrauch!
Millionenfach erprobt! Überall erhältlich.
Alleinige Fabrikanten: Henkel & Co., Düsseldorf, auch der seit 34 Jahren weltbekanntesten
Henke's Bleich-Soda
Fabrik-Niederlage Tür Berlin u. Vororte: Joh. Schmalor, Berlin N. 4, Tieckstr. 11.

Vorjährige Winter-Paletots Herbst-Anzüge
jetzt 20-40 Mark.
Täglicher Verkauf.
Kavalier-Klub, Unter den Linden 61 n.
Kronleuchter-Fabrik.
Größte Auswahl.
Verkauf zu billigen Fabrikpreisen.
Siegels & Co., Prinzenstraße 33.

Echte Salem-Aleikum
Überall zu haben.
No. 3 1/2 3 1/2 Pf.
Ein Hochgenuss!

Zepernick-Bernau.
Bauschule
Zepernick-Bernau,
Bauschule,
Bauschule,
Bauschule.

Möbel
Teufel zur Teilzahlung
bei kleinster Anzahlung in bekannter Güte
E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58

billiger Verkauf
elegante Wintergarderoben
Deutsches Bekleidungshaus,
Große Frankfurterstraße 89.

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Morgen, Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr findet im Volkshause ein außerordentlicher Jahrlabend der 5. Gruppe statt. Der Vorstand.

Friedenan. Heute abend 8 1/2 Uhr findet im Lokal des Reichstagsabgeordneten Genosse Eichhorn. Thema: Die Polizei in Preußen und die Vorgänge in Moabit.

Adlershof. Wir ersuchen die Parteigenossen und Genossinnen, zu einer heute abend 8 Uhr im Lokal von Kaul, Bismarck-Straße 16 stattfindenden äußerst wichtigen Besprechung pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand.

Friedrichshagen. Heute Mittwoch, den 26. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Berke, Friedrichstraße Nr. 112, eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: Gottgewollte Weltordnung und menschliche Logik. Referent: Landtagsabgeordneter Adolf Hoffmann. Diskussion. — Die für heute fällige Mitglieder-versammlung fällt aus diesem Grunde aus.

Berliner Nachrichten.

Dem Anschlag zur Vorbereitung der Luftbarkeitssteuer

waren auf Veranlassung unserer Genossen von dem Herrn Kammerer zu seiner dritten Sitzung, die am Montag stattfand, Tabellen und Zahlenmaterial zur Berechnung des mutmaßlichen Ertrages der Steuer zugegangen. Es soll zwar anerkannt werden, daß das gesamte Material zur Berechnung der Kartensteuer sorgfältig zusammengetragen ist. Dennoch können die gefundenen Zahlen als feststehend nicht betrachtet werden, da alle Ansätze naturgemäß nur auf Schätzungen beruhen. Unterlagen zur Berechnung des mutmaßlichen Brutto-Ertrages der Pauschalsteuer sollen trotz umfangreicher Umfragen nicht zu beschaffen gewesen sein, so daß der auf rund 400 000 M. geschätzte Bruttoertrag dieser Steuer fast vollkommen in der Luft schwebt. Alles in allem wird der Ertrag beider Steuern nach Abzug der Erhebungslosten und der bei Einführung einer Luftbarkeitssteuer in Fortfall kommenden Feuerwachgebühren vom Kammerer mit 2 000 000 M. angenommen.

Von unseren Genossen wurde verlangt, daß die Spezialdebatte mit den §§ 5 und 7, die von der Kartensteuer und der Pauschalsteuer handeln, beginnen und erst dann die Beratung des § 1, der alle feuerpflichtigen Veranstaltungen aufzählt, erfolgen solle. Unsere Genossen führten aus, daß man erst dann würde beschließen können, welche Veranstaltungen der Steuer unterliegen sollen, nachdem festgestellt, welche Gestalt die zur Erhebung gelangende Karten- bezw. Pauschalsteuer haben wird.

Das Verlangen unserer Genossen wurde von einigen bürgerlichen Mitgliedern lebhaft unterstützt. Es scheiterte an dem starken Widerspruch des Vorstehenden und die Beratung begann mit § 1. Der Verlauf der Debatte, die nichts war als eine verlaufene Weiterführung der bereits abgeschlossenen Generaldiskussion, bewies zur Evidenz, daß der Vorschlag unserer Genossen der richtige gewesen war.

Nach § 1 sollen die nachfolgenden Luftbarkeiten, sofern sie öffentlich sind, der Steuer unterliegen:

- 1. Theatervorstellungen;
2. Deklamatorische Vorlesungen, Rezitationen und andere Vorträge;
3. Konzerte;
4. Zirkusvorstellungen;
5. Spezialitäten- und Variétévorstellungen, deklamatorische, Gesangs- und sonstige musikalische Darbietungen, kinematographische Vorstellungen, Schaustellung von Personen, Tieren und ähnliche Darbietungen;
6. Langbelustigungen, Maskenbälle, Redouten, Wettrennen, Wettfahrten, Kostümfeste und Balfare;
7. Panoramen, Ausstellungen jeder Art.

Den öffentlichen Luftbarkeiten stehen diejenigen gleich, welche veranstaltet werden a) von Korporationen, Vereinen und geschlossenen Gesellschaften, — auch solchen Vereinen und Gesellschaften, die zur Veranstaltung von Luftbarkeiten erst gebildet sind; b) von einzelnen Personen in öffentlichen Lokalen unter Einziehung der Kosten oder eines Teiles der Kosten von den Teilnehmern.

Der Paragraph, über den die Debatte im ganzen eröffnet wurde, umfaßt, wie ersichtlich ist, das ganze ungeheure Gebiet öffentlicher und nichtöffentlicher Veranstaltungen jeder Art und Richtung, und da die verschiedenen Redner, der eine diese, der andere jene Gruppe von Veranstaltungen vorzugsweise behandelte, so ist es klar, daß keine Klärung erfolgen konnte. Unsere Genossen betonten, daß sie prinzipiell gegen die Steuer seien, daß sie aber auch im einzelnen die schwerwiegendsten Bedenken gegen die vorgeschlagenen Bestimmungen hätten. Geführt auf das umfangreiche Revisionsmaterial legten sie diese Bedenken im einzelnen dar, erinnerten die Majorität an den seit 1906 eingenommenen Standpunkt, nach welchem vorzugsweise die teuren Plätze im Zirkus und Theater herangezogen, dagegen alle kulturellen und gemeinnützigen Bestrebungen in schonender Weise berücksichtigt werden sollten, und verlangten Ablehnung des Paragraphen, mindestens aber Festhalten an den 1906 beschlossenen Richtlinien. In der Debatte gaben alle Redner, auch der Herr Kammerer, ihre Bereitwilligkeit kund, gemeinnützige Institute, wie Freie Volkshäuser, Urania, Schiller-Theater usw., frei zu lassen; nur sehr man in allgemein gefaßten Bestimmungen, und nur solche könnten in Frage kommen, keinen Weg dazu. Die Abstimmung ergab die Annahme aller Bestimmungen unter 1—7 und a und b mit 8 gegen 6 Stimmen; allein fast alle der acht Herren erklärten ihre Abstimmung für eine vorläufige; sie behielten sich ihre endgültige Stellungnahme für die zweite Lesung vor, nachdem feststehe, welche Fassung die §§ 5 und 7 betreffend Karten- und Pauschalsteuer erhalten hätten!

Die §§ 2 und 3 handeln von den Steuerbefreiungen. Sie wurden nach kurzer Debatte angenommen. Wegen der vorgerückten Stunde mußte die Beratung dann abgebrochen werden und die vierte Sitzung wurde für die übernächste Woche verabredet.

Die Verwendung von Gasdruckfernsehern für die Berliner Straßenbeleuchtung, welche in einigen Vororten Berlins eingeführt ist, war in der letzten Sitzung der Deputation der städtischen Gaswerke Gegenstand eingehender Beratung. Die Deputation kam zu dem Resultat, daß diese Art der Gasfernbeleuchtung für Berlin nicht verwendbar ist. Ferner beschloß die Deputation, neben den schon herausgegebenen Prospekturen 5000 Exemplare der Broschüre „Heberall Gas“ zur Anwerbung neuer Konsumenten in den Vororten zu beschaffen.

Die Ausfuhrsperrung über den städtischen Vieh- und Schlachthof ist gestern mittag 12 Uhr aufgehoben worden.

Eine auffallende Seelenverwandtschaft mit den Scharfmachern verrät ein hiesiges Blättchen, „Der Straßenhändler“ in einer Annonce für das von der Regierung ausgehaltene „Neue Montagblatt“ und in einem giftgeschwollenen Angriff auf den „Vorwärts“. Das Organ der Zeitungs- und Druckchriftenhändler — so bezeichnet sich „Der Straßenhändler“ — veröffentlicht eine Zuschrift unterzeichnet „Pfe“, in welcher an eine Bemerkung unseres Blattes über den Straßenverkauf des „Neuen Montagblatt“ angeknüpft wird und in der gesagt wird, daß „Neue Montagblatt“ dürfte bald ausgelitten haben; fast sämtliche Straßenhändler hätten es abgelehnt, diesen nationalen Scharfmacherwisch im Straßenhandel zu verbreiten, weil sie sich mit der unverkäuflichen Natur nicht erst herumschleppen wollten. Der Einsender der Zuschrift vermag zwar unsere Behauptung nicht zu widerlegen, er glaubt aber sagen zu sollen, daß bei dem Verkauf von Zeitungen die politische Tendenz für die Händler nicht in Frage komme, daß der Verkauf von Zeitungen von jedem einsichtigen Händler forciert werden müsse, sobald günstige Verkaufsbedingungen vorliegen und eine Verdienstmöglichkeit in Frage komme. Der Einsender moniert schließlich, daß die im „Straßenhändler“ aufgestellte Forderung, von den in der gekauften Zeitung „zehn“ umzutauschen, von der Expedition des „Vorwärts“ nicht erfüllt werde.

Wir wollen mit dem Einsender nicht weiter diskutieren über die Geschäftsbegründung der Zeitungshändler, wir wollen nur bemerken, daß man über die Höhe der umzutauschenden Anzahl Exemplare streiten kann. Welche Zahl angemessen ist, wird man nie genau feststellen können.

Unsere Expedition hat früher zehn Exemplare umgetauscht. Das hat aber zu Unzuträglichkeiten geführt und es ist jetzt die Zahl von fünf Exemplaren angenommen worden, wobei den Händlern aber noch in anderer Weise — beispielsweise bei der Sonntagsnummer oder an durch äußerst schlechtes Wetter beeinflussten Tagen — nach Möglichkeit entgegengekommen wird. Diese Frage ist aber für die Beurteilung des „Straßenhändler“ im vorliegenden Falle ganz nebensächlich. Charakteristisch für die Tendenz ist die Anmerkung der Redaktion des Blättchens zu dieser Zuschrift. In dieser heißt es:

„Wenn es ein Scharfmacherblatt in Kleinformat gibt, dann ist es doch sicher das Organ des Genossen Bebel. Mit einem Raffinement, das einer besseren Sache würdig wäre, verdrängen die Vorwärtsleute Kattachen, und frisieren jedes Ding mit verblüffender Unbefangenheit, so daß sie aus ihm Kapital schlagen können. Hier ist nicht der Ort, die gemohnheitsmäßigen Entstellungen, die der „Vorwärts“ sich zu leisten pflegt, niedriger zu hängen, aber da er sich nicht scheut, aus politischen Motiven die Kollegen in eine Sache zu verwickeln, die ihn gar nichts angeht, so muß man ihm die Finger klopfen.“

Natürlich poßt es den „Vorwärtsleuten“ nicht, daß ein nationaler Montagsblatt das Licht der Welt erblickt hat, durch dessen Lektüre mancher über diese oder jene Vorgänge eine Anschauung erhalten könnte, die den Zukunftsstaatsmännern nicht genehm ist und ihnen die Debatte erschweren dürfte. Nun predigen die Herren Sozi egal von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, und lassen doch keinem Menschen seine freie Ueberzeugung. Das nennen sie dann „Freiheit“.

Was bildet sich der „Vorwärts“ nur ein, wenn er schreibt, „fast sämtliche Straßenhändler“ hätten es abgelehnt, diesen nationalen Scharfmacherwisch zu verbreiten! Glaubst er wirklich, die Kollegen ließen sich von der sozialdemokratischen Parteileitung Vorschriften darüber machen, welche Druckchriften sie verkaufen dürfen! Der „Vorwärts“ spielt ja selbst eine so kolossale Rolle im Straßenhandel! Die Kollegen wissen gar nicht, wo sie die Exemplare unterbringen sollen, die vom Publikum verlangt werden; also müssen sie doch auch Rücksicht nehmen, nicht? Das bilden sich die „Vorwärts“leute wenigstens ein, aber sie sind dabei „schief gewickelt“. Die Zeitungs- und Druckchriftenhändler sind selbständige Gewerbetreibende, danach also dem Terrorismus der Partei absolut nicht unterworfen und dadurch völlig unabhängig, daß ein Vorkopf von sozialdemokratischer Seite gegen sie völlig wirkungslos verpuffen würde, da ihr Kundenkreis sich zumeist aus Angehörigen der besseren Kreise zusammensetzt.

Daß der „Vorwärts“ nur theoretisch in Volksbegeisterung macht, das wissen wir ja alle. Worte, nichts als Worte oder Laten, die diesen Worten ins Gesicht schlagen. Warum sollte der „Vorwärts“ um der wirtschaftlichen Lage der Kollegen willen auch nur ein kleines Opfer bringen? Das wäre zuviel verlangt: „Abprechen ist eine leichte Arbeit, die wenig Gebührenschaft kostet.“ Ihr Herren vom „Vorwärts“, das beherzigt zu allen Zeiten.

Soweit das Geschreibsel des „Straßenhändler“. Wer unsere Bemerkungen über den Verkauf des „Neuen Montagblatt“ gelesen hat, muß sagen, daß darin nicht die geringste Aufforderung an die Händler gerichtet war, sondern daß nur über eine Tatsache berichtet wurde. Es zeigt sich aber an den oben abgedruckten Auslassungen des „Straßenhändler“, weß Weistes Kind er ist und welcher scharfmacherischen Tendenz der Herausgeber, ein Herr Arthur Kaufmann, huldigt. Die „Neue Montagzeitung“ ist darüber auch so erfreut, daß sie den Artikel sofort wörtlich abgedruckt hat. Zahlreiche Straßen- und Druckchriftenhändler, die so viel unter der Verfolgung der Polizei zu leiden haben, wissen aber besser was ihnen frommt als der Herausgeber des „Straßenhändler“, und sie würden sich bestens bedanken, unter dem Deckmantel der Wahrung wirtschaftlicher Interessen vor den Augen der Reaktion gespaunt zu werden, die ihnen das Leben nur noch saurer machen kann, als es jetzt schon ist.

Diesemigen Gewerbetreibenden, welche in Berlin eine gewerbliche Niederlassung besitzen und im Jahre 1911 persönlich oder durch in ihren Diensten stehende Reisende für die Zwecke ihres Gewerbetriebes Waren aufkaufen oder Bestellungen auf Waren suchen wollen, werden in ihrem eigenen Interesse aufgefordert, die hierzu gemäß §§ 44, 45a der Reichsgewerbeordnung erforderlichen Legitimationskarten für das Jahr 1911 baldigst zu beantragen, und zwar ausschließlich bei dem Polizeirevier, in dessen Bezirk ihre gewerbliche Niederlassung liegt. Anderenfalls würde bei der großen Anzahl der eingehenden Anträge die rechtzeitige Ausfertigung nicht gesichert sein.

Der Polizeipräsident macht noch besonders darauf aufmerksam, daß die für die Anträge zu benutzenden Formulare, welche die zur Information der Gewerbetreibenden erforderlichen Bemerkungen enthalten, von den Gewerbetreibenden selbst zu beschaffen sind; sie können u. a. vom Formularverlag von Karl Kühn u. Söhne, Berlin O., Breitestr. 25, bezogen werden.

Wegen Kautionschwandels sind die Agenten Erich Matthes aus der Platanenstraße zu Niederschönhausen und Paul Grandke aus der Stromstraße verhaftet worden. Matthes ist wegen Schwandels dieser Art schon vorbestraft. Nachdem er eine Zeitlang in Deutschland sein Unwesen getrieben hatte, bestellte er nach Wien über. Dort machte er Verhaftungsbeschlüsse, bei denen er es aber auch im wesentlichen nur auf Kautionschwandel abgesehen hatte. Er erbeutete mehrere tausend Kronen und verschwand dann wieder.

Während die Wiener Polizeidirektion ihn suchte, machte Matthes in Berlin in der Charlottenstraße Nr. 2 ein Aneinander- und Hypothekenspekulationsbureau auf. Seinen eigenen Namen durfte er nicht hervortreten lassen, deshalb tat er sich mit Grandke zusammen, der bisher unbescholten war. Sobald begann der Kautionschwandel von neuem. So wurden einem Manne, der den Posten eines Bureauvorstehers erhalten sollte, 1000 M. abgenommen. Die Wertpapiere, die der Bewerber gab, wurden auf eine Bank gebracht, bei der Matthes ein Konto eingerichtet hatte. Matthes aber stellte sie nicht sicher, sondern verkaufte es, in seinem eigenen Nutzen darüber zu verfügen. Mehrlich liegen die Betrugsereignisse in anderen Fällen. Auf mehrere Anzeigen besaß sich die Kriminalpolizei mit den Geschäften und verhaftete zunächst Grandke. Matthes war erst nicht zu finden. Endlich aber haben ihn Kriminalbeamte in einem Lokal am Potsdamer Platz und nahmen auch ihn fest. Der eine schiebt jetzt alle Schuld auf den andern. Die treibende Kraft scheint aber Matthes gewesen zu sein. Dieser hat zunächst von früher her noch sechs Monate Gefängnis zu verbüßen. Das Bureau wird von einem Manne, der mit den Schwandeleien nichts zu tun hat, weiter betrieben.

Der Garus-Kummel hat Montagabend auch die Polizei mobil gemacht. Der Kriminalpolizei war bekannt geworden, daß sich eine Menge von Eintrittskarten in den Händen von Leuten befand, die damit handelten. Am Neuen königlichen Opernhause waren deshalb vor der Aufführung viele Saunmänner aus allen Revieren aufgeboten. Nicht bloß die genügend bestimmten gewerbemäßigen Händler waren zur Stelle, sondern auch sehr viele Privatleute aus allen Gesellschaftskreisen, die sich irgendwie Villets verhofft hatten, um damit ein Gelegenheitsgeschäft zu machen. Die Anreifer überboten sich im Schreien und Drängen, und das lärmende Treiben wurde so arg, daß die Polizei sich veranlaßt sah, sie vom Opernhause abzubringen. Das Eintritt begehrende Publikum aber ließ ihnen nach und wurde sogar auch mit Autos und Droßkähnen zu den Ständen der gewerbemäßigen Händler geleitet, so daß die meisten doch wohl noch ihre Karten los geworden sind. Kurz vor Beginn der Vorstellung kamen noch ein Mann und eine Frau, die Villets anboten. Auch sie wurden zurückgebracht, dann aber vom Publikum geradezu beßlirmt. Bald kamen dann eine ganze Menge Leute, die beim Eintritt erfahren mußten, daß sie für dreißig bis fünfzig Mark gefällige Eintrittskarten gekauft hatten. Die Villets sahen zwar den eisten ähnlich, wurden aber doch als Fälschungen leicht erkannt, schon daran, daß der rote quer durchgehende Strich fehlte. Auch in der Aufschrift weichen sie ab. Auf den eisten Villets steht: Reservestag vor der Nummer, auf den gefälschten Villets reservestag hinter der Nummer. Einige der Betroffenen machten Anzeige, das Vordien war aber bereits verstritten. Es handelt sich wahrscheinlich um alte Sätze, die irgendwo in einer Druckerei oder unter den alten Beständen der Intendantur liegen geblieben sind, und die sich nun ein Schwindler auf irgendeine Weise zu verschaffen gewußt hat.

Unheimliche Kunde. Ein Körper, der gestern vormittag in der Wohnung einer Witwe Anna J. in der Lindenstraße die Decken reparierte, fand in zwei Oefen die Ueberreste von verbrannten, neugeborenen Kinderleichen. Der Fund rührt wahrscheinlich von zwei Frauen her, die vor einiger Zeit die Zimmer vorübergehend bewohnt haben. Ob die Kinder gelebt haben, ist wohl sehr zweifelhaft. Es scheint sich eher um Frühgeburten zu handeln.

Die Leiche eines neugeborenen Knaben wurde gestern nachmittag im Behälter der Pumphstation an der Genthinerstraße gefunden. Sie hat ihrer Beschaffenheit nach wohl schon mehrere Tage im Wasser gelegen. Spuren äußerer Gewalt sind an ihr nicht zu sehen.

Aus Furcht vor der Operation in den Tod. Die in der Soldiner Straße 26 wohnende 43jährige Frau Marie Schulz war seit langer Zeit schwer leidend und hatte sich vor etwa einem Vierteljahre einer Operation unterziehen müssen. Aber auch hierdurch wurde eine Besserung nicht herbeigeführt, vielmehr verschlimmerte sich die Krankheit von Tag zu Tag. Die Ärzte hielten nun eine abermalige Operation für dringend erforderlich, die Patientin aber erklärte, daß sie sich einer solchen auf keinen Fall mehr unterziehen und sich lieber das Leben nehmen würde. Als Frau Sch. in der letzten Nacht von besonders heftigen Schmerzen gepeinigt wurde, beschloß sie, diese Abicht auszuführen. Sie entfernte den Spiegel von der Wand und erhängte sich mittels eines Hundtuches an dem Spiegelhaken. Obwohl die Tat bald darauf von den Angehörigen entdeckt wurde, blieb es bis von einem herbeigerufenen Arzt angeordneten Wiederbelebungsvoruche erfolglos.

Beim Besteigen eines fahrenden Zuges tödlich verunglückt ist vorgestern abend der 65 Jahre alte Quinmacher Hermann Rinz aus Guben. Der Mann kam vor einiger Zeit zur Saisonarbeit hierher, während seine Frau und sieben erwachsene Kinder in Guben blieben. Er wohnte in der Dunderstr. 19 und befand sich von dort aus vorgestern abend einen Bekannten in der Petersburger Straße. Auf dem Heimwege wollte er um 10 1/2 Uhr vom Bahnhof Zentral-Viehhof mit dem Zuge 1953 nach der Brenzlauer Allee fahren. Der Zug hatte sich schon wieder in Bewegung gesetzt, als Rinz noch einsteigen wollte. Der Unglückliche fiel hin, geriet auf das Gleise und unter die Räder. Der linke Unterschenkel wurde ihm abgefahren, der Hinterkopf und ein Arm zermetelt. Er starb sofort an Verblutung.

Ein Straßenbahnzusammenstoß ereignete sich gestern abend um 10 Uhr in der Brenzlauer Allee. Dort wird die östliche Hälfte des Fahrdammes gepflastert. Die Straßenbahnen müssen daher freiliegende Gleise benutzen. Ein Wagen der Linie 61 E. vom Alexanderplatz kommend, fuhr in einer Weiche auf einen von Weihensee kommenden Straßenbahnwagen der Linie 61, dessen Vorderplattform durch den Zusammenprall vollständig eingebrochen wurde. Eine auf der Plattform befindliche Frau wurde hierbei schwer am Kopfe verletzt, so daß sie nach der Unfallstation gebracht werden mußte.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Handlungsgehilfen! Heute Mittwoch von 12—6 Uhr finden in Charlottenburg die Wahlen der Beisitzer zum Kaufmannsgericht statt. Wahlberechtigt sind alle Handlungsgehilfen im Alter von 25 Jahren, die in Charlottenburg beschäftigt sind. Die Wähler haben eine Bescheinigung des Prinzipals oder der Polizeibehörde darüber vorzulegen, daß sie als Handlungsgehilfen am Orte tätig sind. Da es nachtragsgemäß bei Streitigkeiten zwischen Prinzipalen und Angestellten nur die vom Zentralverband der Handlungsgehilfen Deutschlands aufgestellten Kandidaten die Interessen der Handlungsgehilfen rücksichtslos vertreten haben, muß es die Pflicht aller Handlungsgehilfen Charlottenburgs sein, ihre Stimme für die Liste 5 des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands abzugeben.

Schöneberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhielt der Stadtverordnete Schneider (kons.) das Wort zu einer Erklärung. Herr Schneider griff auf die Debatte der vorigen Stadtverordnetenversammlung zurück, in der Stadtverordnete Gottschall (lib.) von einem von Schneider an den Vorstand des in Landsberg tagenden Städtetages gerichteten Antragsbrief gesprochen hatte. Gottschall habe, betonte der Redner, die Unwahrheit gesagt. Ferner hat der Stadtverordnete Gottschall behauptet, eine





Unserem Genossen, dem  
Hermann Schulze  
zum heiligen Geburtstag die  
besten Glückwünsche!  
Die Genossen vom Bezirk 908.

Sozialdemokratisch. Wahlverein  
für den  
4. Berliner Reichstagswahlkreis.  
Frankfurter Viertel.  
(S. 311/304.)

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Genosse, der Kollege  
**Theodor Hatzel,**  
Pallasstr. 96,  
gestorben ist. 221/8

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 27. Oktober, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Central-Friedhofes in  
Friedrichsfelde aus, statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand

Todes-Anzeige.  
Am Sonnabend verchied nach  
kurzen Leiden mein lieber Mann  
unser guter Vater und Groß-  
vater, der **Herr**  
**Ernst Steudel.**

Dies zeigen tiefbetrübt an  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet morgen  
Donnerstag, nachmittags 3 Uhr,  
auf dem Thomas-Kirchhofe in  
Rigsdorf, Hermannstr. 96, statt.

Deutscher  
Metallarbeiter-Verband  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Todes-Anzeige.  
Den Kollegen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Herr  
**Theodor Hatzel**  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 27. Oktober,  
nachmittags 3 Uhr, von der  
Leichenhalle des Central-Friedhofes,  
Friedrichsfelde, aus, statt. 124/7  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Ortsvorstand.

Allen Verwandten, Freunden  
und Kollegen die traurige Nach-  
richt, daß mein lieber Mann und  
guter Vater  
**Heinrich Seidel**  
(Eubener Str. 53)  
im Alter von 86 Jahren ver-  
storben ist.  
Die Beerdigung findet heute  
Mittwoch, den 26. Oktober, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des hiesigen Friedhofes,  
Wälderstr. 44/45, aus, statt. 154/8  
Witwe Hedwig Seidel u. Kinder.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, Marktplatz,  
10-2, 6-7. Sonntags 10-12, 2-4

Verband der freien Gast- und  
Schankwirte Deutschlands.  
Zahlstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege  
**Gustav Schwarz**  
Königsberger Str. 24, Bezirk 4,  
verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 27. Oktober,  
nachmittags 4 Uhr, von der  
Leichenhalle des Central-Friedhofes  
in Friedrichsfelde aus, statt.  
Um zahlreiche Beteiligung bitten  
35/1 Die Ortsverwaltung

Sozialdemokratischer Wahlverein  
für den  
4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.  
Stralauer Viertel.  
(Bezirk 345.)  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Genosse, der Kollege  
**Gustav Schwarz**  
Königsberger Straße 24,  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 27. Oktober,  
nachmittags 4 Uhr, von der  
Leichenhalle des Central-Friedhofes  
in Friedrichsfelde aus, statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
221/7 Der Vorstand.

Mohren-Str. 37a. **WESTMANN** Gr. Frankfurter  
St. 115.

Sie staunen, meine Damen

Über das niedrige Angebot und die außerordentliche Auswahl  
Seltene Gelegenheiten!

Ca. 1500 Kostüme, darunter die elegantesten Sachen, Mod-  
figuren vorrätig, zum Teil weit unter halben Originalpreisen!  
Ca. 400 Pflschmütel, darunter sehr englische Originale  
reich bestickt und ganz spottbillig!  
Ca. 200 Frauenmütel, vornehme und elegante Fasson-  
en in Tuch, Eskimo etc., waidert  
auf Soldatenfutter, für Abendtoilette geeignet, weit unter Preis!

Ulster, Ueberangsmäntel, Dinarmäntel, Abendmäntel,  
vom einfachsten bis zum elegantesten Genre, schon v. M. 18. an.

**Peizmäntel, Collers, Muffen**  
in d. billigsten bis zu den teuersten Preisen, äußerst preiswert!

**Trauer-Westmann** (gestaltlich  
geschützt).  
Sonder-Abteilung für fertig schwarze Kontonien, Mäntel,  
Kleider, Röcke, Hüten, Mäntel usw.

Für strebsamen Tischler!  
Sehr günstige Gelegenheit zur  
Selbständigkeit durch Übernahme  
einer billigen Grundstücke, Nähe  
Stadt Anklam (Vorpommern), Ge-  
bäude ganz neu, Ausstattung sehr  
günstig. Offerten unter D. 1 an  
Hauptexpedition des „Vorwärts“.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband  
Bitte anschnitten! Zahlstelle Berlin. Bitte anschnitten!  
Avis für Fabrikanten und Arbeiter der Tabakbranche!  
Der Arbeitsnachweis befindet sich ab 1. Oktober 1874/14  
Große Hamburger Straße 18/19.  
Tel.: Amt 3, 9711. Sprengel 10-12 früh, 3-6 nachm. Tel.: Amt 3, 9711.  
Um regen Zuspruch ersucht Die Ortsverwaltung.

Verkäufe.

Bilder kaufen Sie direkt  
bei Bogdan, Weinmeisterstraße 2.

Vorwärtler erhalten für  
Brosen Ersatz, selbst bei nach-  
stehenden Gelegenheitskäufen.

Zeppische, 170/235 8,35, 200/300  
11,75, 200/250 16,50.

Wanddecken, Fenster 2,50, Stores  
1,25.

Wandbühnen, Sofabezug 8,00,  
Blindportieren 8,65, Karol.  
Blindschlitten mit Schlössern  
8,85.

Zeppich-Thomas, Oranien-  
straße 100, Oranienplatz; Rosen-  
felderstraße 54. 1454/8

Wandbühnen, Korb, Küstner-  
platz 7, Spottbillig Bettdecken,  
Gardinen, Vorhänge, Tischdecken,  
Abwechslung, Decken, Schürzen,  
Sachen, Glöckchen, Silbergläser, ver-  
sch. Gläser. 2192/8

Kreditbank, Roßstr. 56,  
Gute Nacht, erhalten Sie Möbel  
und Waren jeder Art auf Teil-  
zahlung, unter denkbar günstigen  
Bedingungen. Spezialität:  
Damen- und Damenbekleidung,  
Gratist erhält jeder Herr beim Kauf  
eines Anzuges oder Paletots einen  
Hut, Stiefel oder Schuh; jede Dame  
Handtasche oder Gürtel. Beim Kauf  
großerer Wohnungseinrichtung Zeppich  
oder Regulator. 1286/8

Unserer aus dem Lämpel der  
Kultur, Fortschritt von sich  
schmeichelt. Verlag der „Arbeiter“,  
Berlin. Preis elegant gebunden  
1,- Mark. Zu haben Buchhandlung  
Vorwärts. 1099/8

Zeppich! (schlechte) in allen  
Größen, fast für die Hälfte des Preises  
Zeppichler, Berlin, Gendarmen-  
markt 4, Vorkauf Büro. Jeder der  
„Vorwärts“ erhalten 6 Prozent  
Rabatt! Sonntag geöffnet!

Wandbühnen, Tischdecken, ohne Ein-  
zahlung, höchstens 1,50 (bis Hundert  
Rufmarken), Niederlage Louis Bött-  
cher (selbst), Betriebsleitung Vor-  
wärtler, Zeppichstr. 10, Oranien-  
platz 17, Laubengartenstr. 5, Oranien-  
straße 24, Bellevuestr. 4, Dönhofs-  
platz 18, Frankfurter Allee  
124, Legel, Berlinerstraße 18, Char-  
lottenburg, Schwanenstraße 2, Schre-  
berg, Holzstraße 47. Vertreter auf  
Dahme. 1478/8

Provision erhält Käufer Singer  
A 75,00, Rosmann-Göddin, Kleber,  
vor- und rückwärtsgehend. Ohne Ein-  
zahlung, 1,00 wöchentlich an. Ge-  
brauchte 12 Mark, Kleber, Schwanen-  
straße 20, Oranienplatz 92, Oranien-  
straße 173, Laubengartenstr. 5, Oranien-  
straße 24, Bellevuestr. 4, Dönhofs-  
platz 18, Frankfurter Allee  
124, Legel, Berlinerstraße 18, Char-  
lottenburg, Schwanenstraße 2, Schre-  
berg, Holzstraße 47. Vertreter auf  
Dahme. 1478/8

Wandbühnen, Tischdecken, ohne Ein-  
zahlung, höchstens 1,50 (bis Hundert  
Rufmarken), Niederlage Louis Bött-  
cher (selbst), Betriebsleitung Vor-  
wärtler, Zeppichstr. 10, Oranien-  
platz 17, Laubengartenstr. 5, Oranien-  
straße 24, Bellevuestr. 4, Dönhofs-  
platz 18, Frankfurter Allee  
124, Legel, Berlinerstraße 18, Char-  
lottenburg, Schwanenstraße 2, Schre-  
berg, Holzstraße 47. Vertreter auf  
Dahme. 1478/8

Wandbühnen, Tischdecken, ohne Ein-  
zahlung, höchstens 1,50 (bis Hundert  
Rufmarken), Niederlage Louis Bött-  
cher (selbst), Betriebsleitung Vor-  
wärtler, Zeppichstr. 10, Oranien-  
platz 17, Laubengartenstr. 5, Oranien-  
straße 24, Bellevuestr. 4, Dönhofs-  
platz 18, Frankfurter Allee  
124, Legel, Berlinerstraße 18, Char-  
lottenburg, Schwanenstraße 2, Schre-  
berg, Holzstraße 47. Vertreter auf  
Dahme. 1478/8

Wandbühnen, Tischdecken, ohne Ein-  
zahlung, höchstens 1,50 (bis Hundert  
Rufmarken), Niederlage Louis Bött-  
cher (selbst), Betriebsleitung Vor-  
wärtler, Zeppichstr. 10, Oranien-  
platz 17, Laubengartenstr. 5, Oranien-  
straße 24, Bellevuestr. 4, Dönhofs-  
platz 18, Frankfurter Allee  
124, Legel, Berlinerstraße 18, Char-  
lottenburg, Schwanenstraße 2, Schre-  
berg, Holzstraße 47. Vertreter auf  
Dahme. 1478/8

Wandbühnen, Tischdecken, ohne Ein-  
zahlung, höchstens 1,50 (bis Hundert  
Rufmarken), Niederlage Louis Bött-  
cher (selbst), Betriebsleitung Vor-  
wärtler, Zeppichstr. 10, Oranien-  
platz 17, Laubengartenstr. 5, Oranien-  
straße 24, Bellevuestr. 4, Dönhofs-  
platz 18, Frankfurter Allee  
124, Legel, Berlinerstraße 18, Char-  
lottenburg, Schwanenstraße 2, Schre-  
berg, Holzstraße 47. Vertreter auf  
Dahme. 1478/8

Wandbühnen, Tischdecken, ohne Ein-  
zahlung, höchstens 1,50 (bis Hundert  
Rufmarken), Niederlage Louis Bött-  
cher (selbst), Betriebsleitung Vor-  
wärtler, Zeppichstr. 10, Oranien-  
platz 17, Laubengartenstr. 5, Oranien-  
straße 24, Bellevuestr. 4, Dönhofs-  
platz 18, Frankfurter Allee  
124, Legel, Berlinerstraße 18, Char-  
lottenburg, Schwanenstraße 2, Schre-  
berg, Holzstraße 47. Vertreter auf  
Dahme. 1478/8

Wandbühnen, Tischdecken, ohne Ein-  
zahlung, höchstens 1,50 (bis Hundert  
Rufmarken), Niederlage Louis Bött-  
cher (selbst), Betriebsleitung Vor-  
wärtler, Zeppichstr. 10, Oranien-  
platz 17, Laubengartenstr. 5, Oranien-  
straße 24, Bellevuestr. 4, Dönhofs-  
platz 18, Frankfurter Allee  
124, Legel, Berlinerstraße 18, Char-  
lottenburg, Schwanenstraße 2, Schre-  
berg, Holzstraße 47. Vertreter auf  
Dahme. 1478/8

Wandbühnen, Tischdecken, ohne Ein-  
zahlung, höchstens 1,50 (bis Hundert  
Rufmarken), Niederlage Louis Bött-  
cher (selbst), Betriebsleitung Vor-  
wärtler, Zeppichstr. 10, Oranien-  
platz 17, Laubengartenstr. 5, Oranien-  
straße 24, Bellevuestr. 4, Dönhofs-  
platz 18, Frankfurter Allee  
124, Legel, Berlinerstraße 18, Char-  
lottenburg, Schwanenstraße 2, Schre-  
berg, Holzstraße 47. Vertreter auf  
Dahme. 1478/8

Wandbühnen, Tischdecken, ohne Ein-  
zahlung, höchstens 1,50 (bis Hundert  
Rufmarken), Niederlage Louis Bött-  
cher (selbst), Betriebsleitung Vor-  
wärtler, Zeppichstr. 10, Oranien-  
platz 17, Laubengartenstr. 5, Oranien-  
straße 24, Bellevuestr. 4, Dönhofs-  
platz 18, Frankfurter Allee  
124, Legel, Berlinerstraße 18, Char-  
lottenburg, Schwanenstraße 2, Schre-  
berg, Holzstraße 47. Vertreter auf  
Dahme. 1478/8

Zeppische (Korbdecken), Elepp-  
decken, Gardinen, Tischdecken, Tisch-  
decken, Ueberdecken, Sofa-  
decken, Spottbillig, Habichtlager  
Rauerhof, Große Frankfurterstraße 9,  
Flurweg, Vormittags 9 bis 12  
Sonntag geöffnet 2488/8

Monatsanzüge und Winter-  
paletots von 5 Mark sowie Damen  
von 1,50, Herbstanzüge von 12,00,  
Fraß von 2,50, sowie für formale  
Figuren. Neue Garbende in flammend  
billigen Preisen, aus Handarbeiten ver-  
fertigte Sachen, man am billigsten  
bei Rah, Schulstraße 14.

Zeppische, prachvolle Stuhl-  
stühle 8,55, 4,85 bis 9,00; elegante  
doppelreihige 7,35, 8,75. Große Tisch-  
decken 2,50. Abonnement Rabatt.  
Zeppichhaus Richard Wolf, Dres-  
denstraße 8 (Kottbuserstr.). 1205/8

Wandbühnen, Tischdecken, ohne Ein-  
zahlung, höchstens 1,50 (bis Hundert  
Rufmarken), Niederlage Louis Bött-  
cher (selbst), Betriebsleitung Vor-  
wärtler, Zeppichstr. 10, Oranien-  
platz 17, Laubengartenstr. 5, Oranien-  
straße 24, Bellevuestr. 4, Dönhofs-  
platz 18, Frankfurter Allee  
124, Legel, Berlinerstraße 18, Char-  
lottenburg, Schwanenstraße 2, Schre-  
berg, Holzstraße 47. Vertreter auf  
Dahme. 1478/8

Wandbühnen, Tischdecken, ohne Ein-  
zahlung, höchstens 1,50 (bis Hundert  
Rufmarken), Niederlage Louis Bött-  
cher (selbst), Betriebsleitung Vor-  
wärtler, Zeppichstr. 10, Oranien-  
platz 17, Laubengartenstr. 5, Oranien-  
straße 24, Bellevuestr. 4, Dönhofs-  
platz 18, Frankfurter Allee  
124, Legel, Berlinerstraße 18, Char-  
lottenburg, Schwanenstraße 2, Schre-  
berg, Holzstraße 47. Vertreter auf  
Dahme. 1478/8

Wandbühnen, Tischdecken, ohne Ein-  
zahlung, höchstens 1,50 (bis Hundert  
Rufmarken), Niederlage Louis Bött-  
cher (selbst), Betriebsleitung Vor-  
wärtler, Zeppichstr. 10, Oranien-  
platz 17, Laubengartenstr. 5, Oranien-  
straße 24, Bellevuestr. 4, Dönhofs-  
platz 18, Frankfurter Allee  
124, Legel, Berlinerstraße 18, Char-  
lottenburg, Schwanenstraße 2, Schre-  
berg, Holzstraße 47. Vertreter auf  
Dahme. 1478/8

Wandbühnen, Tischdecken, ohne Ein-  
zahlung, höchstens 1,50 (bis Hundert  
Rufmarken), Niederlage Louis Bött-  
cher (selbst), Betriebsleitung Vor-  
wärtler, Zeppichstr. 10, Oranien-  
platz 17, Laubengartenstr. 5, Oranien-  
straße 24, Bellevuestr. 4, Dönhofs-  
platz 18, Frankfurter Allee  
124, Legel, Berlinerstraße 18, Char-  
lottenburg, Schwanenstraße 2, Schre-  
berg, Holzstraße 47. Vertreter auf  
Dahme. 1478/8

Wandbühnen, Tischdecken, ohne Ein-  
zahlung, höchstens 1,50 (bis Hundert  
Rufmarken), Niederlage Louis Bött-  
cher (selbst), Betriebsleitung Vor-  
wärtler, Zeppichstr. 10, Oranien-  
platz 17, Laubengartenstr. 5, Oranien-  
straße 24, Bellevuestr. 4, Dönhofs-  
platz 18, Frankfurter Allee  
124, Legel, Berlinerstraße 18, Char-  
lottenburg, Schwanenstraße 2, Schre-  
berg, Holzstraße 47. Vertreter auf  
Dahme. 1478/8

Wandbühnen, Tischdecken, ohne Ein-  
zahlung, höchstens 1,50 (bis Hundert  
Rufmarken), Niederlage Louis Bött-  
cher (selbst), Betriebsleitung Vor-  
wärtler, Zeppichstr. 10, Oranien-  
platz 17, Laubengartenstr. 5, Oranien-  
straße 24, Bellevuestr. 4, Dönhofs-  
platz 18, Frankfurter Allee  
124, Legel, Berlinerstraße 18, Char-  
lottenburg, Schwanenstraße 2, Schre-  
berg, Holzstraße 47. Vertreter auf  
Dahme. 1478/8

Wandbühnen, Tischdecken, ohne Ein-  
zahlung, höchstens 1,50 (bis Hundert  
Rufmarken), Niederlage Louis Bött-  
cher (selbst), Betriebsleitung Vor-  
wärtler, Zeppichstr. 10, Oranien-  
platz 17, Laubengartenstr. 5, Oranien-  
straße 24, Bellevuestr. 4, Dönhofs-  
platz 18, Frankfurter Allee  
124, Legel, Berlinerstraße 18, Char-  
lottenburg, Schwanenstraße 2, Schre-  
berg, Holzstraße 47. Vertreter auf  
Dahme. 1478/8

Wandbühnen, Tischdecken, ohne Ein-  
zahlung, höchstens 1,50 (bis Hundert  
Rufmarken), Niederlage Louis Bött-  
cher (selbst), Betriebsleitung Vor-  
wärtler, Zeppichstr. 10, Oranien-  
platz 17, Laubengartenstr. 5, Oranien-  
straße 24, Bellevuestr. 4, Dönhofs-  
platz 18, Frankfurter Allee  
124, Legel, Berlinerstraße 18, Char-  
lottenburg, Schwanenstraße 2, Schre-  
berg, Holzstraße 47. Vertreter auf  
Dahme. 1478/8

Wandbühnen, Tischdecken, ohne Ein-  
zahlung, höchstens 1,50 (bis Hundert  
Rufmarken), Niederlage Louis Bött-  
cher (selbst), Betriebsleitung Vor-  
wärtler, Zeppichstr. 10, Oranien-  
platz 17, Laubengartenstr. 5, Oranien-  
straße 24, Bellevuestr. 4, Dönhofs-  
platz 18, Frankfurter Allee  
124, Legel, Berlinerstraße 18, Char-  
lottenburg, Schwanenstraße 2, Schre-  
berg, Holzstraße 47. Vertreter auf  
Dahme. 1478/8

Wandbühnen, Tischdecken, ohne Ein-  
zahlung, höchstens 1,50 (bis Hundert  
Rufmarken), Niederlage Louis Bött-  
cher (selbst), Betriebsleitung Vor-  
wärtler, Zeppichstr. 10, Oranien-  
platz 17, Laubengartenstr. 5, Oranien-  
straße 24, Bellevuestr. 4, Dönhofs-  
platz 18, Frankfurter Allee  
124, Legel, Berlinerstraße 18, Char-  
lottenburg, Schwanenstraße 2, Schre-  
berg, Holzstraße 47. Vertreter auf  
Dahme. 1478/8

Wandbühnen, Tischdecken, ohne Ein-  
zahlung, höchstens 1,50 (bis Hundert  
Rufmarken), Niederlage Louis Bött-  
cher (selbst), Betriebsleitung Vor-  
wärtler, Zeppichstr. 10, Oranien-  
platz 17, Laubengartenstr. 5, Oranien-  
straße 24, Bellevuestr. 4, Dönhofs-  
platz 18, Frankfurter Allee  
124, Legel, Berlinerstraße 18, Char-  
lottenburg, Schwanenstraße 2, Schre-  
berg, Holzstraße 47. Vertreter auf  
Dahme. 1478/8

Wandbühnen, Tischdecken, ohne Ein-  
zahlung, höchstens 1,50 (bis Hundert  
Rufmarken), Niederlage Louis Bött-  
cher (selbst), Betriebsleitung Vor-  
wärtler, Zeppichstr. 10, Oranien-  
platz 17, Laubengartenstr. 5, Oranien-  
straße 24, Bellevuestr. 4, Dönhofs-  
platz 18, Frankfurter Allee  
124, Legel, Berlinerstraße 18, Char-  
lottenburg, Schwanenstraße 2, Schre-  
berg, Holzstraße 47. Vertreter auf  
Dahme. 1478/8

Wandbühnen, Tischdecken, ohne Ein-  
zahlung, höchstens 1,50 (bis Hundert  
Rufmarken), Niederlage Louis Bött-  
cher (selbst), Betriebsleitung Vor-  
wärtler, Zeppichstr. 10, Oranien-  
platz 17, Laubengartenstr. 5, Oranien-  
straße 24, Bellevuestr. 4, Dönhofs-  
platz 18, Frankfurter Allee  
124, Legel, Berlinerstraße 18, Char-  
lottenburg, Schwanenstraße 2, Schre-  
berg, Holzstraße 47. Vertreter auf  
Dahme. 1478/8

Wandbühnen, Tischdecken, ohne Ein-  
zahlung, höchstens 1,50 (bis Hundert  
Rufmarken), Niederlage Louis Bött-  
cher (selbst), Betriebsleitung Vor-  
wärtler, Zeppichstr. 10, Oranien-  
platz 17, Laubengartenstr. 5, Oranien-  
straße 24, Bellevuestr. 4, Dönhofs-  
platz 18, Frankfurter Allee  
124, Legel, Berlinerstraße 18, Char-  
lottenburg, Schwanenstraße 2, Schre-  
berg, Holzstraße 47. Vertreter auf  
Dahme. 1478/8

Wandbühnen, Tischdecken, ohne Ein-  
zahlung, höchstens 1,50 (bis Hundert  
Rufmarken), Niederlage Louis Bött-  
cher (selbst), Betriebsleitung Vor-  
wärtler, Zeppichstr. 10, Oranien-  
platz 17, Laubengartenstr. 5, Oranien-  
straße 24, Bellevuestr. 4, Dönhofs-  
platz 18, Frankfurter Allee  
124, Legel, Berlinerstraße 18, Char-  
lottenburg, Schwanenstraße 2, Schre-  
berg, Holzstraße 47. Vertreter auf  
Dahme. 1478/8

Wandbühnen, Tischdecken, ohne Ein-  
zahlung, höchstens 1,50 (bis Hundert  
Rufmarken), Niederlage Louis Bött-  
cher (selbst), Betriebsleitung Vor-  
wärtler, Zeppichstr. 10, Oranien-  
platz 17, Laubengartenstr. 5, Oranien-  
straße 24, Bellevuestr. 4, Dönhofs-  
platz 18, Frankfurter Allee  
124, Legel, Berlinerstraße 18, Char-  
lottenburg, Schwanenstraße 2, Schre-  
berg, Holzstraße 47. Vertreter auf  
Dahme. 1478/8

Wandbühnen, Tischdecken, ohne Ein-  
zahlung, höchstens 1,50 (bis Hundert  
Rufmarken), Niederlage Louis Bött-  
cher (selbst), Betriebsleitung Vor-  
wärtler, Zeppichstr. 10, Oranien-  
platz 17, Laubengartenstr. 5, Oranien-  
straße 24, Bellevuestr. 4, Dönhofs-  
platz 18, Frankfurter Allee  
124, Legel, Berlinerstraße 18, Char-  
lottenburg, Schwanenstraße 2, Schre-  
berg, Holzstraße 47. Vertreter auf  
Dahme. 1478/8

Wandbühnen, Tischdecken, ohne Ein-  
zahlung, höchstens 1,50 (bis Hundert  
Rufmarken), Niederlage Louis Bött-  
cher (selbst), Betriebsleitung Vor-  
wärtler, Zeppichstr. 10, Oranien-  
platz 17, Laubengartenstr. 5, Oranien-  
straße 24, Bellevuestr. 4, Dönhofs-  
platz 18, Frankfurter Allee  
124, Legel, Berlinerstraße 18, Char-  
lottenburg, Schwanenstraße 2, Schre-  
berg, Holzstraße 47. Vertreter auf  
Dahme. 1478/8

Stoffhülle mit Bländer verkauft  
billig Langmann, Hermannstraße 15.

Wandbühnen, Tischdecken, ohne Ein-  
zahlung, höchstens 1,50 (bis Hundert  
Rufmarken), Niederlage Louis Bött-  
cher (selbst), Betriebsleitung Vor-  
wärtler, Zeppichstr. 10, Oranien-  
platz 17, Laubengartenstr. 5, Oranien-  
straße 24, Bellevuestr. 4, Dönhofs-  
platz 18, Frankfurter Allee  
124, Legel, Berlinerstraße 18, Char-  
lottenburg, Schwanenstraße 2, Schre-  
berg, Holzstraße 47. Vertreter auf  
Dahme. 1478/8

Wandbühnen, Tischdecken, ohne Ein-  
zahlung, höchstens 1,50 (bis Hundert  
Rufmarken), Niederlage Louis Bött-  
cher (selbst), Betriebsleitung Vor-  
wärtler, Zeppichstr. 10, Oranien-  
platz 17, Laubengartenstr. 5, Oranien-  
straße 24, Bellevuestr. 4, Dönhofs-  
platz 18, Frankfurter Allee  
124, Legel, Berlinerstraße 18, Char-  
lottenburg, Schwanenstraße 2, Schre-  
berg, Holzstraße 47. Vertreter auf  
Dahme. 1478/8

Wandbühnen, Tischdecken, ohne Ein-  
zahlung, höchstens 1,50 (bis Hundert  
Rufmarken), Niederlage Louis Bött-  
cher (selbst), Betriebsleitung Vor-  
wärtler, Zeppichstr. 10, Oranien-  
platz 17, Laubengartenstr. 5, Oranien-  
straße 24, Bellevuestr. 4, Dönhofs-  
platz 18, Frankfurter Allee  
124, Legel, Berlinerstraße 18, Char-  
lottenburg, Schwanenstraße 2, Schre-  
berg, Holzstraße 47. Vertreter auf  
Dahme. 1478/8

Wandbühnen, Tischdecken, ohne Ein-  
zahlung, höchstens 1,50 (bis Hundert  
Rufmarken), Niederlage Louis Bött-  
cher (selbst), Betriebsleitung Vor-  
wärtler, Zeppichstr. 10, Oranien-  
platz 17, Laubengartenstr. 5, Oranien-  
straße 24, Bellevuestr. 4, Dönhofs-  
platz 18, Frankfurter Allee  
124, Legel, Berlinerstraße 18, Char-  
lottenburg, Schwanenstraße 2, Schre-  
berg, Holzstraße 47. Vertreter auf  
Dahme. 1478/8

Wandbühnen, Tischdecken, ohne Ein-  
zahlung, höchstens 1,50 (bis Hundert  
Rufmarken), Niederlage Louis Bött-  
cher (selbst), Betriebsleitung Vor-  
wärtler, Zeppichstr. 10, Oranien-  
platz 17, Laubengartenstr. 5, Oranien-  
straße 24, Bellevuestr. 4, Dönhofs-  
platz 18, Frankfurter Allee  
124, Legel, Berlinerstraße 18, Char-  
lottenburg, Schwanenstraße 2, Schre-  
berg, Holzstraße 47. Vertreter auf  
Dahme. 1478/8

Wandbühnen, Tischdecken, ohne Ein-  
zahlung, höchstens 1,50 (bis Hundert  
Rufmarken), Niederlage Louis Bött-  
cher (selbst), Betriebsleitung Vor-  
wärtler, Zeppichstr. 10, Oranien-  
platz 17, Laubengartenstr. 5, Oranien-  
straße 24, Bellevuestr. 4, Dönhofs-  
platz 18, Frankfurter Allee  
124, Legel, Berlinerstraße 18, Char-  
lottenburg, Schwanenstraße 2, Schre-  
berg, Holzstraße 47. Vertreter auf  
Dahme. 1478/8

Wandbühnen, Tischdecken, ohne Ein-  
zahlung, höchstens 1,50 (bis Hundert  
Rufmarken), Niederlage Louis Bött-  
cher (selbst), Betriebsleitung Vor-  
wärtler, Zeppichstr. 10, Oranien-  
platz 17, Laubengartenstr. 5, Oranien-  
straße 24, Bellevuestr. 4, Dönhofs-  
platz 18, Frankfurter Allee  
124, Legel, Berlinerstraße 18, Char-  
lottenburg, Schwanenstraße 2, Schre-  
berg, Holzstraße 47. Vertreter auf  
Dahme. 1478/8

Wandbühnen, Tischdecken, ohne Ein-  
zahlung, höchstens 1,50 (bis Hundert  
Rufmarken), Niederlage Louis Bött-  
cher (selbst), Betriebsleitung Vor-  
wärtler, Zeppichstr. 10, Oranien-  
platz 17, Laubengartenstr. 5, Oranien-  
straße 24, Bellevuestr. 4, Dönhofs-  
platz 18, Frankfurter Allee  
124, Legel, Berlinerstraße 18, Char-  
lottenburg, Schwanenstraße 2, Schre-  
berg, Holzstraße 47. Vertreter auf  
Dahme. 1478/8

Wandbühnen, Tischdecken, ohne Ein-  
zahlung, höchstens 1,50 (bis Hundert  
Rufmarken), Niederlage Louis Bött-  
cher (selbst), Betriebsleitung Vor-  
wärtler, Zeppichstr. 10, Oranien-  
platz 17, Laubengartenstr. 5, Oranien-  
straße 24, Bellevuestr. 4, Dönhofs-  
platz 18, Frankfurter Allee  
124, Legel, Berlinerstraße 18, Char-  
lottenburg, Schwanenstraße 2, Schre-  
berg, Holzstraße 47. Vertreter auf  
Dahme. 1478/8

Wandbühnen, Tischdecken, ohne Ein-  
zahlung, höchstens 1,50 (bis Hundert  
Rufmarken), Niederlage Louis Bött-  
cher (selbst), Betriebsleitung Vor-  
wärtler, Zeppichstr. 10, Oranien-  
platz 17, Laubengartenstr. 5, Oranien-  
straße 24, Bellevuestr. 4, Dönhofs-  
platz 18, Frankfurter Allee  
124, Legel, Berlinerstraße 18, Char-  
lottenburg, Schwanenstraße 2, Schre-  
berg, Holzstraße 47. Vertreter auf  
Dahme. 1478/8

Wandbühnen, Tischdecken, ohne Ein-  
zahlung, höchstens 1,50 (bis Hundert  
Rufmarken), Niederlage Louis Bött-  
cher (selbst), Betriebsleitung Vor-  
wärtler, Zeppichstr. 10, Oranien-  
platz 17, Laubengartenstr. 5, Oranien-  
straße 24, Bellevuestr. 4, Dönhofs-  
platz 18, Frankfurter Allee  
124, Legel, Berlinerstraße 18, Char-  
lottenburg, Schwanenstraße 2, Schre-  
berg, Holzstraße 47. Vertreter auf  
Dahme. 1478/8

Wandbühnen, Tischdecken, ohne Ein-  
zahlung, höchstens 1,50 (bis Hundert  
Rufmarken), Niederlage Louis Bött-  
cher (selbst), Betriebsleitung Vor-  
wärtler, Zeppichstr. 10, Oranien-  
platz 17, Laubengartenstr. 5, Oranien-  
straße 24, Bellevuestr. 4, Dönhofs-  
platz 18, Frankfurter Allee  
124, Legel, Berlinerstraße 18, Char-  
lottenburg, Schwanenstraße 2, Schre-  
berg, Holzstraße 47. Vertreter auf  
Dahme. 1478/8

Wandbühnen, Tischdecken, ohne Ein-  
zahlung, höchstens 1,50 (bis Hundert  
Rufmarken), Niederlage Louis Bött-  
cher (selbst), Betriebsleitung Vor-  
wärtler, Zeppichstr. 10, Oranien-  
platz 17, Laubengartenstr. 5, Oranien-  
straße 24, Bellevuestr. 4, Dönhofs-  
platz 18, Frankfurter Allee  
124, Legel, Berlinerstraße 18, Char-  
lottenburg, Schwanenstraße 2, Schre-  
berg, Holzstraße 47. Vertreter auf  
Dahme. 1478/8

Wandbühnen, Tischdecken, ohne Ein-  
zahlung, höchstens 1,50 (bis Hundert  
Rufmarken), Niederlage Louis Bött-  
cher (selbst), Betriebsleitung Vor-  
wärtler, Zeppichstr. 10, Oranien-  
platz 17